DIE ISOLIERUNG DEUTSCHLANDS

VON HERMANN
FREIHERRN V. ECKARDSTEIN


LIBRARY
University of California
IRVINE

DIE ISOLIERUNG
DEUTSCHLANDS

*



Die Isolierung Deutschlands

von

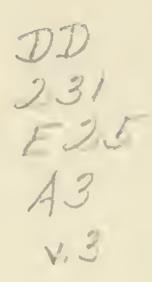
Botschaftsrat a. D.

HERMANN FREIHERRN V. ECKARDSTEIN

III. Band der Lebenserinnerungen und Politischen Denkwürdigkeiten

GB

VERLAG PAUL LIST LEIPZIG



Spamersche Buchdruckerei in Leipzig

Inhalt

Vorwort

Im ersten und zweiten Bande meiner politischen Denkwürdigkeiten habe ich dargelegt, wie Fürst Bismarck in den Jahren von 1875 bis 1887 zu wiederholten Malen den Versuch machte, Anschluß an England in Form eines deutsch-englischen Defensivbündnisses zu gewinnen, da sich bei ihm die Überzeugung durchgerungen hatte, daß es für Deutschland nur in Gemeinschaft und mit der Rückendeckung Englands auf die Dauer möglich sei, Welt- und Kolonialpolitik in großem Stile zu treiben, ohne dabei die Sicherheit und den Bestand des Reiches zu gefährden. England jedoch war damals noch nicht bündnisreif und hielt an seiner traditionellen Politik der freien Hand nach wie vor fest.

Was aber während der großen Epoche Bismarcks unerreichbar erschien, hätte sich während der wilhelminischen Ära mit Leichtigkeit bewerkstelligen lassen, indem England seine althergebrachte Abneigung gegen jede Art von Bündnissen mit anderen Großmächten infolge der inzwischen veränderten Weltlage fallen ließ und zu wiederholten Malen offen und ehrlich bereit war, behufs Lösung sämtlicher noch schwebenden Probleme, sowie zur Erhaltung des Weltfriedens in ein festes Bündnisverhältnis mit Deutschland zu treten.

Zweifellos hätte Fürst Bismarck sich so glänzende Gelegenheiten, wie sie der deutschen Diplomatie in den Jahren 1895, 1898, 1899 und 1901 geboten wurden, nicht entgehen lassen. Sicherlich hätte er die sich bietenden Chancen in geschickter Weise

ausgenutzt, und es wäre unter ihm ein auf defensiver Grundlage aufgebautes deutsch-englisches Bündnis zustande gekommen, welches nicht nur der Welt auf absehbare Zeit den Frieden erhalten, sondern auch für beide vertragschließende Teile in kultureller wie materieller Beziehung die größten Vorteile mit sich gebracht hätte.

Doch die Torheit der Epigonen des großen Kanzlers, welche Wilhelm II. sich in seiner Selbstherrlichkeit zu Beratern erwählt hatte, vor allem aber die ziellos hin und her schwankende Illusions- und Gefühlspolitik Wilhelms II. selbst, machten all die glücklichen Zufälle, welche die Vorsehung uns wiederholt bot, zuschanden, statt sie zum Zwecke zu gestalten.

Mit Recht hat eine nicht geringe Anzahl deutscher Historiker und bekannter Publizisten die wilhelminische Ära als die der verpaßten Gelegenheiten bezeichnet. Aber waren es diese verpaßten Gelegenheiten allein, welche das Deutsche Reich in die entsetzliche Katastrophe geführt haben?

Sicherlich bedeutete das Scheitern der deutsch-englischen, beziehungsweise deutsch-englisch-japanischen Bündnisverhandlungen um die Jahrhundertwende, durch die Schuld der maßgebenden Kreise Berlins, den Kern und Ausgangspunkt für den Weltkrieg und einen Wendepunkt in der Weltgeschichte. Trotzdem wäre es aber immer noch möglich gewesen, die große Katastrophe abzuwenden, wenn nicht die mit Blindheit geschlagene Politik Wilhelms II. und seiner Berater fortgesetzt alles nur denkbare getan hätte, um die Einkreisung Deutschlands zu beschleunigen und endgültig zu besiegeln.

Während der zweite Band meiner Aufzeichnungen in der Hauptsache bis zum Jahre 1903 reicht und die späteren Phasen der sich stetig fortentwickelnden Einschnürung Deutschlands nur

kurz oder andeutungsweise erwähnt, enthält der dritte Band eine eingehendere Schilderung der Begebenheiten und Gründe, welche den Einkreisungsprozeß vollendeten und schließlich im August 1914 die große Weltkatastrophe herbeiführten.

Seit dem Erscheinen meiner Erinnerungen hat eine Anzahl von Veröffentlichungen stattgefunden, welche die von mir gebrachten Mitteilungen ergänzen.

Zum Teil enthalten sie auch ganz neues, bisher unbekanntes historisches Material, welches von größter Wichtigkeit für die richtige Beurteilung der Vorgeschichte des Weltkrieges ist. Hierzu gehören vor allem die Veröffentlichung „der Geheimverträge Österreich-Ungarns von 1879 bis 1914“ durch den Wiener Universitätsprofessor Dr. Alfred Francis Pribram, sowie die durch die Bolschewisten ans Tageslicht gebrachten „Briefe Wilhelms II. an den Zaren“. Im Verlaufe meiner Darlegungen werde ich auf diese neuen Enthüllungen noch wiederholt zurückkommen.

Im Vorwort zu diesem Bande möchte ich es aber auch nicht unterlassen, wichtiger Ergänzungen Erwähnung zu tun, welche der bekannte politische englische Publizist und jahrelange einflußreiche Mitarbeiter der Londoner Times, Sir Valentine Chiroll, in den Spalten des genannten Blattes zu einigen im 1. und 2. Bande meiner Memoiren veröffentlichten Tatsachen zum Ausdruck gebracht hat.

Am 9. September d. J. (1920) brachten die Times in ihrem „Literary Supplement“ eingehende Besprechungen meiner Memoiren. Im Anschluß daran erschien am selben Tage ein mit der Überschrift „A Retrospect“ versehener Leitartikel in den Times, und am 11., beziehungsweise 13. September brachte das genannte Blatt zwei lange ausführliche Betrachtungen von Sir Valentine

Chiroll, welche die Überschrift „The Ex-Kaiser and England“ trugen.

Da Sir Valentine Chiroll, dessen Name im 2. Bande meiner Memoiren wiederholt vorkommt, wegen seiner nahen Beziehungen, welche er als Vertreter der Times in den neunziger Jahren und auch noch später zu Holstein und fast sämtlichen maßgebenden politischen Kreisen Berlins hatte, eine der ganz wenigen noch lebenden Persönlichkeiten ist, welche in einen großen Teil der geheimsten politischen Vorgänge der damaligen Zeitläufte eingeweiht waren, dürften seine Ergänzungen und neuen Enthüllungen nicht übersehen werden, denn sie bieten äußerst wichtiges historisches Material.

Was die Entstehungsgeschichte des berüchtigten Krügertelegramms vom Januar 1896 betrifft, so deckt sich der Tatbestand, wie Sir Valentine Chiroll ihn niederlegt, ziemlich genau mit dem, wie ich ihn im 1. Bande wiedergegeben habe.

Nach der Darstellung Sir Valentine Chirolls habe der damalige Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Freiherr von Marschall, ihn am Tage nach der Absendung der Krügerdepesche zu sich gebeten und ihm ausdrücklich erklärt, daß dieses Telegramm nicht etwa eine reine Gefühlsäußerung des Kaisers sei, sondern ein reiflich überlegter Staatsakt der Regierung, für welche die Berater Seiner Majestät volle Veranwortung übernähmen. Er, der Staatssekretär, sei der Ansicht, daß die Zeit gekommen sei, um England eine Lektion zu erteilen.

Freiherr von Marschall habe im weiteren Verlaufe des Gespräches bei Aufzählung einer Reihe von Beschwerden unter anderem auch die Unterredung zwischen dem Kaiser und Lord Salisbury vom 8. August 1895 in Cowes erwähnt. Die Schilderung dieser Episode, wie der Staatssekretär sie ihm (Sir Valentine

Chiroll) gegeben, stimme mit der in meinen Memoiren niedergelegten Darstellung voll überein. Dagegen seien gewisse nähere Umstände, welche zu der gedachten Unterredung zwischen dem Kaiser und Lord Salisbury geführt hätten, von mir nicht erwähnt worden.

Kurz zusammengefaßt gipfelt Sir Valentine Chirolls Darstellung dieses Zwischenfalls, welche er auf Grund von Äußerungen des Freiherrn von Marschall, des damaligen politischen Privatsekretärs von Lord Salisbury, Sir Jan Malcom, sowie einer ihm (Chiroll) vom Auswärtigen Amt in Berlin, auf Veranlassung des Fürsten Bülow, vorgelegten Aufzeichnung des Kaisers niedergelegt hat, in folgenden Punkten.

„Als Lord Salisbury nach den allgemeinen Wahlen im Juli 1895 wieder an die Spitze der Regierung trat, wurde er sofort von der deutschen Regierung darum gebeten, Italien, angesichts seiner Schwierigkeiten mit Abessinien, Erleichterungen und Unterstützung im Roten Meer zukommen zu lassen. Lord Salisbury erwiderte, daß er wegen der etwas gespannten Beziehungen Englands zu Frankreich die von Italien gewünschten Erleichterungen im Roten Meer nicht gewähren könne, ohne dabei den Argwohn Frankreichs zu erregen. Doch sei er gern bereit, als Beweis von Englands Wohlwollen für Italien dessen Ansprüche auf Albanien und Tripolis im Falle einer Zerstückelung des Ottomanischen Reiches anzuerkennen. Die deutsche Regierung nahm heftigen Anstoß an diesem Vorschlage, da er die dringendsten Bedürfnisse Italiens im Roten Meer nicht befriedigte und überdies das prinzipielle Einverständnis zu einer Teilung des Ottomanischen Reiches in sich schlösse, ein Gedanke, der mit der Politik Deutschlands unvereinbar sei. Lord Salisbury sagte darauf zum deutschen Botschafter Grafen Hatzfeldt, daß

seiner Ansicht nach der Zeitpunkt gekommen sei, wo es erwünscht erscheine, daß die Mächte sich in Freundschaft über die Teilung des Ottomanischen Reiches untereinander im Falle seines Zusammenbruches verständigten. Auch bat er den Grafen Hatzfeldt, die Kaiserliche Regierung zu veranlassen, einen Entwurf zu verfassen, in welchem ihre Ansichten und Wünsche in dieser Beziehung festgelegt würden. Die deutsche Regierung wies darauf den Grafen Hatzfeldt an, Lord Salisbury zu erwidern, daß sie weit davon entfernt sei, eine eventuelle Teilung des Ottomanischen Reiches überhaupt ins Auge zu fassen, vielmehr lege sie den größten Wert auf seine Erhaltung innerhalb der gegenwärtigen Grenzen. Im übrigen wurde es dem Grafen Hatzfeldt untersagt, sich auf weitere Diskussionen in dieser Richtung einzulassen.

Mittlerweile war Wilhelm II. zu den Regatten in Cowes mit seiner Jacht Hohenzollern aufgebrochen. Bei seiner Ankunft in Cowes wurde ihm die oben erwähnte Korrespondenz zwischen dem Auswärtigen Amt in Berlin und dem Grafen Hatzfeldt unterbreitet. Zugleich wurde der Kaiser davon in Kenntnis gesetzt, daß Lord Salisbury voraussichtlich persönlich nach Cowes kommen werde, um den Gedanken einer Teilung des Ottomanischen Reiches bei Seiner Majestät anzuregen, was nach Aussage des Kaisers dann auch geschehen sei.

Nach der Aufzeichnung des Kaisers, welche im Oktober 1901 auf Veranlassung des Fürsten Bülow Sir Valentine Chiroll vorgelegt wurde, hat Lord Salisbury am 8. August 1895 nicht ex abrupto den Vorschlag einer Teilung des Türkischen Reiches gemacht, sondern bezog sich als Einleitung zunächst auf seine Unterbrechungen mit dem Grafen Hatzfeldt und erklärte von neuem, daß er nicht in der Lage sei, Italien die gewünschten

Erleichterungen im Roten Meer zu gewähren, dagegen gewillt sei, Italiens Anwartschaft auf Albanien und Tripolis im Falle einer Zerstückelung des Ottomanischen Reiches anzuerkennen.

Als im weiteren Verlauf der Unterredung zwischen dem Kaiser und Lord Salisbury letzterer betonte, daß es an der Zeit sei, der Mißregierung Abdul Hamids und insbesondere den grauenhaften armenischen Gemetzeln ein Ende zu machen, verteidigte Wilhelm II. seinen Freund Abdul Hamid in kräftigsten Worten, so daß die Unterredung schließlich äußerst erregte Formen annahm."

Man fragt sich nachträglich, ob es wirklich notwendig war, daß aus dieser Unterredung eine dauernde persönliche Feindschaft zwischen dem Kaiser und dem leitenden englischen Staatsmann entstehen mußte, welche eine so überaus schädliche Wirkung auf die deutsch-englischen Beziehungen in der Folgezeit ausübte.

Hätte nicht z. B. Bismarck, statt sich ohne jeden Grund mit dem einflußreichen englischen Staatsmann dauernd zu verfeinden, eine solch glänzende Gelegenheit sofort ergriffen, um sie zum Zwecke zu gestalten?

Daß Lord Salisbury zu dieser so verhängnisvollen Unterredung mit dem Kaiser ohne jegliche Schuld seinerseits eine Stunde nach der verabredeten Zeit an Bord der Hohenzollern eintraf, habe ich bereits im 1. und 2. Bande erwähnt. Ebenso die mir gegenüber wiederholt getane Äußerung Lord Salisburys, „er sei kein ‚ministre du roi de Prusse', wie der Kaiser manchmal anzunehmen scheine, sondern der Premierminister von England."

Wie Sir Valentine Chiroll ferner berichtet, habe Lord Salisbury zu seinem damaligen „assistant private secretary" Sir Jan

Malcom aus Anlaß dieser Unterredung mit Wilhelm II. gesagt, es empfähle sich, in Zukunft eine dritte Person bei Gesprächen mit dem Kaiser zugegen zu haben, da er die Gewohnheit zu besitzen scheine, seine eigenen Worte in den Mund anderer mit ihm verhandelnden Persönlichkeiten zu legen.

Von großem Interesse ist unter den Enthüllungen Sir Valentine Chirolls auch die Tatsache, daß er im Oktober 1901 in seiner damaligen Eigenschaft als Leiter des Auswärtigen Departements der Times von Holstein auf Veranlassung des Fürsten Bülow gebeten wurde, nach Berlin zu kommen, um mit dem Kanzler eine Aussprache über deutsch-englische Beziehungen zu haben, und daß Fürst Bülow die Frage eines deutsch-englischen Bündnisses bei dieser Gelegenheit berührte.

Im Verlaufe einer langen Unterredung gewann Sir Valentine Chiroll die Überzeugung, daß es trotz aller schönen Redensarten des Fürsten Bülow diesem nie ernstlich darum zu tun gewesen sei, zu wirklich freundschaftlichen Beziehungen oder gar einem Bündnis mit England zu gelangen.

Im 1. Bande meiner Memoiren habe ich mich dahin ausgesprochen, daß der Reichskanzler Graf Caprivi den Fehler begangen habe, den sogenannten Rückversicherungsvertrag mit Rußland nicht zu erneuern, ehe es ihm nicht geglückt sei, ein Bündnis mit England zustande zu bringen. Was den Inhalt des Rückversicherungsvertrages selbst betrifft, so war mir damals nur bekannt, daß beide Vertragsmächte sich im Falle eines Krieges mit einer dritten Großmacht wohlwollende Neutralität zugesichert hatten, vorausgesetzt, daß kein Angriffskrieg seitens Rußlands gegen Österreich-Ungarn oder seitens Deutschlands gegen Frankreich erfolge.

Bekannt dagegen war mir damals noch nicht der geheime Zusatzartikel in dem Vertrage, welcher Rußland die Vorherrschaft in Bulgarien und den Verschluß der Meerengen, soweit Deutschland diplomatisch in Frage kam, zugestand.

Daß Fürst Bismarck zu gewissen Zeitpunkten Rußland ermutigt hatte, nach Konstantinopel zu gehen und sich an den Meerengen festzusetzen, war mir längst bekannt. So befindet sich z. B. unter anderem auch in einem Brief Holsteins an mich vom Oktober 1899 (siehe Memoiren, Band 2, Seite 99) folgender Passus: „Fürst Bismarck hat seinerzeit den Russen die Besitznahme der Dardanellen nicht nur gestatten, sondern auch tunlichst erleichtern wollen, die Russen haben aber von der Gelegenheit keinen Gebrauch gemacht, nicht, weil sie sich vor England scheuten, welches damals nach Gladstoneschen Grundsätzen regiert wurde, sondern weil sie die Freundschaft Frankreichs nicht aufs Spiel setzen wollten.“ Das gleiche Bedenken gilt auch für jetzt. Als vor einigen Jahren infolge der armenischen und kretenischen Wirren die Beziehungen einiger Großmächte, namentlich Rußlands zur Türkei, sich zeitweilig gespannt hatten, erklärte der damalige Minister des Auswärtigen Hanotaux: ‚Ich hoffe, daß Rußland die Meerengenfrage nicht aufrollen wird, parce que cela serait trop gros pour nous.‘ Und Rußland ist denn auch vor den Meerengen stehengeblieben.

Ich habe, wie gesagt, nie geahnt, daß Fürst Bismarck so weit gegangen war, sich durch einen ganz geheimen Zusatzartikel in dem Vertrage vom Juni 1887 den Russen gegenüber schriftlich zu verpflichten, die Besitznahme Konstantinopels seitens Rußlands diplomatisch zu unterstützen.

Wer je im Kampfe gegen das in höchstem Grade gewissenlose Intrigenspiel der russischen Diplomatie gestanden hat, weiß,

welche Gefahren diese schriftliche Abmachung im deutsch-russischen Vertrag vom Juni 1887 für Deutschland notgedrungen in sich bergen mußte.

In der Tat hat die russische Diplomatie sich ja auch nicht gescheut, das auf ihren eigenen ausdrücklichen Wunsch streng geheimzuhaltende Abkommen anderen Mächten preiszugeben, um die deutsche Politik zu verdächtigen und in eine schwierige Lage zu bringen.

Unter anderem verweise ich auf bezügliche Äußerungen, welche Lord Salisbury mir gegenüber im Januar 1900 tat. (Siehe Memoiren, Band 2, Seite 154.)

Wie mir Lord Salisbury bei dieser Gelegenheit erzählte, habe die englische Regierung von dem Bestehen des gedachten geheimen Vertrages durch den bekannten oder vielmehr berüchtigten russischen Staatsmann Grafen Ignatiew Kenntnis erhalten. Da aber Graf Ignatiew als ein Phänomen von Lügner bekannt gewesen sei, habe weder der damalige englische Botschafter in Petersburg Sir Robert Morier noch er selbst den Behauptungen des russischen Diplomaten Glauben geschenkt.

Im übrigen maß Lord Salisbury, wie er mir sagte, wenigstens soweit Deutschland in Betracht kam, dem Vertrage eine nur sehr geringe Bedeutung bei. So habe z. B. Alexander III. im Sommer 1887 (also kurz nach Unterzeichnung des Abkommens) einen Krieg gegen Deutschland geplant und ihn, Lord Salisbury, in bezug auf die eventuelle Haltung Englands im Kriegsfalle sondieren lassen.

Sicherlich hatte Holstein[1]) recht, wenn er in einem an einen Freund gerichteten Brief vom 27. März 1890 über den gedachten

---

[1]) Diese Briefe wurden im November vorigen Jahres im „Roten Tag“ veröffentlicht.

Vertrag sagt: „Da diese Abmachung den anderen Abmachungen ähnlicher Art widerspricht, so werden wir nach der Verlängerung von der Diskretion von Rußland abhängig sein. Eine Indiskretion, schon das Bekanntwerden, daß etwas abgeschlossen ist, genügt, um alle anderen Bande zu sprengen."

In einem Nachtrag vom 28. März 1890 sagt Holstein weiter: „Wenn die Vereinbarung, von der ich sprach, perfekt wird, so hängt unser guter Ruf und unsere gesellschaftliche Stellung von der Diskretion Rußlands ab. Das Interesse Rußlands geht dahin, indiskret zu sein; denn sobald jene Sache nur geahnt wird, trennt sich alle Welt, d. h. die anderen Freunde, von uns. Wir sind dann auf den Umgang mit Rußland allein angewiesen, dessen gesellschaftliche Stellung den übrigen gegenüber dadurch um soviel wächst, wie die unsrige kleiner wird. Rußland kann uns dann seine Bedingungen für den ferneren Umgang machen."

Derselben Ansicht wie Holstein ist auch der Geheime Legationsrat und Gesandte a. D. Raschdau. Ihm ist es vor allem zu verdanken, daß nach jahrzehntelangen irrigen Anschauungen über die Vorgeschichte und den praktischen Wert dieses so viel umstrittenen Rückversicherungsvertrages endlich einmal volle Klarheit in diesen Abschnitt deutscher Geschichte gebracht worden ist[1]).

Als naher Mitarbeiter des Fürsten Bismarck dürfte wohl kaum jemand mehr dazu berufen sein, ein authentisches und für die Geschichte maßgebendes Urteil in dieser Frage fällen zu dürfen als gerade Exzellenz Raschdau.

Bereits im April 1918 hat er in den „Grenzboten" einen lapi-

[1]) Auf Veranlassung des damaligen Reichsministers des Äußeren Hermann Müller wurde im September 1919 auch der Originaltext des Vertrages in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung veröffentlicht.

darisch abgefaßten Artikel über die Vorgeschichte des Rückversicherungsvertrages veröffentlicht, wonach dieser im Jahre 1881 unter Zuziehung Österreich-Ungarns abgeschlossen, dann 1884 erneuert und endlich ohne Österreich mit einigen Abänderungen und einem ganz geheimen Zusatz nur zwischen Rußland und Deutschland fortgesetzt worden ist.

In einem zweiten Artikel, welcher am 17. Oktober 1920 im „Roten Tag“ erschien, hat er seine früheren in den „Grenzboten“ veröffentlichten Ausführungen noch um ein beträchtliches ergänzt.

Nach Raschdau sind es drei Erwägungen gewesen, welche sicherlich mit Recht zu dem Entschlusse der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages geführt haben.

1. Der Vertrag gereichte überwiegend den russischen Interessen zum Vorteil; er ist von dieser Seite ausgegangen und seine Erneuerung jedesmal von Petersburg angeregt worden.

2. Er war kein Hindernis für eine russisch-französische Annäherung; selbst ein formelles Abkommen zwischen Rußland und Frankreich ist durch den Rückversicherungsvertrag nicht ausgeschlossen gewesen.

3. Wir waren in Gefahr, durch eine einseitige Bekanntgabe unserer Abmachung das Mißtrauen der uns verbündeten und befreundeten Mächte zu erregen und politisch plötzlich isoliert zu werden.

Nach den von authentischer Seite erfolgten Klarstellungen des wahren Tatbestandes dürfte es wohl nicht mehr zweifelhaft sein, daß der Reichskanzler Graf Caprivi richtig beraten war, wenn er es ablehnte, den im Juni 1890 ablaufenden Rückversicherungsvertrag mit Rußland zu erneuern.

Streiten läßt sich vielleicht noch über den Modus der Ablehnung. Vielleicht wäre es richtiger gewesen, wenn Graf Caprivi,

statt die Erneuerung des Vertrages glatt abzulehnen, dem Rat Raschdaus gefolgt wäre, welcher dahin ging, die russischen Anträge nicht kurzerhand abzulehnen, sondern zunächst Abänderung des Inhalts zu verlangen und schließlich auf dessen Veröffentlichung zu bestehen. In diesem Falle würde, wie Raschdau sich ausdrückt, der Verzicht auf den Vertrag Rußland zugeschoben worden sein, denn gerade der Zar, der für seine Volkstümlichkeit fürchtete, hat persönlich auf die Geheimhaltung den allergrößten Wert gelegt, während Fürst Bismarck keine Bedenken gegen die Bekanntgabe erhob.

Besonders erwähnenswert erscheinen in dem im Schlußsatz des im „Roten Tag“ veröffentlichten Raschdauschen Artikels noch folgende Bemerkungen: „Fürst Bismarck glaubte den sich vorbereitenden Gegenbund durch den Vertrag aufzuhalten, er hätte wohl, wenn es schließlich nicht zu vermeiden war, andere Wege zu wählen verstanden, und seine Bemühungen um England deuteten an, welche Richtung ihm vorschwebte — der Rückversicherungsvertrag war, wie so manches andere, auf das Maß des außergewöhnlichen Mannes zugeschnitten.“

Im Juliheft des „Weltwirtschaftlichen Archivs“ [1]) erschien im vergangenen Jahr (1920) eine lange Abhandlung von Professor Felix Rachfahl unter dem Titel „Der Rückversicherungsvertrag, der Balkandreibund und das angebliche Bündnisangebot Bismarcks an England vom Jahre 1887“.

Mag man in jedem einzelnen Punkte mit dem Verfasser vollkommen übereinstimmen oder nicht, so enthält dieser Aufsatz des bekannten Historikers jedenfalls eine äußerst scharf

[1]) Herausgegeben von Prof. Dr. Bernhard Harms in Kiel. Verlag von Gustav Fischer in Jena.

durchdachte und lehrreiche Analyse der in dem Titel erwähnten drei so wichtigen Abschnitte oder Episoden in der auswärtigen Politik des großen Kanzlers.

Es würde zu weit führen, an dieser Stelle auf alle interessanten Beobachtungen und Interpretationen Professor Rachfahls näher einzugehen, und ich will mich darauf beschränken, nur seine Auslegung des Bismarckschen Briefes vom 22. November 1887 an Lord Salisbury zu berühren.

Professor Rachfahl erblickt in diesem Briefe kein Bündnisangebot Bismarcks an England. Er faßt vielmehr den Inhalt des Briefes so auf, als habe Bismarck durch ihn den förmlichen Anschluß Deutschlands an den österreichisch-italienisch-englischen „Balkandreibund" zur Erhaltung des europäischen Besitzstandes der Pforte abgelehnt und die Neutralität Deutschlands in der Balkanfrage statuiert.

Vielleicht hat Professor Rachfahl mit seiner Interpretation recht, aber demgegenüber möchte ich trotzdem bemerken, daß zwei der nächsten Mitarbeiter Bismarcks, welche seinerzeit mit den zwischen ihm und Lord Salisbury schwebenden Pourparlers in ihrer dienstlichen Eigenschaft direkt zu tun hatten, nämlich der Botschafter Graf Paul Hatzfeldt und Holstein, stets die Ansicht vertreten haben, daß der Brief Bismarcks an Lord Salisbury vom 22. November 1887 von ersterem als Einleitung zur Herbeiführung formeller Bündnisverhandlungen mit England gedacht war.

Sowohl Hatzfeldt als auch Holstein haben in diesem Sinne oft mit mir über den Bismarckschen Brief gesprochen. Beide stimmten darin überein, daß Bismarck, welcher mit seiner Aussprache, die er am 18. November 1887 mit Kaiser Alexander III. in Berlin gehabt, durchaus unbefriedigt war und deshalb mehr als je voller Sorgen für die äußere Sicherheit des Reiches in die Zu-

kunft blickte, damals die Absicht hatte, einen radikalen Frontwechsel vorzunehmen. Nach Holstein wie auch nach Hatzfeldt war der große Kanzler gewillt, den Versuch zu machen, ein festes Bündnis mit England herbeizuführen und im Falle des Gelingens endgültig mit Rußland zu brechen.

Ich verweise unter anderem auch auf einen Passus, welcher in einem an mich gerichteten Telegramm Holsteins vom 20. März 1901 enthalten ist. (Siehe Memoiren, Band 2, Seite 282.)

Nachdem Holstein in diesem Telegramm den Hauptinhalt des Bismarckschen Briefes an Lord Salisbury in aller Kürze wiedergegeben hat, fährt er fort, „daß Fürst Bismarck auf der Höhe seiner Macht diesen ganz ungewöhnlichen Schritt tat — mir ist kein anderer Fall im Gedächtnis, wo er sich an einen fremden Premierminister in dieser direkten Form gewandt hätte — beweist, welche entscheidende Bedeutung er der Rückäußerung von Lord Salisbury beilegte. Diese Rückäußerung befindet sich auch bei unseren geheimen Akten, ist ausführlich und wortreich, enthält aber weder eine Zusicherung, die ja auch nicht erwartet werden konnte, noch eine Aussicht für die Zukunft. Jeder, der den Brief Lord Salisburys liest, muß zu der Überzeugung kommen, daß derselbe sich die Aufgabe gestellt hatte, sich mit möglichst guter Art einer unwillkommenen Zukunftverbindung zu entziehen. So hat Fürst Bismarck die Antwort auch verstanden, wie sich aus seinen Bleistiftmarginalien ergibt: Er faßt die Antwort so auf, daß Lord Salisbury die kontinentalen Sorgen den kontinentalen Staaten überlassen und sich sowie England frei von jeder Verbindlichkeit erhalten wollte. Diese beiden Briefe, Frage und Antwort, geben den Schlüssel zu unserer Politik seit 1887. Fürst Bismarck gab seitdem die Parole aus, daß Deutschland sich an Rußland annähern müsse usw.“

Derselben Meinung, wie sie vom Grafen Paul Hatzfeldt und von Holstein über den Brief Bismarcks an Lord Salisbury vertreten wurde, sind meines Wissens heute die meisten bekannten deutschen Historiker; so auch Professor Hans Delbrück, wie aus einer von ihm verfaßten, äußerst interessanten wie lehrreichen Abhandlung hervorgeht, welche unter dem Titel „Kaiser und Kanzler“ in der Aprilnummer des vorigen Jahres (1920) in den „Preußischen Jahrbüchern“ erschien.

Beim Durchblättern älterer Nummern der „Süddeutschen Monatshefte“ stieß ich kürzlich auf eine im Januar 1917 in der genannten Zeitschrift erschienene Abhandlung von Professor Johannes Haller in Tübingen. Die betreffende Schrift trägt den Titel „Die Auswärtige Politik des Fürsten Bülow“, und fußend auf das während des Weltkrieges in umgearbeiteter Form unter dem Titel „Deutsche Politik“ erschienene Buch des Fürsten, zerlegt der Verfasser die Weltpolitik desselben ins einzelne.

Professor Johannes Haller ist der Ansicht, daß die Ablehnung der tatsächlich ernst gemeinten Bündnisangebote Englands um die Jahrhundertwende ein schwerer Fehler der Politik des Fürsten Bülow war, da die Einkreisung Deutschlands, welche mit dieser Ablehnung ins Rollen kam, sich seitdem stetig weiterentwickelte und schließlich im Weltkriege endete. Auf das schärfste kritisiert Professor Haller auch die törichte Art, in welcher die deutsche Politik sich während des Russisch-Japanischen Krieges von ersterem ausnutzen ließ, und er betont, daß Rußland als Dank für unsere Haltung unmittelbar darauf sich in Algeciras auf die Seite unserer Feinde stellte.

Hallers Untersuchung ergibt folgendes: „Die politische Lage, aus der der Weltkrieg hervorgegangen ist, hat sich in der Ära

Bülow gebildet. Der Weltkrieg ist die Frucht der Einkreisungspolitik, und die Einkreisung die Antwort auf die Weltpolitik des Fürsten Bülow."

Im übrigen tritt Professor Haller auch der von Grund aus irrigen und in Deutschland systematisch verbreiteten Auffassung scharf entgegen, als habe vor allem englischer Handelsneid gegen Deutschland die Einkreisung und den daraus hervorgegangenen Weltkrieg verschuldet.

Diese Abhandlung von Professor Haller, welche, wie gesagt, bereits im Januar 1917, also inmitten des Weltkrieges, in den „Süddeutschen Monatsheften" erschienen ist, stellt vielleicht wegen der darin enthaltenen wahren Tatbestände sowie der scharf durchdacht und folgerichtig gezogenen Schlüsse mit eine der besten bisher veröffentlichten Schriften über die Vorgeschichte des Krieges dar.

An dieser Stelle auf alle einzelnen Punkte einzugehen, würde viel zu weit führen, doch kann ich nicht umhin, einer Auffassung, welche der Verfasser über die Marokkokrise von 1905 in seiner Abhandlung zum Ausdruck bringt, entgegenzutreten.

Professor Haller neigt der Ansicht zu, daß, wie die Verhältnisse nun einmal nach den verhängnisvollen Fehlern der deutschen Politik lagen, vielleicht eine Möglichkeit vorhanden gewesen wäre, den gegen Deutschland seit 1901 sich stetig entwickelnden Einkreisungsprozeß dadurch zu zerstören, daß Fürst Bülow den während der Marokkokrise im Frühjahr 1905 auf Veranlassung Holsteins genommenen Anlauf zur Herbeiführung eines Präventivkrieges gegen Frankreich konsequent durchgeführt hätte. Im übrigen behandelt Professor Haller diese Frage ja auch nur hypothetisch und sagt unter anderem: „Die wahre Geschichte jener aufregenden und unerfreulichen Monate wird viel-

leicht nie geschrieben werden. So viel aber weiß man heute schon, daß im Schoße der deutschen Regierung selbst zwei Richtungen miteinander rangen, daß im Anfang die kriegerische überwog und zuletzt die friedliche siegte.“

Seitdem hat der Wirkliche Geheime Rat Otto Hammann in seinem 1918 erschienenen Werk „Zur Vorgeschichte des Weltkrieges“ bereits einige wichtige Enthüllungen über Vorgänge in den aufregenden und unerfreulichen Monaten des Jahres 1905 gebracht. Durch das Aufdecken weiterer bisher der Öffentlichkeit unbekannter Tatbestände, welche ich in einem der folgenden Kapitel schildern werde, hoffe ich nachweisen zu können, daß diejenige Partei, welche seinerzeit bestrebt war den Krieg zu verhindern, nicht nur vom allgemeinen menschlichen, sondern vor allem auch vom rein deutschen Standpunkt aus im vollen Recht war, wenn sie die Intentionen Holsteins, in dessen Schlepptau sich Fürst Bülow eine Zeitlang leider befand, auch in dieser Frage mit allen Mitteln bekämpfte.

Erwähnen möchte ich noch einen Satz, welchen Professor Haller bei Erörterung der Marokkokrise vom Jahre 1905 aufstellt. Er lautet: „Das alles hat heute gewiß nur noch historischen Wert. Aber Fürst Bülow ist doch nicht im Recht, wenn er jede retrospektive Betrachtung dieser Art grundsätzlich als ‚Konjekturalpolitik‘ ablehnt. Alle Politik ist im Grunde genommen konjektural, weil sie mit Faktoren rechnet, die nur vermutungsweise angenommen werden können. Wollte man aber die Erörterung der Frage abschneiden, was geschehen wäre, wenn man in einem bestimmten Fall nicht so, sondern anders gehandelt hätte, so hieße das auf jede Kritik in der politischen Geschichte und auch auf die Möglichkeit, aus der Geschichte zu lernen, verzichten.“

I. Kapitel

Im großen und ganzen ist heute immer noch der lächerliche Aberglaube bei der öffentlichen Meinung in Deutschland verbreitet, die Ursachen des Weltkrieges seien in erster Linie in dem Umstande zu suchen, daß es der deutschen Diplomatie nicht gelungen sei, zu einem dauernden, festen Bündnisverhältnis mit Rußland gegen unseren natürlichen Erbfeind, nämlich England, zu gelangen.

Wenn man die Bierbankpolitiker, welche diesen Standpunkt vertreten, fragt, auf welche Tatsachen sie denn ihre Ansichten stützten, so bringt der eine die Legende von dem politischen Vermächtnis Kaiser Wilhelms I. vor, welcher auf seinem Totenbett zu seinem Enkel Wilhelm II. angeblich gesagt haben soll: „Hege und pflege die Freundschaft mit Rußland.“ Andere wiederum reden von der traditionellen Freundschaft zwischen dem Hause Hohenzollern und dem Hause Romanow, usw.

Fragt man dieselben Leute, warum denn nun eigentlich England unser natürlicher Erbfeind sei, und was uns die Engländer vor Ausbruch des Weltkrieges je angetan hätten, dann wissen sie zunächst nichts zu sagen, faseln aber dann vom perfiden Albion, dem kein Mensch trauen dürfe, und nachdem sie eine Weile mit allerhand ähnlichen banalen Schlagwörtern um sich herumgeworfen haben, fangen sie auf einmal an, sich mit ihren

sogenannten geschichtlichen Kenntnissen zu brüsten, und erzählen einem grausige Geschichten über den Verrat, den die Engländer im Siebenjährigen Kriege gegen den Alten Fritz verübt haben sollen, und ähnliches mehr.

Aber nicht nur in der Atmosphäre des Durchschnitts-Bierbankpolitikers findet man heute noch derartig irrige Anschauungen vertreten, sondern auch in vielen sogenannten höheren, gebildeten Kreisen, welche nichts vergessen und nichts zugelernt haben, trotz aller bitterer Erfahrungen nach wie vor in ihrer alten politischen Indolenz und Unwissenheit verharren, und bei Diskussionen in ihrer Urteilslosigkeit ausschließlich mit mißverstandenen Schlagwörtern hantieren.

Was die angebliche traditionelle Feindschaft Englands gegen uns betrifft, so verweise ich unter anderen auf eine im Jahre 1919 erschienene Broschüre von Dr. Paul Harms „Vom Ursprung des Weltkrieges, Sonderdruck der Leipziger Neuesten Nachrichten", in welcher der Verfasser sehr treffend folgenden Satz aufstellt: „Es ist nun einmal Preußen-Deutschlands weltgeschichtliche Bestimmung gewesen, in der gleichen Kampffront mit England sich selbst zur Großmacht emporzuarbeiten."

Wie war es aber denn in Wahrheit um die vielgerühmte, traditionelle Freundschaft zwischen Rußland und Deutschland, beziehungsweise den Häusern Romanow und Hohenzollern bestellt?

Gerade in letzter Zeit ist wieder einmal so viel den wahren geschichtlichen Tatsachen zuwiderlaufender Unsinn über dieses Thema geschrieben worden, daß es sich lohnt, das wahre Verhältnis zwischen Preußen-Deutschland und Rußland während der letzten 150 Jahre kurz zu beleuchten.

Es ist zur Genüge bekannt, daß die Kaiserin Elisabeth von Rußland, welche sich, wie die damals in Paris allmächtige Madame de Pompadour, durch den boshaften Witz, welchen Friedrich der Große an diesen beiden Damen, ebenso wie an der Kaiserin Maria Theresia, auszulassen pflegte, im höchsten Maße gekränkt fühlte und deshalb, zu einem nicht geringen Teil aus Gründen persönlicher Rachsucht, auf Seite der vielen Feinde des großen Preußenkönigs in den Siebenjährigen Krieg mit eingriff.

Nach ihrem im Januar 1762 erfolgten Tode bestieg ihr Neffe Peter von Schleswig-Holstein-Gottorp als Peter III. den russichen Thron. Dieser war ein glühender Bewunderer und Verehrer Friedrichs des Großen, und somit nahm das politische Verhältnis zwischen Rußland und Preußen sofort eine Wendung zum Besseren. Aber bereits nach sechsmonatlicher Regierung wurde er von den Orlows ermordet, und seine Witwe, eine geborene Prinzessin von Anhalt-Zerbst, ließ sich als Katharina II. zur Kaiserin proklamieren. Auch sie war, abgesehen von manchen politischen Meinungsverschiedenheiten, eine Verehrerin Friedrichs des Großen. Man braucht nur ihre vor etwa 20 Jahren durch das Petersburger Staatsarchiv veröffentlichte briefliche Korrespondenz mit dem bekannten Enzyklopädisten in Paris, Friedrich Melchior von Grimm, zu lesen, um sich einen Begriff zu machen, mit welcher Bewunderung sie zu dem großen Preußenkönig emporblickte. Ebenso wie Friedrich der Große, war auch sie in beträchtlichem Grade eine Vertreterin des damals vorherrschenden aufgeklärten Absolutismus.

Die von Zeit zu Zeit immer wieder auftauchende Ansicht, Katharina II. sei eine natürliche Tochter Friedrichs des Großen gewesen, gehört natürlich in das Bereich der Fabel. Zum mindesten liegen nicht die geringsten geschichtlichen Unterlagen vor,

aus welchen man schließen könnte, daß Friedrich der Große je ein Liebesverhältnis mit der Mutter Katharinas II., der allerdings sehr leichtlebigen Fürstin von Anhalt-Zerbst, gehabt habe.

In die Regierungszeit Katharinas II. fallen bekanntlich die drei Teilungen Polens von 1772, 1793 und 95 zwischen Rußland, Österreich und Preußen.

Vielleicht weniger ist der Allgemeinheit die Tatsache bekannt, daß zwischen Katharina II. und Friedrich dem Großen auch ein geheimer, gegen die Türkei gerichteter russisch-preußischer Vertrag zustande kam, nach welchem Preußen sich verpflichtete, ein Vorgehen Rußlands gegen Konstantinopel und die Meerengen nicht nur zu billigen, sondern auch diplomatisch zu unterstützen. Also ein ähnliches Abkommen, wie der geheime Zusatzartikel im deutsch-russischen Rückversicherungsvertrag vom Jahre 1887! Nicht lange vor seinem Tode kündigte aber Friedrich der Große diesen Vertrag, weil er zu der Überzeugung gelangt war, daß ein Vordringen Rußlands gegen die Meerengen und eine russische Besetzung Konstantinopels nicht im Interesse Preußens liegen könne.

Als kurz vor Ausbruch des Krimkriegs im Jahre 1854 die antirussische Partei in der Umgebung Friedrich Wilhelms IV. darauf drängte, daß Preußen sich den Westmächten gegen Rußland anschließen solle, wurde im Auswärtigen Amt in Berlin auf ihr Betreiben eine Denkschrift angefertigt, welcher die Aufzeichnungen Friedrichs des Großen über die Gesichtspunkte, nach welchen er den Orientalischen Vertrag mit Rußland gekündigt hatte, zugrunde gelegt wurden. Bekanntlich ist es zu einem nicht geringen Teil auf den Einfluß Bismarcks, welcher damals noch Gesandter beim Bundestag in Frankfurt a. M. war, zurückzuführen, wenn Preußen sich während des Krimkrieges

nicht den Westmächten anschloß, sondern in wohlwollender Neutralität für Rußland verharrte. Auf diesen Punkt komme ich später noch näher zurück.

In Rußland, wie auch in ganz Europa, hat man während der letzten hundert Jahre sehr viel vom politischen Testament Peters des Großen, wie auch von demjenigen Katharinas der Großen, gefaselt, wonach die Besitznahme Konstantinopels und die dauernde Beherrschung der Meerengen der russischen Nation als politisches Hauptziel hingestellt und die Erreichung dieses Zieles jedem Russen zur heiligen Pflicht gemacht wird.

Das angebliche Testament Peters des Großen ist sicherlich als apokryph anzusehen; jedenfalls liegen keine geschichtlichen Anhaltspunkte vor, aus welchen zu entnehmen wäre, daß er je ein solches hinterlassen hat.

Anders verhält es sich mit Katharina II. Nach ihrem, im Jahre 1796 erfolgten Tode hat man in ihrem Schlafzimmer Bleistiftaufzeichnungen vorgefunden, welche sie wahrscheinlich in schlaflosen Nächten verfaßt hatte, und in denen tatsächlich die Besitzergreifung Konstantinopels nebst den Meerengen als ein Ziel der russischen Politik hingestellt wird, welches nie aus den Augen zu lassen und mit Anstrengung aller Kräfte durchzuführen sei.

Auch hat sie, wie aus ihren Briefen an Friedrich Melchior von Grimm hervorgeht, für ihre beiden ältesten Enkel, die Söhne Kaiser Pauls I., die Namen Alexander und Konstantin gewissermaßen als geschichtliches Omen gewählt. Den ersten im Gedenken Alexanders des Großen — des Zivilisators Asiens — den zweiten zu Ehren Konstantins des Großen, welcher als erster das Kreuz Christi in Konstantinopel errichtet hat.

Als während des ersten Russisch-Türkischen Krieges (1768

bis 1774) die Türkei wegen des gänzlichen Verfalles ihres Militärwesens, als auch infolge der Erhebung der christlichen Untertanen des Sultans und des Abfalls des Bey von Ägypten in eine sehr schwierige Lage geriet, indem die Krim in russischen Besitz gelangte, das türkische Geschwader im Hafen von Tschesme vernichtet wurde, sowie auch die Moldau und Walachei von dem russischen Feldherrn Romanzow erobert wurden, griff Österreich nur aus dem Grunde nicht zugunsten der Türkei in den Krieg ein, weil um diese Zeit die polnische Teilungsfrage gerade ins Rollen gekommen war.

Österreich, sowie auch Frankreich und England blickten aber in großer Besorgnis mit scheelen Augen auf die gewaltigen Waffenerfolge Rußlands, und es entstand die „Orientalische Frage“.

Von jetzt an wurde in Europa die Doktrin verfochten, daß das günstigst gelegene und an Bodenschätzen vielleicht reichste Land der Erde unter türkischer Tyrannei und Mißwirtschaft zu verbleiben habe. Selbstverständlich, wie es ja meist bei hochpolitischen Fragen der Fall ist, aus Gründen der Gerechtigkeit, Zivilisation und Humanität!

Dieser Satzung blieben sämtliche europäischen Mächte, im Gegensatz zu Rußland, mehr oder weniger ein Jahrhundert lang treu, nur Preußen-Deutschland schwankte je nach Stärke des Druckes und des Einflusses, welchen die russische Diplomatie in Berlin, abwechselnd mit oder ohne Erfolg, auszuüben vermochte, in der orientalischen Frage ständig hin und her [1]).

Nachdem Friedrich der Große seinen gegen die Türkei ge-

---

[1]) Im zweiten Türkenkriege (1787—1792) verband sich zwar der unberechenbare Joseph II. von Österreich mit Katharina, um an den Eroberungen teilzunehmen, sein Nachfolger Leopold II. schloß aber 1791 mit der Türkei Frieden und verzichtete auf türkisches Gebiet. Ein Abweichen von

richteten Vertrag mit Rußland gekündigt hatte, kam es unter seinem Nachfolger, dem dicken Preußenkönig Friedrich Wilhelm II., in der orientalischen Frage sogar zu einem zeitweiligen gegen Rußland gerichteten englisch-preußischen Bündnis.

Das, was man unter der sogenannten traditionellen Freundschaft zwischen den Häusern Romanow und Hohenzollern während der letzten 100 Jahre zu verstehen pflegte, war Anfang des 18. Jahrhunderts in gemeinsamem Kampfe gegen die immer mehr um sich greifenden Ideen der Französischen Revolution beziehungsweise deren Erbe, den korsischen Usurpator Napoleon, entstanden. Die ritterliche Verehrung, welche Alexander I. von Rußland für die schöne Königin Luise von Preußen besaß, hatte zweifellos nicht wenig dazu beigetragen, die damals auf der natürlichen Grundlage von Interessengemeinschaft erstandene russisch-preußische Freundschaft noch mehr zu befestigen.

Nachdem die erste gemeinsame preußisch-russische Waffenbrüderschaft gegen Napoleon durch die unglücklichen Schlachten am Pregel, wie an der Memel, auf welche sehr bald der Friede von Tilsit folgte, vorübergehend einen Riß erhalten hatte, indem Alexander I. sich genötigt sah, seine Sache von der Preußens zu trennen, erfolgte im Jahre 1812 die bekannte Neutralitätskonvention von Tauroggen zwischen dem preußischen General Yorck und dem russischen General Diebitsch, aus welcher sich in Gestalt der Befreiungskriege ein neuer, diesmal erfolgreicher,

---

diesem Prinzip bildete gewissermaßen auch der von Rußland, Frankreich und England unterstützte griechische Befreiungskrieg.

gemeinsamer preußisch-russischer Waffengang gegen Napoleon entwickelte.

Im Wiener Kongreß wurde die Großmachtstellung Preußens wiederhergestellt. Für die polnischen Gebiete, welche es von seinem in der dritten Teilung Polens erlangten Besitzstand an Rußland abtreten mußte, wurde es auf deutschem Boden mehr als reichlich entschädigt. Dieser Umstand ermöglichte es Preußen, sich schließlich, als stärkste rein deutsche Macht, unter Ausschluß der zu großen Teilen aus slawischer Bevölkerung bestehenden österreich-ungarischen Doppelmonarchie, an die Spitze der deutschen Einheitsbewegung zu stellen.

Dem deutschen Einheitsgedanken mit aller Kraft entgegenzutreten und ihn im Keime zu vernichten, war nun das Hauptziel, welches der im Jahre 1825 an Stelle seines verstorbenen Bruders Alexander zur Regierung gelangte Kaiser Nikolaus I. von Rußland in seiner Politik Preußen gegenüber verfolgte.

Nach Niederwerfung des polnischen Aufstandes im Jahre 1831 übernahm Nikolaus I. gewissermaßen die Führerrolle auf dem europäischen Kontinent, welche vordem der reaktionäre österreichische Kanzler Metternich seit dem Wiener Kongreß ausgeübt hatte, bis schließlich während des Krimkrieges und erst recht nach dem Pariser Frieden vom Jahre 1856 Napoleon III. die Führerschaft an sich riß. Nach seinem Fall im Jahre 1870 war es Bismarck, welcher an die Spitze der europäischen Politik trat. Seit seiner Entlassung im Jahre 1890 hat es keine Persönlichkeit mehr gegeben, von der man sagen könnte, daß sie eine führende, zielbewußte, politische Rolle in Europa gespielt habe, außer vielleicht Eduard VII. von England, welcher, durch die Großmannssucht seines Neffen Wilhelms II. und seiner Berater, besonders aber durch die abenteuerliche, aggressive Flottenpolitik

des Herrn von Tirpitz gezwungen, sich Frankreich und Rußland anschloß, und wodurch nicht nur der bereits fast erloschene Revanchegedanke in Frankreich neues Leben gewann, sondern vor allem auch der brutale russisch-panslawistische Expansionsdrang nach Westen neu geschürt wurde.

Um nach dieser Abschweifung wieder auf Nikolaus I. zurückzukommen, möge nochmals betont werden, daß er es als eine seiner vornehmsten politischen Aufgaben betrachtete, den deutschen Einheitsdrang zu ersticken und in dieser Hinsicht vollständig in die Fußtapfen Metternichs trat. Es ist bekannt, daß Nikolaus I. sich für die Erhaltung des längst morsch gewordenen, oder vielmehr schon im Keime schwächlichen Deutschen Bundes unter Habsburgischer Ägide einsetzte, und daß Preußen in erster Linie durch seine Intervention zugunsten Österreichs gezwungen wurde, den demütigenden Olmützer Vertrag vom Jahre 1850 zu unterzeichnen, wodurch nicht nur alle Hoffnungen, welche es behufs Übernahme der Führung in der Frage des deutschen Einheitsgedankens gehabt hatte, sondern selbst die einer preußischen Suprematie in Norddeutschland bis auf weiteres begraben wurden.

Seinen Schwager Friedrich Wilhelm IV. von Preußen betrachtete und behandelte Nikolaus I., ebenso wie sämtliche übrigen deutschen Fürsten, lediglich als seinen Trabanten. So erteilte er z. B. während der polnischen Revolution im Jahre 1830 unter ostentativer Übergehung des Königs von Preußen Befehle an preußische Generale, welche mit ihren Sicherungstruppen an der russisch-polnischen Grenze standen. Der Hof und die Regierung in Berlin aber wagten es kaum, sich bei solchen und ähnlichen autokratischen Übergriffen zu rühren, mit Ausnahme vielleicht des damaligen Prinzen von Preußen, des späteren Kaisers Wilhelm I.

Von der öffentlichen Meinung in Deutschland wurde die demütigende Behandlung durch den russischen Autokraten, welcher die deutschen Fürsten und Regierungen sich meist ohne weiteres fügten, schwer und bitter empfunden.

Nichts ist bezeichnender für die wahren Gefühle einer Nation, als der natürliche Volkswitz. Als z. B. in der Öffentlichkeit bekannt wurde, daß der russische Gesandte beim Bundestag in Frankfurt a. M. stets seinen eigenen Mostrich mitbrachte, wenn er bei seinen diplomatischen Kollegen, den Vertretern der deutschen Bundesstaaten, zu Tisch geladen war, — wahrscheinlich war es der berühmte Sarepta-Mostrich, welcher am Wolgaknie wächst und zweifellos der beste der Welt ist —, wurde der boshafte Witz gemacht und allgemein verbreitet, es sei dies ein Wink mit dem Zaunpfahle, daß sämtliche deutschen Angelegenheiten mit russischem Mostrich behandelt werden müßten.

Wie ein Alpdruck lastete auf Preußen und ganz Deutschland der jahrzehntelange Druck und die Abhängigkeit, welche man unter der Herrschaft der Kosakenknute zu erdulden hatte, bis der Krimkrieg und der Tod Nikolaus' I. Erleichterung brachten.

Die Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich waren seit Beendigung der Napoleonischen Kriege und seit dem Wiener Kongreß im großen und ganzen, trotz Meinungsverschiedenheiten in der orientalischen Frage, freundschaftlicher Natur gewesen. Das Verhältnis änderte sich erst wieder, als Napoleon III. im Dezember 1848 als Präsident an die Spitze der zweiten Französischen Republik trat und sich schließlich, nach einer allgemeinen Nationalabstimmung, zum erblichen Kaiser proklamieren ließ.

Gegen Ende der 20er Jahre des vorigen Jahrhunderts, in der Regierungszeit Karls X. von Frankreich, waren die Beziehungen zwischen Petersburg und Paris sogar so intim, daß ein gemeinsamer Plan zur Zerstückelung Preußens erörtert werden konnte. Nikolaus I. strebte danach, Ostpreußen, wenn möglich auch Westpreußen, Posen und einen Teil Schlesiens in seine Gewalt zu bringen, während in Paris eine Strömung, an deren Spitze der damalige junge Politiker und Historiker Adolph Thiers stand, einsetzte, welche die Eroberung des linken Rheinufers und sogar auch noch anderer Teile Deutschlands forderte. Als die Verhandlungen zwischen dem russischen Botschafter in Paris und der Regierung Karls X. über den geplanten Raubzug gegen Preußen gerade anfingen, feste Gestalt anzunehmen, brach aber die Julirevolution vom Jahre 1830 aus und machte den französischen, wie den Raubgelüsten Nikolaus' I. einen Strich durch die Rechnung. In den 30er und 40er Jahren, während der Regierungszeit des Bürgerkönigs Louis Philippe, ließ Nikolaus noch verschiedentlich in Paris mit seinen Raubideen anklopfen, aber alle diesbezüglichen Erörterungen verliefen sich im Sande.

So sah die vielgerühmte traditionelle Freundschaft zwischen den nahe verwandten Häusern Romanow und Hohenzollern damals aus!

Es wird im allgemeinen angenommen, daß das geflügelte Schlagwort: „Der Weg nach Konstantinopel führt durch das Brandenburger Tor“ von den Panslawistenführern der 1870er Jahre, wie Katkow, Skobelew, Miljutin usw. stamme. Tatsächlich ist dieser Satz aber schon in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts geprägt worden, und zwar von niemand anders als dem bekannten russischen Staatsmann Grafen Karl Robert von Nesselrode, welcher Rußland auf dem Wiener Kongreß vertrat und

von 1816—56 den Posten des Auswärtigen Ministers in Petersburg bekleidete. Unter Alexander I. war er ein glühender Verfechter der „Heiligen Allianz“. Unter Nikolaus I. hat er sich aber den brutalen Expansionsideen seines Monarchen angepaßt. Einer seiner Söhne lebte viele Jahre in London und war in der englischen Gesellschaft eine sehr bekannte Persönlichkeit. Wie ich den alten Herzog von Cambridge oft erzählen hörte, habe dieser in London lebende Graf Nesselrode bereits zu Anfang der 60er Jahre, also längst ehe Skobelew, Katkow und Genossen in Rußland eine Rolle spielten, ihm, dem Herzog gegenüber, davon gesprochen, daß ein solches Schlagwort in den 30er Jahren von seinem Vater geprägt worden sei. Mit dieser Äußerung wollte der Minister Nesselrode zum Ausdruck bringen, daß, falls Frankreich bei einer Zerstückelung Preußens genügende Kompensationen auf deutschem Boden erhielte, es geneigt sein würde, Rußland in der orientalischen Frage freie Hand zu lassen.

Im Jahre 1853 hielt Nikolaus I. den Zeitpunkt für gekommen, den Plan Katharinas zu verwirklichen, nämlich die Türkei auf Asien zu beschränken, auf der Balkanhalbinsel die russische Hegemonie zu errichten und die Meerenge unter russische Kontrolle zu bringen. Auf die Weigerung der Türkei, Rußland als Protektor der griechischen Kirche im Ottomanischen Reich anzuerkennen, erfolgte im September 1853 die Besetzung der Donaufürstentümer durch den russischen Feldmarschall Paskewitsch, worauf die Türkei am 4. Oktober mit der Kriegserklärung an Rußland antwortete. Nach dem Überfall und der Vernichtung eines türkischen Geschwaders durch den russischen Admiral Nachimow bei Sinope erklärten am 28. März 1854 England und Frankreich an Rußland den Krieg, um den gewaltigen Eroberungsplänen Nikolaus' I. entgegenzutreten, die Türkei in ihrem Besitz-

stand zu erhalten und so das durch Rußland bedrohte Gleichgewicht in Europa zu retten.

Bereits längst vor der Kriegserklärung hatten die englische und französische Diplomatie eifrig daran gearbeitet, Österreich und Preußen ebenfalls für einen Waffengang gegen Nikolaus I. zu gewinnen, um eine völlige Einkreisung Rußlands herbeizuführen.

Kaiser Nikolaus hatte gehofft, auf die Dankbarkeit Österreichs rechnen zu können, da er kurz vorher durch die Niederwerfung des ungarischen Aufstandes von 1848 mit russischen Truppen der habsburgischen Dynastie einen großen Dienst erwiesen hatte. In dieser Annahme aber hatte er sich gewaltig getäuscht. Schon nach seiner ersten Unterredung mit dem Minister des Äußeren in Wien konnte der französische Botschafter an seine Regierung berichten: „que l'Autriche étonnera le monde par son ingratitude"[1]). Wenn auch Österreich nicht direkt mit in den Krieg eingriff, so zwang es doch Rußland, die Donaufürstentümer zu räumen, indem es seine Truppen dort einrücken ließ. Am 2. Dezember 1854 schloß es sogar einen Bund mit den Westmächten und stellte in Siebenbürgen und Galizien ansehnliche Streitkräfte auf.

In Preußen lagen die russische und die antirussische Partei in der Umgebung Friedrich Wilhelms IV. lange in hartem Kampf miteinander, bis schließlich die Rußland freundliche Partei den Sieg davontrug. Trotz allen Lockens und Drängens seitens der Westmächte verharrte Preußen während des ganzen Orientkrieges in einer wohlwollenden Neutralität für Rußland.

Am 4. März 1854, also kurz vor der Kriegserklärung der

---

[1]) daß Österreich die Welt durch seine Undankbarkeit in Erstaunen setzen wird.

Westmächte an Rußland, fand eine Unterredung zwischen dem Prinzen von Preußen, dem späteren Kaiser Wilhelm I., und Bismarck statt, welch letzterer damals preußischer Gesandter beim Bundestag in Frankfurt a. M. war. Bei dieser Aussprache kam es zu einer erregten Auseinandersetzung zwischen dem Prinzen und Bismarck.

Ersterer stand damals in seinen Sympathien vollständig auf Seite der Westmächte, besonders Englands, wo er bekanntlich nach der Revolution von 1848 längere Zeit gewissermaßen im Exil gelebt und sich die freundschaftlichsten Gefühle für dieses Land in Erinnerung an seinen dortigen Aufenthalt bewahrt hatte. Auch schwärmte er damals für die freiheitlichen politischen Einrichtungen Englands und hielt sogar eine parlamentarische Regierungsform, wie sie dort bestand, für das einzig Richtige. Erst durch die Konfliktszeit mit der preußischen Volksvertretung zu Anfang der 60er Jahre, in der Frage der Heeresreorganisation, wurde er wieder in mehr reaktionäre Bahnen gedrängt. Gegen seinen Schwager Nikolaus I. von Rußland besaß er in seinem Innersten einen unüberwindbaren Groll, indem sein Preußenstolz sich gegen die vielen Demütigungen, welcher dieser rücksichtslose Despot dem preußischen Staate zugefügt hatte, aufbäumte[1]).

Bismarck huldigte im großen und ganzen bekanntlich von jeher mehr der kosakischen Weltanschauung, doch war er ein viel zu zielbewußter Staatsmann, als daß er sich bei wichtigen Entscheidungen in Fragen der auswärtigen Politik von persönlichen Sympathien oder Antipathien hätte leiten lassen.

Wenn er daher bei seiner Unterredung mit dem Prinzen von

---

[1]) Es ist zur Genüge bekannt, daß u. a. auch die im Jahre 1850 von Österreich den Preußen zugefügte Schmach von Olmütz auf die preußenfeindliche Haltung Nikolaus' I. in nicht geringem Maße zurückzuführen ist.

Preußen am 4. März 1854 dessen Ansicht, Preußen müsse sich unbedingt den Westmächten anschließen und Rußland den Krieg erklären, entgegentrat und den Standpunkt verteidigte, daß Preußen aus seiner Neutralität während des Orientkrieges nicht heraustreten dürfe, so tat er dies etwa nicht, wie ihm seinerzeit vorgeworfen wurde, aus persönlicher Sympathie für Rußland, sondern aus rein realpolitischen Erwägungen für die Zukunft. Er sah voraus, daß eine Neubegründung des Deutschen Reiches mit Ausschluß Österreichs nur bei einer wohlwollenden Neutralität Rußlands Preußen gegenüber durchgeführt werden könne, da weder von Frankreich noch von England eine Förderung dieses Gedankens auch nur im entferntesten zu erwarten sei.

In dieser denkwürdigen Unterredung gebrauchte Bismarck unter anderen auch den Ausdruck, Preußen würde im Falle eines Anschlusses an die Westmächte der Landsknecht Englands werden und zur Stellung eines indischen Fürsten herabsinken.

Über den Standpunkt, welchen Bismarck vertrat, schien sich der Prinz von Preußen sehr geärgert zu haben, denn er schrieb noch am selben Abend einige Zeilen an den damaligen Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen Otto von Manteuffel, in welchen er unter anderem sagte, die Ansichten, welche ihm gegenüber der Bundestagsgesandte Herr von Bismarck geäußert habe, seien etwa die eines Gymnasiasten.

Trotzdem gelang es Bismarck infolge seines persönlichen Einflusses, welchen er damals mit Erfolg bei Friedrich Wilhelm IV. zur Geltung zu bringen wußte, eine wohlwollende Neutralität Preußens für Rußland während des Orientkrieges durchzusetzen.

Aus den gedachten Äußerungen Bismarcks ist schließlich das allgemein in Deutschland verbreitete Schlagwort vom „Landsknecht Englands“ entstanden und hat sich von Generation zu

Generation immer mehr in deutschen Köpfen festgesetzt und bis auf den heutigen Tag erhalten.

Aber nichts ist gefährlicher als ein aus dem Zusammenhang herausgerissenes Schlagwort. Was die vielen urteilslosen politischen Schwachköpfe, welche immer nur mit solchen Schlagwörtern arbeiten, nicht begreifen können, ist, wie Heraklit schon vor fast zweieinhalbtausend Jahren gesagt hat, daß „alles fließt". Am schnellsten fließt die Politik, und was im Jahre 1854 richtig war, braucht längst nicht mehr nach einem Jahre richtig zu sein, geschweige denn nach 30 Jahren.

Gerade diejenigen chauvinistischen Kreise, welche seit Jahrzehnten immer nur mit mißverstandenen Zitaten Bismarcks arbeiten und sich als die berufenen Vollstrecker seines angeblichen Testaments gebärden, ohne seine Politik überhaupt je gekannt und begriffen zu haben, sind mit die Hauptschuldigen an den furchtbaren Schicksalsschlägen, von welchen das Bismarcksche Reich und das Deutschtum als solches getroffen worden ist.

Der Orient- oder Krimkrieg, wie man ihn meistens zu nennen pflegt, nahm den für Rußland ungünstigen Verlauf, wie ihn Bismarck vorausgesehen hatte. Am 2. März 1855 starb Nikolaus I., und sein Sohn und Nachfolger Alexander II. zeigte sich dem Frieden mehr geneigt. Auf dem Kongreß zu Paris wurde im März 1856 dann auch der Friede vereinbart. Von all den für Rußland so demütigenden Bedingungen fühlte es fast am meisten das Verbot, eine Kriegsflotte auf dem Schwarzen Meer halten zu dürfen, obschon diese Bestimmung für sämtliche Mächte galt. Diesen Umstand wußte die kluge Staatskunst Bismarcks einige Jahre später für die Erreichung seiner Ziele äußerst ge-

schickt auszunutzen. Besonders aber fußte seine Politik auf dem Haß Rußlands gegen Napoleon III., sowie auch der Verachtung, mit welcher Alexander II. auf Österreich wegen seiner undankbaren, treulosen Haltung hinabblickte.

Naturgemäß entwickelte sich jetzt eine Annäherung Rußlands an Preußen, welchem es für seine wohlwollende Neutralität des Krimkrieges zu Dank verpflichtet war. Noch intimer gestaltete sich das Verhältnis zwischen beiden Mächten durch den Abschluß der sogenannten Alvenslebenschen Militärkonvention, welche darin bestand, daß auf Anerbieten Bismarcks Preußen sich im Februar 1863 verpflichtete, Rußland behufs Unterdrückung der damals ausgebrochenen polnischen Revolution seinen Beistand zu leihen.

Selten hat sich Bismarck durch eine außenpolitische Maßnahme bei der öffentlichen Meinung Preußen-Deutschlands zeitweise so unbeliebt gemacht, als gerade durch diesen Schritt, denn für Rußland bestanden damals keinerlei Sympathien in Deutschland. Und doch hatte Bismarcks vorausschauende Staatskunst recht, denn ohne diese nahe Anlehnung an Rußland wären die auf historischer Notwendigkeit beruhenden Kriege zur Begründung des Deutschen Reiches unmöglich gewesen. Wie Bismarck von sich selbst sagte, habe man ihm sowohl während des Krimkrieges als auch bei dieser Gelegenheit vorgeworfen, „er röche nach russischem Juchtenleder“.

Nach einigen Schwankungen ließ Alexander II. Preußen im Kriege von 1866 gegen Österreich zunächst freie Hand. Nach dem großen Siege von Königgrätz fing man aber in Petersburg bereits an, die wohlwollende Neutralität für Preußen zu bereuen. Jedenfalls ist es heute eine erwiesene Tatsache, daß Bismarck sich nicht etwa wegen der Kriegsdrohungen Napoleons III., welchen er damals infolge des Mangels an militärischer Vorbereitung

Frankreichs keine allzugroße Bedeutung beimaß, in Nikolsburg entschloß, so schnell Frieden mit Österreich zu schließen, sondern wegen der fortgesetzten Noten aus Petersburg, in welchen die Lösung der Großdeutschen Frage durch eine internationale Konferenz gefordert wurde. Also genau wie unter Nikolaus I. wollte Rußland auch unter seinem Nachfolger seine Finger in rein deutschen Angelegenheiten behalten, um, wenn irgend noch möglich, den deutschen Einheitsgedanken zu unterdrücken.

Was die wohlwollende Haltung Rußlands für Preußen-Deutschland während des Französischen Krieges von 1870/71 betrifft, so erscheint es heute ziemlich sicher, daß sie großenteils auf die so äußerst klug berechneten Anerbietungen Bismarcks zurückzuführen war, welche dieser im Frühjahr 1870 dem Fürsten Gortschakow bei geheimen persönlichen Unterredungen in bezug auf eine Änderung der Bestimmungen des Pariser Friedensvertrages von 1856, betreffend das Verbot einer russischen Schwarzen-Meer-Flotte, machte. Sein bei dieser Gelegenheit gegebenes Versprechen, sich dafür einzusetzen, daß diese für Rußland so lästige und demütigende Klausel des Friedensvertrages aufgehoben würde, hat Bismarck auch gehalten, und nur seinen geschickten, erfolgreichen Bemühungen war es zu verdanken, daß so bald wieder eine russische Kriegsflotte im Schwarzen Meer entstehen konnte.

Im übrigen war die allgemeine Stimmung in Rußland während des Französischen Krieges durchaus deutschfeindlich, und fast nur Alexander II., welcher eine große persönliche Verehrung für seinen greisen Onkel Wilhelm I. besaß, zeigte damals ehrliche Sympathie für die Sache Preußen-Deutschlands. Aber mehr und mehr entwickelte sich später in dem ursprünglich milde gesinnten russischen Herrscher das despotische Temperament seines Vaters

Nikolaus' I., und genau wie dieser seinerzeit den König von Preußen, wie sämtliche übrigen deutschen Fürsten, als seine Trabanten betrachtet hatte, so verlangte auch Alexander II. von dem neu entstandenen Deutschen Reich absolute Unterordnung und Heeresfolge in allen wichtigen europäischen Fragen, insbesondere der orientalischen. Durch seine wohlwollende Haltung im Deutsch-Französischen Kriege vermeinte er zu dieser Auffassung berechtigt zu sein, zumal da er das damals unter dem Einflusse des preußenfeindlichen Grafen Beust stehende Österreich im Schach gehalten hatte. Dazu gesellte sich die unüberwindliche persönliche Eifersucht, welche den russischen Kanzler, Fürsten Gortschakow, gegen Bismarck, dessen großer Gönner er früher gewesen war, wegen seiner gewaltigen Erfolge erfaßte, so daß das Verhältnis zwischen Rußland und dem jungen Deutschen Reiche sich sehr bald zu trüben begann.

Bereits nach kurzer Zeit erwies sich das 1873 entstandene Drei-Kaiser-Bündnis als eine Chimäre. Auch der gewissermaßen als Fortsetzung oder vielmehr Erneuerung des Drei-Kaiser-Bündnisses gedachte Neutralitätsvertrag, welcher unter Zuziehung Österreich-Ungarns 1881 abgeschlossen, 1884 erneuert und endlich ohne Österreich mit einigen Abänderungen und einem ganz geheimen Zusatz nur zwischen Rußland und Deutschland 1887 fortgesetzt wurde, bis Graf Caprivi ihn 1890 fallen ließ, hat in keiner Weise verhindern können, daß während dieser Periode zu wiederholten Malen ein deutsch-russischer Krieg nahe vor der Tür stand.

Wäre ein Schutz- und Trutzbündnis auf gleichberechtigter Grundlage zwischen Deutschland und Rußland überhaupt möglich gewesen, so hätte Bismarck es sicherlich zustande gebracht.

Wie konnte Deutschland aber auf ein Bündnis mit Rußland eingehen, bei welchem letzteres nicht einmal den vollen Besitzstand Deutschlands in Europa, insbesondere nicht Elsaß-Lothringen, zu garantieren gewillt war, für sich selbst aber beanspruchte, daß Deutschland gewissermaßen als sein Vasall unbedingte Heeresfolge in der orientalischen Frage zu leisten habe? Im Jahre 1876 hat Bismarck bekanntlich zweimal versucht, zu einem Schutz- und Trutzbündnis mit Rußland zu gelangen, aber letzteres weigerte sich auf das entschiedenste, den Besitzstand Deutschlands in Europa zu garantieren. Deshalb optierte Bismarck im November desselben Jahres für Österreich, indem er Alexander II. auf seine peremtorische Forderung, Deutschland solle erklären, daß es im Falle eines russisch-österreichischen Krieges neutral bleiben werde, antworten ließ, daß Deutschland eine Erschütterung Österreichs in seiner Großmachtstellung oder gar seine Vernichtung nicht zugeben könne.

In Rußland selbst nahm die panslawistische Strömung von Jahr zu Jahr an Umfang zu, und ihre Wogen schlugen zeitweise so hoch, daß die daraus erwachsende Kriegsgefahr nur mit der größten Mühe gebannt werden konnte. Schließlich waren es ja auch zum großen Teil bewußt und reiflich überlegte panslawistische Machenschaften, welche in Gemeinschaft mit den unbewußten Leistungen der Dummheit der deutschen wie österreichischen Diplomatie im August 1914 die große Katastrophe des Weltkrieges herbeiführten.

Im Sommer 1878 hatte auf dem Berliner Kongreß eine nach dem Russisch-Türkischen Kriege unbedingt notwendige Neuordnung der Dinge im Orient stattgefunden. Rußland war mit dem Verlauf des Kongresses, bei welchem es vollständig isoliert dastand, äußerst unzufrieden und machte schließlich Deutschland

für seine Mißerfolge verantwortlich. Als nun im Sommer 1879 russische, deutsche, österreichische, englische und türkische Delegierte mit den Ausführungsbestimmungen des Berliner Vertrages im Balkan an Ort und Stelle beschäftigt waren, schlossen sich die deutschen Delegierten bei verschiedenen Einzelfragen im Widerspruch zu Rußland den Ansichten ihrer englischen und österreichischen Kollegen an. Diese Tatsache genügte vollständig, um Alexander II. dazu zu veranlassen, sofort (am 15. August) an seinen Onkel, Kaiser Wilhelm I., einen in heftiger und geradezu beleidigender Sprache verfaßten Brief zu schreiben, in welchem er Deutschland mit Krieg bedrohte. Die Handlungsweise des Zaren veranlaßte dann wiederum Bismarck, so schnell als möglich das längst in der Luft schwebende Bündnis mit Österreich abzuschließen, welches am 7. Oktober 1879 unterzeichnet, aber nach schweren Kämpfen Bismarcks erst am 16. Oktober vom alten Kaiser genehmigt wurde.

Unter dem starrköpfigen und fanatischen Deutschenhasser Alexander III. verschlechterten sich die deutsch-russischen Beziehungen im großen und ganzen noch mehr, und Bismarck, welcher bereits wiederholt in den 70er Jahren ein Bündnis mit England vergebens gesucht hatte, trachtete mehr als je danach, festen Anschluß an England zu gewinnen, aber auch diesmal ohne Erfolg. Immerhin aber gelang es Bismarck, im Herbst 1887 das Zustandekommen des sogenannten Orientalischen oder Balkandreibundes zwischen Österreich, Italien und England durch seine äußerst geschickte Politik gegen ein von neuem in der orientalischen Frage seitens Rußlands geplantes Vorgehen durchzusetzen.

In der Tat mag diese Handlungsweise Bismarcks auf den ersten Blick machiavellistisch erscheinen, wenn man bedenkt,

daß er erst wenige Monate zuvor (am 18. Juni 1887) den geheimen Rückversicherungsvertrag mit Rußland abgeschlossen hatte, in welchem sich auch der ganz geheime Zusatzartikel befand, nach dem Deutschland verpflichtet war, ein Vorgehen Rußlands in Bulgarien und schließlich auch gegen Konstantinopel nicht nur zuzulassen, sondern sogar moralisch und diplomatisch zu unterstützen. Dieser Auffassung gegenüber muß aber in Betracht gezogen werden, daß Bismarck durch die unverhüllten Kriegsdrohungen und antideutschen Machenschaften Alexanders III. im Hochsommer und Herbst 1887, wie z. B. bei Gelegenheit des Zwischenfalles der vielleicht oder vielleicht auch nicht gefälschten bulgarischen Briefe, eine Zeitlang entschlossen war, den Rückversicherungsvertrag als aufgehoben zu betrachten und wenn möglich durch dauernde Abmachungen mit England die Kriegsgefahr einzudämmen.

Was den Orientalischen oder Balkanbund betrifft, welcher durch Notenwechsel vom 12. Dezember 1887 zwischen England und Österreich statuiert wurde, und dem sich vier Tage später auch Italien anschloß, so war dieses Abkommen zwischen den genannten drei Mächten im Grunde genommen nichts weiter, als eine Ergänzung, beziehungsweise Erweiterung des bereits am 12. Februar (1887) zwischen England und Italien abgeschlossenen Traktates, betreffend den Status quo und den Schutz der maritimen Interessen Italiens im Mittelmeer, welchem Österreich bald darauf, am 24. März, beitrat.

Am 20. Mai 1882 war nach langen, schwierigen Verhandlungen der Dreibund zwischen Deutschland, Österreich und Italien zustande gekommen. Schon damals hatten sowohl Österreich als besonders Italien verlangt, man solle England auffordern, dieser neuen Kombination beizutreten. Bismarck aber hatte sich da-

gegen gewehrt, diesen Schritt zu tun, weil zur Zeit sein Antipode Gladstone in England am Ruder war, und er deshalb genau wußte, daß eine solche Demarche vollkommen aussichtslos sein würde. Erst kurz vorher war Lord Beaconsfield gestorben, mit welchem Bismarck während des Berliner Kongresses im Jahre 1878 in aussichtsvolle Bündnisverhandlungen getreten war, die jedoch mit dem Sturz des Ministeriums Beaconsfield bei den sogenannten „Bulgarian atrocities elections“ im April 1880 automatisch ihr Ende fanden.

Als zu Anfang des Jahres 1887 die Verhandlungen behufs Erneuerung des Dreibundvertrages begannen, kam der italienische Minister des Äußeren Graf Robilant nach Berlin und erklärte Bismarck, daß Italien wegen seiner langen ungeschützten Küsten und seiner sonstigen Interessen im Mittelmeer nicht in der Lage sei, den Vertrag zu erneuern, falls England demselben nicht beiträte oder zum mindesten sich verpflichte, mit seiner Flotte den Schutz der Küsten und aller übrigen maritimen Interessen Italiens zu übernehmen. Bismarck geriet durch diese kategorische Erklärung des Grafen Robilant zunächst in große Bestürzung und Verlegenheit. Schließlich entschloß er sich, durch den damaligen englischen Botschafter in Berlin, Sir Edward Malet, sowie auch den Botschafter Grafen Paul Hatzfeldt in London mit Lord Salisbury in dieser dringlichen Frage Fühlung zu nehmen. Wichtig war die Sache, weil um diese Zeit General Boulanger in Frankreich sein Unwesen trieb und den Revanchekrieg gegen Deutschland vorbereitete. Unterstützt wurde der General in seinen Bestrebungen durch die Panslawisten in Rußland[1]). Auch hatte gerade um diesen Zeitpunkt eine sehr beträchtliche Annäherung zwischen den

[1]) Es wurden dem General Boulanger für seine Zwecke sogar ungeheuere Summen von der Slavischen Wohltätigkeitsgesellschaft in Moskau zur Verfügung gestellt.

offiziellen Kreisen Rußlands und Frankreichs stattgefunden. Gesteigert wurde die Erregung noch durch die bekannte „Schnäbele-Affäre“.

Bei seinen wiederholten Unterredungen mit Sir Edward Malet gewann Bismarck sehr bald die Überzeugung, daß das Ministerium Salisbury keine Neigung besaß, ohne weiteres dem Dreibund beizutreten, um sich nicht durch die Übernahme so weitgehender allgemeiner Verpflichtungen festzulegen. Dagegen gelang es Bismarck, ein Traktat zwischen England und Italien zustande zu bringen, welches, wie bereits erwähnt, am 12. Februar (1887) zwischen den beiden Mächten vereinbart wurde und den Status quo sowie den Schutz der maritimen Interessen Italiens im Mittelmeer betraf. Bald nach der Erneuerung des Dreibundes, welche mit einigen Abänderungen am 20. Februar stattfand, trat Österreich am 24. März (1887) diesem Vertrage bei, und im Anschluß an dieses Abkommen wurde, wie bereits an früherer Stelle dargelegt, am 12. Dezember der Orient- oder Balkanbund zwischen den drei Mächten zur Erhaltung des Status quo im nahen Orient, ebenfalls unter der Ägide Bismarcks, ins Leben gerufen, bei welchem, wie er sich ausdrückte, Deutschland gegebenenfalls die Nachhut bilden würde.

Dieser letztgenannte Vertrag versperrte mehr als je zuvor Rußland den Weg nach Konstantinopel, und nicht nur das, sondern er isolierte es vollends auf dem Balkan. Durch das geheime, im Jahre 1883 zustande gekommene Bündnis Österreichs mit Rumänien, welchem Deutschland sich anschloß, durch das österreichisch-serbische Abkommen, und schließlich durch die Tatsache, daß der von Haß gegen die russische Regierung erfüllte Ferdinand I. von Bulgarien durch ein gemeinsames Zusammenwirken Österreichs, Englands und Italiens in die Lage versetzt

wurde, sich auf seinem Thron halten zu können, war der russische Einfluß im Balkan auf eine lange Reihe von Jahren so gut wie gebrochen. Tatsache ist, daß Nikita von Montenegro „Rußlands einziger Freund“ war, wie Alexander III. sich in einer Tischrede im Jahre 1889 ausdrückte.

Die Folge seiner Isoliertheit und Ohnmacht auf dem Balkan war, daß Rußland sich entschloß, zunächst einmal zu versuchen, seine Expansionsgelüste auf einem anderen Schauplatz zu befriedigen, nämlich im fernen Osten.

Aber auch hier wurde der russische Bär durch die kluge und weitsichtige Politik Englands, welches 1902 ein Bündnis mit Japan schloß, schachmatt gesetzt. Statt eines Bismarcks stand jetzt in Deutschland Wilhelm II. nebst seinen unfähigen Handlangern an der Spitze der Diplomatie. Er und die Epigonen des großen Kanzlers brachten es schließlich fertig, durch ihre ungeschickte Politik nicht nur im fernen Osten, sondern schließlich auch im nahen Osten in der Gefolgschaft Österreichs zwischen zwei Stühle zu fallen.

Nachdem Graf Robilant zu Anfang des Jahres 1887 in Berlin erklärt hatte, daß Italien nicht in der Lage sei, den Dreibundsvertrag zu verlängern, falls England nicht in irgendeiner Form den Schutz der Interessen Italiens im Mittelmeer übernehme, und seit dem Zustandekommen des Mittelmeer- wie Balkanvertrages zwischen Italien, England und Österreich bestand der Dreibund Deutschland-Österreich-Italien gewissermaßen nur noch unter der Voraussetzung der Garantie der Mittelmeer- und Orientinteressen Italiens durch England.

Niemand war sich dieser Tatsache mehr bewußt, als der erste Nachfolger Bismarcks, Graf Caprivi. Nachdem er den Rückversicherungsvertrag mit Rußland wegen des ganz geheimen Zu-

satzartikels, betreffend die Billigung und diplomatische Unterstützung eines russischen Vorgehens auf dem Balkan und gegen die Meerengen seitens Deutschlands, mit vollem Recht hatte fallen lassen, war sein Hauptziel darauf gerichtet, England für den Anschluß an den Dreibund zu gewinnen, zum mindesten aber gute Beziehungen mit England zu pflegen, damit die Voraussetzungen, auf welchen der Dreibund fußte, nicht illusorisch gemacht und sein Fortbestehen in Frage gestellt würde. So enthielt z. B. ein Privatbrief, welchen der Reichskanzler Graf Caprivi im Sommer 1893 an meinen Chef in London, den Grafen Paul Hatzfeldt, schrieb, folgenden Passus: „Ich stimme mit Euerer Exzellenz vollständig darin überein, daß das Ziel unserer auswärtigen Politik stets darauf gerichtet sein muß, England allmählich für einen offiziellen Anschluß an den Dreibund zu gewinnen. Jedenfalls muß soweit als möglich alles vermieden werden, was eine Störung des zum Glück bestehenden freundschaftlichen Verhältnisses zwischen uns und England hervorrufen könnte. Sollte je der Fall eintreten, daß eine ernste und dauernde Entfremdung zwischen beiden Mächten Platz greift, so würde allein schon wegen Italien ein weiteres Fortbestehen des Dreibundes in Frage gestellt, zum mindesten aber seine Wirkung auf die Erhaltung des europäischen Friedens sehr abgeschwächt werden. Es könnte sogar eine Konstellation eintreten, durch die wir uns gezwungen sehen würden, wieder ganz und gar auf Rußland zurückzugreifen. Aber dann wehe uns; wir müßten uns in diesem Falle auf Gnade und Ungnade dem russischen Koloß unterwerfen, und wahrscheinlich wäre es sodann mit unserer Großmachtstellung und allen sonstigen schönen Aspirationen vorüber."

Leider haben die Nachfolger des Grafen Caprivi, vor allem Fürst Bülow, diese von Grund aus vernünftige Auffassung ihres

Vorgängers über das Fortbestehen und den Einfluß des Dreibundes auf die Erhaltung des europäischen Friedens unter geheimer Mitwirkung Englands nicht geteilt, obgleich die italienische Regierung es an wiederholten entsprechenden Warnungen im Laufe der Jahre nicht hat fehlen lassen.

Als zur Zeit des Krügertelegramms, im Januar 1896, das Verhältnis zwischen Deutschland und England äußerst gespannt war und der Ausbruch von Feindseligkeiten fast unvermeidlich erschien, tat der damalige italienische Botschafter in London, General Ferrero, mir gegenüber folgende Äußerung: „Meine Regierung hat sich leider gezwungen gesehen, in Berlin wie auch Wien zu erklären, daß sie im Falle eines deutsch-englischen Konfliktes den ganzen Dreibundvertrag als aufgehoben betrachten müsse, weil die Voraussetzungen, auf welchen der Vertrag aufgebaut ist, in dem Augenblick fortfallen, in welchem die englische Flotte wegen unseres Bündnisverhältnisses zu Deutschland nicht mehr den Schutz unserer Mittelmeerinteressen zu übernehmen vermag. Niemand würde eine solche Eventualität mehr bedauern als ich selbst, da ich stets ein großer Befürworter des Bündnisses mit Deutschland und Österreich war. Unter meiner Leitung ist auch seinerzeit in unserem Kriegsministerium die Militärkonvention mit Deutschland vom Mai 1888 ausgearbeitet worden, derzufolge wir verpflichtet sind, im Kriegsfalle zwischen Deutschland und Frankreich sechs Armeekorps und drei Kavalleriedivisionen über den Brennerpaß nach Süddeutschland zu transportieren, behufs Verwendung am linken Flügel der deutschen Armeen in den Vogesen. Sie können mir glauben, es war seinerzeit nicht leicht, ein solch weitgehendes Entgegenkommen in militärischer Beziehung durchzusetzen, da sich im Ministerrat und auch in der Armee viele Stimmen gegen dieses Abkommen erhoben."

Meines Wissens ließ unter anderem auch der italienische Staatsmann Visconti-Venosta in seiner Eigenschaft als Minister des Äußeren um die Jahrhundertwende eine ähnliche ernste Warnung der deutschen Regierung zukommen.

Tatsache ist es jedenfalls, daß, als im August 1914 der Krieg ausbrach, Italien in keiner Weise gebunden war, sich auf die Seite Deutschlands zu stellen. Denn einerseits war Italien nur verpflichtet, uns zu helfen, wenn wir ohne vorhergegangene Provokation von Frankreich angegriffen wurden, und andrerseits hatte England bereits seit mehreren Jahren sowohl den italienisch-österreichisch-englischen Mittelmeervertrag als auch den Balkanvertrag vom Jahre 1887 gekündigt. Daß die maßgebenden politischen und militärischen Kreise in Berlin seit dem Grafen Caprivi sich über die Voraussetzungen der Bundesgenossenschaft Italiens keine wirklich ernsthafte Rechenschaft mehr gegeben haben, erscheint geradezu ungeheuerlich.

Je öfter man die Briefe Wilhelms II. an „Niki" liest, um so mehr steht man vor einem Rätsel. Jedem einigermaßen Eingeweihten war längst bekannt, in welchen abfälligen Redensarten Nikolaus II. sich zu anderen Souveränen und ihren Staatsmännern über Wilhelm II. zu äußern pflegte, und erst neuerdings haben wir neue Beweise dafür aus Aufzeichnungen seinerzeit in Petersburg akkreditierter Diplomaten erhalten.

Man ließ in Berlin den Dreibund zerfallen, man stieß England grundlos vor den Kopf, aber statt dessen jagte man nach „dem Phantom der traditionellen Freundschaft zwischen den Häusern Hohenzollern und Romanow!"

II. Kapitel

An anderer Stelle habe ich bereits erwähnt, daß ich im Oktober 1902 von meinem Posten als Botschaftsrat in London zurücktrat, nachdem ich lange Zeit infolge des andauernd schlechten Gesundheitszustandes des Botschafters Grafen Paul Hatzfeldt mit der Führung der Geschäfte betraut gewesen war. Gleichfalls habe ich die Gründe dargelegt, warum ich darauf bestand, von meinem Posten entbunden zu werden, und daß ich nach einem Diner am 30. Oktober 1902 beim Staatssekretär Freiherrn von Richthofen mir die Ungnade des Kaisers zuzog, indem ich ihm erklärte, ich sei müde, sähe für das Deutsche Reich schwarz in die Zukunft und glaubte nicht in der Lage zu sein, unter den obwaltenden Umständen ersprießliche Arbeit leisten zu können.

Trotzdem war ich aber weiter politisch tätig, obgleich ich mir eigentlich vorgenommen hatte, mich von der Politik ganz und gar zurückzuziehen, um mich nicht mehr ärgern zu müssen.

Bereits während meiner offiziellen Stellung in London, insbesondere zur Zeit meiner Bündnisverhandlungen mit England und Japan, hatte ich in meinen Berichten nach Berlin wiederholt auf die drohende Gefahr einer allgemeinen Einkreisung Deutschlands warnend hingewiesen, aber stets ohne Erfolg.

Im Mai 1903 hatte ich nach dem ersten offiziellen Besuch König Eduards in Paris eine Denkschrift (s. Band II,

Seite 422) für den Fürsten Bülow verfaßt, in der ich unter anderem sagte: „Es zieht sich jetzt ein neuer Dreibund (England-Frankreich-Rußland) zusammen, welcher, wenn er auch keine geschriebene Form annehmen dürfte, dazu angetan wäre, uns auf der ganzen Welt zum mindesten politische und wirtschaftliche Schwierigkeiten zu bereiten."

Jahrelang habe ich, um den bekannten Ausdruck des Grafen Peter Schuwalow zu gebrauchen, am „cauchemar des coalitions" gelitten, ohne in der Wilhelmstraße oder sonstigen maßgebenden politischen Kreisen Berlins irgendwelches Verständnis für dieses leider zu sehr berechtigte Alpdrücken zu finden. Im Gegenteil, ich wurde eher ausgelacht, als Pessimist oder Nörgler bezeichnet, und war sogar direkten Verfolgungen von seiten gewisser Persönlichkeiten in der Wilhelmstraße ausgesetzt.

Trotz des am 30. Januar 1902 zwischen England und Japan abgeschlossenen Bündnisses hatte Rußland seine aggressive Ausdehnungspolitik im fernen Osten in keiner Weise aufgegeben. Obgleich Rußland nach dem Zustandekommen des englisch-japanischen Bündnisses erklärt hatte, daß es innerhalb von 18 Monaten die Mandschurei räumen werde, traf es nicht die geringsten Anstalten dazu. Im Gegenteil, es versammelte dort immer größere Truppenmassen und begann sogar seine Absichten auf Korea ernstlich zu verwirklichen. In Petersburg hatte sich unter der Ägide einiger habgieriger russischer Großfürsten und Großspekulanten eine Gesellschaft gebildet, welche die enormen Waldkomplexe am Jalufluß in Korea sich anzueignen und auszubeuten beabsichtigte. Da alle zwischen Rußland und Japan schwebenden Verhandlungen ergebnislos blieben und nur noch die unüberbrückbaren Gegensätze mehr hervortreten ließen, kam es

Anfang Februar 1904 zum Kriege zwischen beiden Ländern, nachdem die letzten Forderungen Japans: Räumung der Mandschurei und freier Handel daselbst, sowie Vorherrschaft Japans in Korea, seitens Rußland unbeantwortet geblieben waren.

Die Vorgeschichte dieses weltgeschichtlich so bedeutsamen Krieges nebst anderen der Öffentlichkeit noch unbekannten Vorgängen soll nunmehr behandelt werden.

Seit meinen deutsch-englisch-japanischen Bündniserörterungen mit dem Grafen Hayashi im Frühjahr 1901, welche schließlich durch die Torheit der deutschen Diplomatie im Januar 1902 mit dem englisch-japanischen Bündnis ohne Beteiligung Deutschlands endeten, bin ich mit dem japanischen Staatsmann während all der Jahre, in welchen er den japanischen Botschafterposten in London bekleidete, in den engsten Beziehungen geblieben. Besonders hat er mir dafür Dank gewußt, daß ich ihn, selbst nachdem Deutschland aus den Verhandlungen ausgeschieden war, beim Zustandekommen des englisch-japanischen Bündnisses weiter unterstützte [1]). Während er im allgemeinen von großer Zurückhaltung und Vorsicht bei allen seinen Handlungen und Äußerungen war, behandelte er mich stets mit der rücksichtslosesten Offenheit. Vor dem Ausbruch und während des Russisch-Japanischen Krieges stand ich ihm, soweit es in meinen Kräften lag, ebenfalls stets zur Seite, und er betrachtete mich, wie er sich ausdrückte, als seinen und Japans besten und zuverlässigsten Freund in Europa. Im großen und ganzen besaß er die den Japanern eigene Kaltblütigkeit und Selbstbeherrschung,

---

[1]) Ich tat dies, wie aus den Dokumenten des zweiten Bandes meiner Memoiren hervorgeht, unter Mitwissen und ausdrücklichem Einverständnis Holsteins und des Auswärtigen Amtes in Berlin.

welche äußere Zeichen der Erregung fast nie aufkommen läßt. Als er aber z. B. zwei Tage nach Kriegsausbruch bei mir in Grosvenor Square zum Frühstück war und meine damals sechsjährige Tochter plötzlich in den Eßsaal kam, ganz spontan auf ihn zueilte, seine Hand ergriff und sagte: „I hope the dear little Japs will win the war", da konnte er sich vor Erregung und Rührung nicht mehr beherrschen, und helle Tränen stürzten während einer ganzen Weile aus seinen Augen.

Als ich kurz vor Weihnachten des Jahres 1903 eines Abends bei meinem Freunde Alfred Rothschild zu Tisch war, kam während des Diners das Gespräch auf die gerade aus dem fernen Osten eingetroffenen beunruhigenden Nachrichten über eine Verschärfung der bereits längst zwischen Rußland und Japan bestehenden Spannung. Fast sämtliche anwesenden Tischgäste, darunter auch Lord Rothschild und Leopold Rothschild, sowie andere bekannte Mitglieder der Londoner Hautefinance, erklärten die Möglichkeit eines russisch-japanischen Krieges für sehr gering, wenn nicht ganz ausgeschlossen. Gegen diese Ansicht protestierte aber auf das entschiedenste der Herzog von Devonshire, welcher sogar so weit ging, den seiner Überzeugung nach ganz nahe bevorstehenden Ausbruch eines japanisch-russischen Krieges als eine historische Notwendigkeit vom Standpunkt Japans aus hinzustellen. Leopold Rothschild, welcher die Gewohnheit hatte, bei auseinandergehenden Ansichten um Spazierstöcke zu wetten, bot darauf dem Herzog eine Wette an, welche wie folgt stipuliert war: „Ich wette dagegen, daß es innerhalb der nächsten fünf Jahre zu einem russisch-japanischen Kriege kommt." Der Herzog nahm die Wette an, und als Wettobjekt wurde ein Krückstock aus Bambusrohr mit Emaillegriff ausgemacht. Auf die an mich gerichtete Frage Leopold Rothschilds, ob ich nicht glaubte, daß

er seine Wette gewinnen würde, antwortete ich ihm, es erschiene mir sehr zweifelhaft, ob in diesem Falle seine schöne Stocksammlung eine Bereicherung erfahren würde.

Als ich einige Tage später den Grafen Hayashi besuchte und ihm unter anderem auch von dieser Wette erzählte, lachte er herzlich darüber und meinte, er selbst glaube mit Sicherheit annehmen zu können, daß nicht Leopold Rothschild, sondern der Herzog die Wette gewinnen würde.

Im weiteren Verlaufe des Gespräches erfuhr ich vom Grafen Hayashi, daß man in Tokio tatsächlich wegen der fortgesetzten mala fides der russischen Diplomatie nicht mehr an eine friedliche Lösung glaube und sich bereits auf alle Eventualitäten einrichte. Auch erwähnte er, daß Rußland nach wie vor danach trachte, zwischen Port Arthur und Wladiwostok, welche voneinander 1600 Seemeilen entfernt lägen, sich in den koreanischen Häfen Mokpho und Masampho neue Flottenstützpunkte zu schaffen. Ferner gab mir der Gesandte eine kurze übersichtliche Schilderung der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse Rußlands und Japans im fernen Osten und lieh der Hoffnung Ausdruck, daß Japan, wenn es nicht zu lange warte und dadurch Rußland Gelegenheit gäbe, seine Rüstungen zu vollenden, im Kriegsfalle den Sieg davontragen werde. Zum Schluß äußerte sich Graf Hayashi — als seine persönliche Ansicht — noch dahin, daß der Krieg voraussichtlich lokalisiert bleiben werde, indem weder Frankreich noch eine andere Macht sich aktuell einmischen und dadurch auch England mit seinen Bündnisverpflichtungen nicht hineinverwickelt werden würde.

Als ich Alfred Rothschild im Vertrauen von dem Inhalt meiner Unterredung mit dem Grafen Hayashi erzählte, bat er mich, alles, was ich ihm mündlich mitgeteilt, schriftlich niederzulegen

und ihm in Briefform zukommen zu lassen, damit er seine Brüder, den Lord Rothschild sowie Leopold, von ihrer irrigen Auffassung über die Lage im fernen Osten abbringen könne.

Hier der Wortlaut meines Briefes an Alfred Rothschild, in welchem alle Einzelheiten meiner Aussprache mit dem japanischen Gesandten enthalten sind. Erwähnen möchte ich nur noch, daß Graf Hayashi mir die ausdrückliche Erlaubnis erteilt hatte, den Rothschilds im strengsten Vertrauen Mitteilung von seinen Äußerungen zu machen.

Strictly confidential 24th Dec. 1903

My dear Alfred!

Yesterday I had a long conversation with the Japanese Minister Viscount Hayashi. The Minister said that in his opinion the situation in the Far East was extremely grave, and that he did not think a peaceful solution possible. Japanese Statesmen had known for years that sooner or later a rupture would become inevitable, and had been preparing therefore. Russian Policy had now overreached herself, and he did not think that it was possible for Russia after spending such an enormous amount of money over her far Eastern Policy to withdraw. Russia was anxious to acquire Naval Basis between Port Arthur and Wladivostok owing to the great distance between these places. The only harbours suitable for Naval Basis were Mokpho and Masampho on the Coast of Korea. Without these stations in her hand Russia would never be able to carry out her great aims in the Far East. For the moment she had apparently given up the intention of acquiring these two stations, but Japan knew that as soon as Russia was strong enough on sea and on land she would at once push her claim

for the above stations again. For Japan on the other hand it was a vital question that no foreign power should ever have a footing in Korea.

Commercially and strategically, Korea was the domain of Japan. A strong Russian Footing in Manchuria would always be a danger to Japan, as Russia would in time become able to have a go for Korea, not only from Port Arthur and Wladivostok by sea but also by land. It was therefore compulsory for Japan to take measures which would prevent an absolute absorption of Manchuria by Russia. In her last note to the Russian Government Japan had therefore not only insisted to have a free hand in Korea, but also made certain severe stipulations, about Manchuria which he (the Japanese Minister) did not think Russia would ever accept.

Continuing the Minister discussed the strengh of the Naval and Military Forces of Japan and Russia. He said that at the present moment the number of battleships and cruisers were nearly equal, but the Japanese ships, which were nearly all built in England, were most likely better than the Russian men of War. He also thought that the Japanese guns were more modern than the Russian ones, and could therefore be better handled. Russia was building very fast and sending to the Far East new ships, and it was known in Tokio, that about the first of May four more new Russian battleships and a fresh Torpedodivision would arrive at Port Arthur, therefore it would be a disadvantage to Japan to wait until Russia had increased her naval strength in the Far East. Respecting her land forces Russia had according to the knowledge of the Intelligence Department of Tokio, at present between 85 and 90 thousand men in Manchuria, about 20 000 at Port Arthur and

less than 10 000 at Wladivostok together, that is to say about, 120 000 in the Far East. The Siberian Railway was in a very bad condition, and it was thought in Tokio, that it would not be easy for Russia to bring up large reinforcements very quickly. Japan had at present over 250 000 well trained soldiers in readiness and in case of need, could easily call out at least another 250 000 Reserves who had gone through the drill of the army. The War would very likely begin with a great Naval Fight some where between Chemulpho and Mokpho, besides Japan would very likely land at once a large force in Korea and march on to Manchuria. It was of course impossible for any one to foretell the result of the great fight, but in Japan people were conscious that it was a fight for existence and every one would fight with zeal, and not shrink from any sacrifice.

To my question, when the war was likely to commence, the Minister said that he would not be surprised at any moment, but most likely before six weeks.

Viscount Hayashi fully agreed with me in the opinion that the war would remain absoluteley localized, and that neither France or any other country would assist Russia, so that the possibility that England might get through her Alliance with Japan implicated is quite out of the question.

Believe me my dear Alfred

yours very sincerely

Eckardstein

Wie in diesem Brief auch Erwähnung getan ist, hatte Graf Hayashi bei meiner Unterredung mit ihm am 23. Dezember 1903 auf meine Frage, zu welchem Zeitpunkt voraussichtlich offene Feindseligkeiten zwischen Rußland und Japan ausbrechen würden,

geantwortet: „Wahrscheinlich schon, bevor sechs Wochen vergehen.“ Als Japan am 4. Februar 1904 seine diplomatischen Beziehungen mit Rußland abbrach und gleich darauf ohne vorhergegangene offizielle Kriegserklärung Port Arthur von einer japanischen Torpedoflottille bombardiert wurde, waren genau sechs Wochen seit meiner Unterredung mit dem japanischen Gesandten vom 23. Dezember 1903 verstrichen.

Aber in dieser kurzen Zeitspanne sollte sich gar viel ereignen, bevor es schließlich wirklich zum Ausbruch von Feindseligkeiten kam.

Eine ganz sonderbare Erscheinung war es, daß bis zum letzten Augenblick fast niemand in Europa an die Möglichkeit eines russisch-japanischen Krieges glauben wollte, und vielleicht am allerwenigsten Nikolaus II. nebst seinen Beratern.

Wirklich Bescheid wußte in Europa außer ganz wenigen eingeweihten Persönlichkeiten nur das englische Kabinett. Ursprünglich hatte man in Downingstreet[1]) den japanischen Bundesgenossen zu bremsen versucht. Nachdem man sich aber durch enge Fühlungnahme mit den maßgebenden Kreisen in Frankreich, wobei vor allem auch König Eduard persönlich eine eifrige Tätigkeit entwickelte, überzeugt hatte, daß die französische Regierung alles daransetze, um im Kriegsfalle durch ihren russischen Bundesgenossen nicht mit in den Konflikt hineingezogen zu werden, ließ man der Entwicklung der Dinge freien Lauf. Unter der Hand ermutigte man sogar den japanischen Bundesgenossen in seiner Absicht, dem russischen Bären etwas Ordentliches auf den Pelz zu brennen, weil man dabei wenig oder keine Gefahr lief, zu den übernommenen Bündnisverpflichtungen herangezogen zu werden. Sicherlich war diese Politik Englands sehr klug und geschickt.

---

[1]) Das Auswärtige Amt in London.

Es war Realpolitik im eigentlichsten Sinne des Wortes, ein Begriff, der dem deutschen Michel nie geläufig gewesen ist und für den er leider auch selbst heute noch kein Verständnis besitzt, obgleich sein größter Staatsmann, Bismarck, zum mindesten in auswärtigen Fragen vielleicht einer der genialsten Realpolitiker aller Zeiten war.

„Selbst wenn ihr wißt, was gemacht werden muß, so wißt ihr noch lange nicht, wie es gemacht werden muß", hat er einst einigen seiner Mitarbeiter zugerufen.

Trotz alledem sah es kurz nach Kriegsausbruch im Februar 1904 eine Zeit so aus, als werde England schließlich doch noch mit in den Krieg hineingezogen werden, indem Rußland, von Haß erfüllt, unverhüllte Drohungen ausstieß und vielleicht auch wirklich mit dem Gedanken umging, in Zentralasien eine Aktion gegen das Britische Reich zu unternehmen. Aber wiederum zeigte sich hier die geschickte Hand der englischen Politik, indem es ihr gelang, Frankreich dazu zu veranlassen, vermittelnd und ausgleichend in Petersburg zu wirken.

In Frankreich war Herr Delcassé zur Zeit auswärtiger Minister. Als die Spannung zwischen Rußland und Japan sich zu verschärfen begann, entwickelte er eine fieberhafte Tätigkeit, um ein Kompromiß zwischen den beiden Mächten zu bewerkstelligen und den Ausbruch von Feindseligkeiten zu verhindern. Dabei scheute er aber auch kein Mittel, um die Japaner einzuschüchtern. Sogar die deutsche Regierung wurde, ohne daß sie selbst davon etwas wußte, von der französischen wie russischen Diplomatie bei den Einschüchterungsversuchen Japans vorgeschoben. So gab z. B. der russische Gesandte in Tokio der japanischen Regierung zu verstehen, daß im Kriegsfalle sich unter anderem auch Deutschland offiziell auf die Seite Rußlands stellen und aktiv in den Krieg

mit eingreifen würde. Dieselbe Erklärung gab auch der russische Minister Graf Lambsdorff dem japanischen Gesandten in Petersburg ab. Ahnungslos über diese Machenschaften aber waren die deutschen Vertretungen in Petersburg und Tokio.

Am späten Abend des 8. Januar (1904) rief Graf Hayashi mich telephonisch an und bat mich, ihn in einer dringenden Sache sofort aufzusuchen. Er erzählte mir, er habe ein Telegramm seiner Regierung erhalten, welches besage, daß sowohl von russischer als auch von französischer Seite fortgesetzt in Tokio insinuiert werde, daß die deutsche Regierung entschlossen sei, im Kriegsfalle sich auf Seite Rußlands aktiv an Feindseligkeiten gegen Japan zu beteiligen. Er bat mich, festzustellen, ob diese Angaben der Wahrheit entsprächen, und gegebenenfalls zu versuchen, dem entgegenzuwirken. Ich erwiderte dem Gesandten, daß ich ihm mit Bestimmtheit jetzt schon sagen zu können glaubte, daß kein Wort daran wahr sei. Trotzdem würde ich mich aber mit der deutschen Regierung in dieser Angelegenheit in Verbindung setzen. Ich teilte diesen Fall darauf sofort der Botschaft in London mit und veranlaßte sie, nach Berlin zu telegraphieren. Wie ich bereits im voraus geahnt hatte, stellte es sich sehr bald heraus, daß die ganze Sache erlogen war. Ein im Anhang des Bandes abgedruckter Brief von mir an Alfred Rothschild vom 9. Januar 1904 behandelt diesen Fall mit allen Einzelheiten.

Am 20. Januar (1904) führte ich den Grafen Hayashi, welcher von seiner Regierung die Anweisung erhalten hatte, Fühlung mit der Londoner Hautefinance zu nehmen, bei Alfred Rothschild, den er noch nicht persönlich kannte, ein. Wir hatten zu dreien eine fast zweistündige Aussprache, in welcher Graf Hayashi die Gesamtlage Japans, vor allem auch seine zur Zeit bestehende finanzielle Situation, Alfred Rothschild darlegte.

Vorläufig war man in England nicht geneigt, Japan eine größere Anleihe zu gewähren, um sich Rußland gegenüber nicht zu offen bloßzustellen und die neutrale Haltung, welche die englische Regierung nach Kriegsausbruch einzunehmen entschlossen war, nicht von vornherein zu kompromittieren. Alfred Rothschild versicherte aber dem Grafen Hayashi seiner Sympathie für die Sache Japans und gab ihm zu verstehen, daß die japanische Regierung bei späteren Gelegenheiten der Unterstützung des Hauses Rothschild sicher sein könne. Soviel ich weiß, hat aber das Haus Rothschild später nie selbst eine japanische Anleihe in England herausgebracht, sondern diese Transaktionen einem andern bekannten Finanzhause in London, das bereits seit Jahren mit der japanischen Regierung in Geschäftsverbindung gestanden hatte, überlassen.

Da man in Berlin absolut nicht an die Möglichkeit eines nahe bevorstehenden russisch-japanischen Krieges glauben wollte, begab ich mich gegen Mitte Januar auf kurze Zeit dorthin, um aufklärend zu wirken.

Als ich im Auswärtigen Amt vorsprach und mit aller Bestimmtheit den nahe bevorstehenden Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen Rußland und Japan prophezeite, wurde mir fast von keiner der maßgebenden Persönlichkeiten Glauben geschenkt. Als ich beim Grafen Hayashi in London telegraphisch anfragte, ob irgendwelche wichtige Neuigkeiten vorlägen, erhielt ich folgendes Ziffertelegramm von ihm: Unless Russia recognizes Chinese sovereignty in Mandshuria war certainty[1]. Als der zuständige Referent für den fernen Osten, Geheimrat Klehmet, dieses an mich gerichtete Telegramm Holstein, mit dem ich da-

---

[1]) Falls Rußland nicht Chinesische Souveränität über Mandschurei anerkennt, Krieg eine Sicherheit.

mals nicht mehr auf gutem Fuß stand, vorlegte, erwiderte er, das sei alles Unsinn, es sei naiv, zu glauben, daß Rußland jemals die chinesische Souveränität in der Mandschurei anerkennen werde, aber noch naiver, zu glauben, daß Japan jemals an Rußland den Krieg erklären würde. Die einzige Persönlichkeit in der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, welche meine Ansichten absolut teilte und mit aller Sicherheit den nahen Kriegsausbruch im fernen Osten voraussagte, war der damalige Vortragende Rat Dr. Friedrich Rosen, welcher heute unser Reichsminister des Äußeren ist.

Bevor ich nach London zurückkehrte, verfaßte ich (am 17. Januar noch eine lange Denkschrift für den Reichskanzler Grafen Bülow, in welcher ich sämtliches mir zu Gebote stehende Material heranzog, um meine Überzeugung vom nahe bevorstehenden Kriegsausbruch mit Unterlagen zu rechtfertigen. Da mir zu Ohren gekommen war, daß der Kaiser persönlich bereits mit Nikolaus II. in lebhaftem Meinungsaustausch über die Fragen des fernen Ostens und die Kriegsmöglichkeiten stand, betonte ich in dieser Denkschrift, daß wir uns freie Hand im Kriegsfalle bewahren müßten und uns nicht unnütz nach irgendeiner Richtung festlegen dürften.

Nach meiner Rückkehr nach London erhielt ich darauf folgenden Brief des Fürsten Lichnowsky, welcher damals Vortragender Rat im Auswärtigen Amt war und dem Fürsten Bülow sehr nahe stand:

Berlin, den 25. Januar 1904

Lieber Eckardstein!

Es freut mich, Ihnen sagen zu können, daß der Herr Reichskanzler mich beauftragt hat, Ihnen für die vorzügliche Aufzeichnung, die Sie hier vor Ihrer Abreise hinterließen, seine

Anerkennung und seinen Dank zu übermitteln. Sie haben damit von neuem bekundet, wie genau Sie die einschlägigen Fragen beherrschen, und wie richtig Sie die politische Lage zu beurteilen vermögen.

An die Übermittelung dieses Auftrags möchte ich eine Bitte anschließen. Es ist in letzter Zeit hier aufgefallen, daß Reuter sich mit angeblichen deutschen Vermittelungsanträgen und entsprechenden ablehnenden Winken Japans befaßt; es sind auch Meldungen aus Tokio eingelaufen über mißtrauische Stimmungen gegen uns in dortigen maßgebenden Kreisen. Unter diesen Umständen erscheint es doppelt geboten, ängstlich alles zu vermeiden, was irgendwie danach aussehen könnte, als wollten wir uns vordrängen oder gar Japan zum Kriege reizen. Sie haben treffend ausgeführt, daß die beste Politik in der größten Zurückhaltung unsererseits liege. Das Auswärtige Amt und unsere auswärtigen Vertretungen sind stets nach diesem Grundsatz verfahren.

Es ist dringend geboten, alles zu unterlassen, was von englischer oder anderer Seite zu unseren Ungunsten und namentlich als Hetzerei ausgebeutet werden könnte. Vielleicht können Sie gelegentlich in Klubs oder Gesellschaften betonen, daß nach Ihrer Kenntnis der Verhältnisse Deutschland schon aus wirtschaftlichen Gründen lebhaft den Frieden erhalten zu sehen wünsche, sich aber jeder Einmischung nach wie vor enthalten werde mit Rücksicht auf die Abgeneigtheit b e i d e r Teile, eine Vermittelung eintreten zu lassen, und weil uns jede Handhabe fehlte, um die Durchführung derselben zu sichern.

Mit herzlichem Gruß

Lichnowsky

Liest man heute die vor einem Jahr durch die Bolschewisten veröffentlichten Briefe Wilhelms II. an Niki vom 4. Dezember 1903, vom 9. Januar 1904 und vom 11. Februar 1904, so kann man es verstehen, wenn die russische Diplomatie sich für berechtigt hielt, Deutschland in Tokio vor Ausbruch des Krieges gegen Japan auszuspielen, wie ich dies an früherer Stelle dargelegt habe. Kein Wunder war es auch, wenn die vielen Briefe und die offizielle Haltung Wilhelms II. wie seiner Berater während des Russisch-Japanischen Krieges England und Frankreich zusammenschweißen halfen. Schließlich bestätigte sich „die traditionelle Freundschaft zwischen den Häusern Romanow und Hohenzollern“ darin, daß Nikolaus II., nachdem Wilhelm II. und die deutsche Diplomatie sich während des Krieges nicht zu knapp von Rußland hatten ausnutzen lassen, Deutschland den Eselstritt gab und sich nicht nur in Algeciras, sondern auf der ganzen Linie England und Frankreich anschloß.

Am Nachmittag des 4. Februar 1904 teilte Graf Hayashi mir vertraulich mit, daß der japanische Gesandte in Petersburg, Kurino, den Auftrag erhalten habe, von der russischen Regierung seine Pässe zu verlangen und abzureisen, und daß der Ausbruch des Krieges somit besiegelt sei. Darauf sandte ich sofort ein kurzes Ziffertelegramm an Herrn Paul von Schwabach, den Chef des Hauses Bleichröder in Berlin, welches dieser am 5. Februar vormittags dem Auswärtigen Amt vorlegte. Ebenso teilte ich den Kriegsausbruch der Botschaft in London mit, welche gleichfalls nach Berlin telegraphierte. Aber in der Wilhelmstraße schlief man nach wie vor den Schlaf des Gerechten und schenkte dieser wichtigen Meldung keinen Glauben.

Allerdings hatte der deutsche Botschafter in Petersburg, Graf Alvensleben, kurz vorher nach Berlin telegraphiert, ein Krieg sei

ausgeschlossen, denn der Zar wünsche keinen Krieg. Ebenso hatte auch Fürst Radolin eben erst aus Paris gemeldet, die französische Regierung glaube nicht an Krieg.

Nicht gering war daher das Erstaunen in der Wilhelmstraße, als bald darauf die offizielle Nachricht eintraf, daß eine japanische Torpedoflottille bereits Port Arthur bombardiere.

Große Erbitterung gegen die Regierung entstand in der Berliner Geschäfts- und Finanzwelt, da man bis zum letzten Augenblick fortgesetzt offiziell und offiziös hatte verbreiten lassen, daß an den Ausbruch eines russisch-japanischen Krieges nicht zu denken sei.

Der Anhang des Bandes enthält u. a. auch einen Briefwechsel zwischen mir, Armand Lévy und Wilhelm Betzold. Diese beiden mir nahe befreundeten Persönlichkeiten habe ich im 1. Band meiner Memoiren bereits eingehend geschildert. Monsieur Guillaume oder vielmehr der kleine Wilhelm Betzold stammte aus Dessau. In jungen Jahren war er bei den Wiener Rothschilds angestellt, später kam er zu den Pariser Rothschilds, wo er sich eine große Vertrauensstellung zu erwerben wußte. Während des Krieges 1870/71 war er mit dem alten Bleichröder zusammen finanzieller Berater im Stabe Bismarcks. Nach 1870 lebte er als unabhängiger Finanzmann in Paris. Er besaß auf der ganzen Welt die besten geschäftlichen und politischen Beziehungen. Unter anderen zählten auch der Reichskanzler Fürst Clodwig Hohenlohe, der alte Fürst Münster, welcher jahrelang Botschafter in London und Paris war, sowie der Feldmarschall Graf Waldersee zu seinen großen Gönnern. Ebenso hatte er auch nahe Beziehungen zu Holstein und zum Fürsten Radolin, dem Nachfolger des Fürsten Münster in Paris.

Betzold starb im Jahre 1906 während eines besuchsweisen Aufenthaltes in Berlin.

Armand Lévy war ein Pariser Finanzmann, welcher zu den meisten französischen maßgebenden Politikern in nahen Beziehungen stand. Zu seinen intimsten Freunden gehörten unter anderen der Minister Maurice Rouvier und Gaston Calmette, der bekannte jahrelange Direktor des Figaro, welcher im März 1914 von Madame Caillaux erschossen wurde. Armand Lévy war der Typ eines witzigen Pariser Boulevardiers nach altem Schlage und wegen seiner Gutmütigkeit wie seines angenehmen Wesens allgemein sehr beliebt.

III. Kapitel

Wie ich im 2. Bande meiner Erinnerungen eingehend geschildert habe, setzte fast umgehend nach dem Scheitern der deutsch-englischen beziehungsweise deutsch-englisch-japanischen Bündnisverhandlungen vom Jahre 1901, woran die maßgebenden Regierungskreise Deutschlands die Schuld trugen, eine englisch-französische Annäherung ein. Sie äußerte sich zunächst in akademischen Erörterungen zwischen englischen und französischen Staatsmännern über einen freundschaftlichen Ausgleich in sämtlichen schwebenden noch ungelösten Kolonialfragen beider Mächte. Auch habe ich bereits erzählt, wie der Kolonialminister Joseph Chamberlain und der französische Botschafter Herr Cambon zu Anfang des Jahres 1902 in einen Meinungsaustausch über einen eventuellen kolonialen Ausgleich traten. Aber alle diese Verhandlungen führten zu keinem greifbaren Resultat, ebensowenig wie die zwischen Lord Lansdowne und Herrn Cambon gegen Ende des Jahres 1902 sich entwickelnden Aussprachen darüber; denn England war damals noch nicht gewillt, mit Frankreich Abmachungen über die Nordküste Marokkos zu treffen, welche eine Gefährdung seiner Position im Mittelmeer, insbesondere seines Hauptstützpunktes Gibraltar bedeuten mußte. Um die Zeit des ersten offiziellen Besuchs König Eduards in Paris im Mai 1903 nahmen die englisch-französischen Verhandlungen über

einen Ausgleich sämtlicher schwebenden Kolonialfragen, besonders auch der ägyptischen und marokkanischen Frage, festere Gestalt an. Aber immer zögerte England noch, seine strategische Stellung im Mittelmeer durch Abmachungen mit Frankreich über die Gibraltar gegenüberliegende Küste zu schwächen. Wirklich ins Rollen kam diese so weittragende Frage erst nach Ausbruch des Russisch-Japanischen Krieges im Februar 1904, da England wie Frankreich jetzt fest entschlossen waren, der Gefahr, in den ostasiatischen Konflikt mit verwickelt zu werden, durch einen freundschaftlichen Ausgleich sämtlicher zwischen ihnen schwebenden Differenzpunkte in kolonialen Fragen vorzubeugen.

Bereits am 9. März (1904) erfuhr ich durch ein bekanntes Mitglied des damaligen englischen Kabinetts, daß ein weitgehender englisch-französischer Vertrag, welcher auch Ägypten und Marokko umfasse, glücklich zustande gekommen und bereits paraphiert sei. Wie sich der Minister mir gegenüber ausdrückte, würde die Welt und speziell Rußland erstaunt sein, eines Tages gewisse erst ganz kürzlich getroffene Abmachungen zwischen Frankreich und England zu erfahren, welche unter anderen auch Ägypten und Marokko beträfen. Es sei sehr erfreulich, daß die englisch-französischen Beziehungen sich so intim gestalteten, und mit seiner Drohung einer großen Truppendemonstration in Zentralasien würde Rußland wohl wenig Glück haben.

Diese meine Unterredung vom 9. März 1904 mit einem englischen Kabinettsmitglied ist niedergelegt in einem Ziffertelegramm an Paul von Schwabach vom 10. März, welches im Anhang des Bandes abgedruckt steht.

Als Paul von Schwabach meine Meldung von einem zwischen England und Frankreich zustande gekommenen Kolonialvertrag, welcher auch die ägyptische und marokkanische Frage regelte,

dem Auswärtigen Amt mitteilte, wurde dieser Nachricht kein Glauben geschenkt. Vollständig ahnungslos von dem, was wirklich in der Welt vorging, fuhr Wilhelm II. nebst seinen Beratern fort, seinem angeblichen Freunde Niki nachzulaufen und durch seine ostentative Parteinahme für Rußland, ohne auch nur die geringste Gegenleistung dafür zu erhalten, England wie Frankreich stutzig und mißtrauisch zu machen und diese beiden Mächte gegen sich selbst noch enger zusammenzuschweißen.

Der definitive Abschluß des englisch-französischen Kolonialabkommens fand erst am 8. April (1904) statt. Am 23. März[1]) brachte aber bereits Herr Delcassé den Inhalt dieses Vertrages der deutschen Regierung amtlich zur Kenntnis, und zwar in einer vertraulichen Unterredung mit dem deutschen Botschafter in Paris, dem Fürsten Radolin, sowie durch einen dem französischen Botschafter in Berlin, Bihourd, übermittelten Bericht über diese Unterredung behufs mündlicher Verwertung im Auswärtigen Amt. Seitens der deutschen Regierung aber wurden diese amtlichen Mitteilungen in mündlicher Form ignoriert. Erst zu Beginn der Marokkokrise vom Jahre 1905 kam man in Berlin ganz plötzlich auf diesen Fall zurück, nachdem der englisch-französische Vertrag bereits ein ganzes Jahr in voller Kraft bestanden hatte, und im Anschluß daran ein französisch-spanisches (am 5. Oktober 1904 veröffentlichtes) Abkommen über die Teilung Marokkos abgeschlossen war.

Obgleich mit dem erfolgreichen Angriff einer japanischen Torpedoflottille auf die in Port Arthur liegenden Kriegsschiffe und der am 10. Februar begonnenen Blockade Port Arthurs durch die

[1]) also 14 Tage nach meinem Telegramm an Schwabach behufs Mitteilung an das Auswärtige Amt.

Flotte des Admirals Togo der Krieg bereits in vollem Gange war, wurde von Herrn Delcassé immer noch versucht, ein Kompromiß zur Beilegung des Konfliktes herbeizuführen. Auch hatten die russischen Vertreter in Paris und London Weisung erhalten, zu versuchen, die englische wie französische Regierung dazu zu veranlassen, durch eine energische Stellungnahme gegenüber Japan die für Rußland zu schnell und unerwartet ausgebrochenen Feindseligkeiten zu einem Stillstand zu bringen. Naturgemäß blieben alle solche naiven Versuche erfolglos.

In Japan hatte der Ausbruch des Krieges großen Patriotismus entfacht, während man in Rußland, das mit seinen Rüstungen noch längst nicht fertig war, nur gezwungen und widerwillig in den Kampf zog. Schnell erzwangen die Japaner den Übergang über den chinesisch-koreanischen Grenzfluß, den Jalu, brachten den nördlichen Teil der Liautung-Halbinsel in ihre Hand und schnitten Port Arthur ab, das sehr bald von General Nogi belagert wurde. Alle Versuche der russischen Flotte, die japanische Blockade zu durchbrechen, waren vergeblich; umsonst waren auch die verzweifelten Anstrengungen der Russen, Port Arthur zu entsetzen. Nach einem zwölftägigen Kampfe bei Liaojang sahen die Russen sich gezwungen, ihre Stellungen zu räumen und sich auf Mukden zurückzuziehen.

Wenn auch inmitten dieser gewaltigen militärischen Erfolge Japans in Petersburg die offizielle Parole ausgegeben wurde, daß an Frieden nicht zu denken sei, bevor die Japaner nicht auf der ganzen Linie vernichtend geschlagen seien, fing sich bei einer kleinen Clique, welche das Gespenst der Revolution mit Riesenschritten herannahen sah, die Vernunft zu regen an. Zu dieser Koterie, welche es wegen der unter dem Einfluß der politisch urteilslosen, blind und fanatisch verrannten Militärpartei stehen-

den Geistesverfassung des Zaren nicht wagen durfte, das Wort „Frieden“ auch nur andeutungsweise zu hauchen, gehörten ganz im geheimen zwei einflußreiche Männer, Graf Witte und der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, Graf Lambsdorff. Beide waren sie gegen den Krieg gewesen, beide hatten sie daran gearbeitet, einen offenen Konflikt, wenn möglich, ganz zu vermeiden oder zum mindesten den Ausbruch von Feindseligkeiten so lange hinzuhalten, bis die russischen Rüstungen vollendet waren; aber beide waren sie mit ihren friedlichen Bestrebungen der vom Größenwahn und brutaler Habgier besessenen Großfürsten- und Militärpartei unterlegen.

Ganz schüchtern fing diese Koterie, zu welcher auch bekannte Großindustrielle und Finanziers gehörten, im Juli (1904) an, in London wie in Paris durch ihre dortigen persönlichen Beziehungen ihre Fühler auszustrecken, um zunächst einmal festzustellen, auf welcher Basis Japan eventuell bereit sein würde, in Friedensverhandlungen zu treten.

Eines Tages wurde ich während der Julirennen in Newmarket von einer mir seit vielen Jahren bekannten Persönlichkeit aus Paris, welche in sehr nahen verwandtschaftlichen Beziehungen zum alten Baron Alphonse Rothschild und somit auch dem gesamten Hause Rothschild stand, darauf angesprochen, ob ich eventuell bereit sei, den mir befreundeten Londoner japanischen Gesandten Grafen Hayashi zu sondieren, auf welcher Basis Japan gegebenenfalls sich dazu verstehen würde, in Friedensverhandlungen zu treten. Man sei in Paris gewillt und in der Lage, zwischen ihm, dem Grafen Hayashi, und dem Grafen Witte, welcher sich zur Zeit in Frankreich aufhielte, an irgendeinem neutralen Ort, sei es Brüssel, Ostende oder sonstwo, eine streng geheime Zusammenkunft zu arrangieren.

Ich erwiderte, ich könne unmöglich mit einer solchen Mission an den Grafen Hayashi herantreten, denn das könnte den Anschein erwecken, als sei ich von russischer Seite beauftragt, diese Sondierung zu unternehmen. Das könnte den japanischen Gesandten eventuell stutzig machen.

Nach langem Überlegen wurde schließlich folgender Modus procedendi vereinbart: „Es sollte zunächst von irgendeiner einigermaßen bekannten Persönlichkeit aus Pariser Finanzkreisen ein Schreiben an den Grafen Hayashi gerichtet werden, welches eine Sondierung in gedachtem Sinne enthalte. Da Graf Hayashi mich meistens in solchen Fällen zu Rate ziehe, würde er mich wahrscheinlich auch diesmal von dem bei ihm unternommenen Schritt unterrichten, und alles Weitere würde sich dann finden."

Nach etwa zehn Tagen erhielt ich einen kurzen Brief des Grafen Hayashi, in welchem er sich erkundigte, wann ich wieder einmal in die Stadt zu kommen gedächte, da er mich gerne sprechen würde. Ich befand mich damals auf dem Lande unweit London. Als ich den Gesandten daraufhin aufsuchte, bat er mich darum, Berichtigungen über gewisse Japan betreffende falsche Nachrichten, welche die Runde durch die Tagespresse gemacht hätten, in einige mir nahestehende kontinentale Blätter zu lancieren. Nachdem ich erklärt hatte, daß ich gern bereit sei, seinem Wunsch nachzukommen und diese Angelegenheit sofort in die Hand nehmen würde, kam im weiteren Verlaufe des Gespräches auch die Rede auf eine kürzlich in der Presse erschienene Notiz über angeblich bevorstehende Friedensverhandlungen, welche auf gemeinsames Betreiben der englischen und französischen Regierungen hin demnächst beginnen sollten. Graf Hayashi bemerkte hierzu, daß ihm offiziell davon nichts bekannt sei. Auch glaube er nicht, daß Rußland, welches auf seinen

französischen Bundesgenossen ebensowenig wie auf England zur Zeit gut zu sprechen sei, die offizielle Vermittelung dieser beiden Mächte behufs Herbeiführung von Friedensverhandlungen annehmen würde. Als ich dem Gesandten hierin beistimmte und bemerkte, daß ich vor nicht langer Zeit von einer bekannten Persönlichkeit der Pariser haute finance erfahren habe, daß Graf Witte, welcher zur Zeit in Frankreich weile, eventuell geneigt sein würde, eine direkte ganz geheime Aussprache mit ihm, dem Gesandten, über eine vielleicht mögliche Basis für Friedensunterhandlungen an irgendeinem neutralen Ort, wie z. B. Brüssel, zu haben, erwiderte Graf Hayashi, daß er erst ganz kürzlich einen Brief aus Paris ungefähr in demselben Sinne erhalten habe; doch sei er im allgemeinen bei solchen Zuschriften sehr skeptisch.

Seit Kriegsausbruch hätte er eine Unmenge von ähnlichen Briefen bekommen, auf die er aber keinen besonderen Wert gelegt und deshalb unbeantwortet gelassen habe. Darauf kramte er diesen Brief aus einer Anzahl auf seinem Schreibtisch liegender Papiere hervor, nannte mir den Namen des Verfassers und fragte mich, ob mir diese Persönlichkeit bekannt sei. Auf meine Erwiderung, daß es eine in Pariser Finanzkreisen sehr angesehene und allgemein bekannte Persönlichkeit sei, die man durchaus ernst nehmen könne, wurde der Gesandte plötzlich sehr nachdenklich. Nach längerem Überlegen äußerte er sich wie folgt: „Es wäre sicherlich ein Fehler, solch eine Gelegenheit vorübergehen zu lassen. Diese Affäre ist natürlich äußerst delikat, aber ich werde mich trotzdem mit meiner Regierung in Verbindung setzen und um Instruktionen bitten. Vielleicht sind Sie so freundlich und nehmen gegebenenfalls die weitere Behandlung der Sache dann in die Hand.“

Ich erwiderte dem Gesandten, daß ich selbstverständlich gern bereit sei, ihn nötigenfalls auch in dieser Angelegenheit zu unterstützen.

Kurz darauf erhielt ich ein Schreiben des Grafen Hayashi, in welchem er mir mitteilte, daß er von seiner Regierung die Ermächtigung erhalten habe, mit dem Grafen Witte an einem neutralen Ort zusammenzutreffen und zu versuchen, eine Basis für eventuelle Friedensverhandlungen mit ihm zu vereinbaren. Als ich ihn gleich darauf besuchte, bat er mich, ihn gegebenenfalls zu begleiten, um zwischen ihm und dem Grafen Witte die Vermittlerrolle zu übernehmen.

Ich telegraphierte darauf an meine Freunde in Paris, und bereits am nächsten Tage traf ein geheimer Agent des Grafen Witte aus Paris ein, welcher mich sofort aufsuchte und die Angelegenheit vom Standpunkt seines Auftraggebers aus mit mir erörterte. Ich wurde ausdrücklich gebeten, selbst der offiziellen Vertretung Rußlands in London nichts darüber verlauten zu lassen, da die Sache infolge der Geistesverfassung, in welcher sich der Zar unter dem Einfluß der Großfürsten- und Militärpartei befände, zu delikater Natur sei. Leider hatte ich die Angelegenheit bereits vorher mit dem offiziellen Vertreter des Grafen Witte in London akademisch erörtert, wodurch, wie aus einem Briefe des Fürsten Bülow vom 2. September 1904 an mich hervorgeht, in diplomatischen Kreisen Petersburgs das Gerede entstand, daß ich an Versuchen zur Friedensvermittlung beteiligt sei. Bei dieser Gelegenheit bekam ich einen Einblick in die sonderbare, nach napoleonischem Vorbild zugeschnittene geheime Agentenorganisation Rußlands, welche so eingerichtet war, daß die meisten Agenten nichts voneinander wußten. Durch solche Geheimagenten wurden, wie man mir sagte, zuzeiten selbst die offiziellen

russischen auswärtigen Vertretungen von Petersburg aus beobachtet und kontrolliert.

Wie ich nun authentisch erfuhr, hatte erst ganz kürzlich der frühere englische Botschafter in Wien, Sir Horace Rumbold, augenscheinlich auf Veranlassung der englischen Regierung in Petersburg mitgeteilt, daß etwaige japanische Friedensbedingungen voraussichtlich in folgenden Punkten bestehen würden:

1. Absolut freie Hand für Japan in Korea. 2. Rückgabe Port Arthurs an China. 3. Die mandschurische Eisenbahn ist unter internationale Kontrolle zu stellen. 4. Zahlung einer Indemnität an Japan.

In Petersburg nahm man an, daß dieses die Bedingungen seien, wie sie England wünsche. Ich wurde nun gebeten, beim Grafen Hayashi zu sondieren, ob und inwieweit die oben genannten Punkte zuträfen. Der Gesandte, welchen ich daraufhin in gedachtem Sinne befragte, gab mir zur Antwort, daß seine Regierung sich bisher noch in keiner Weise über die zu stellenden Bedingungen schlüssig gemacht habe. Seine Instruktionen gingen dahin, im Falle des Zustandekommens einer Begegnung mit dem Grafen Witte „zunächst durch einen rein persönlichen Meinungsaustausch festzustellen, ob es möglich sei, eine Basis für eventuelle Friedensverhandlungen zu schaffen, welche den Umständen gemäß für beide Teile annehmbar sei“.

Im Verlauf dieser Erörterungen, bei welchen ich die Vermittlerrolle spielte, stellte es sich heraus, daß beide Parteien ernstlich gewillt waren, wenn irgend möglich zu einer Grundlage für eventuelle Friedensverhandlungen zu gelangen, und zwar ohne die guten Dienste irgendeiner neutralen Regierung: „Sans les bonnes offices d'un autre gouvernement, quel qu'il soit“, wie sich Graf Witte in einem Telegramm an seinen Agenten ausdrückte.

Gerade dieser Punkt war es, an welchem mir im deutschen Interesse am meisten gelegen war. Ich litt um diese Zeit mehr denn je am „cauchemar des coalitions“. Wie in einem Panorama sah ich, wie die gesamte Weltlage sich fast täglich immer mehr zu Deutschlands Ungunsten gestaltete. Bei der fehlerhaften und schwankenden Politik Wilhelms II. und seiner Berater war es nicht schwer, vorauszusehen, daß der Ring unserer Gegner sich eines Tages schließen und dadurch eine Katastrophe über uns hereinbrechen müsse. Selbstverständlich wollte ich daher, wenn möglich, alles vermieden sehen, was die Einkreisung Deutschlands beschleunigen könnte.

Einen langen Brief an den Fürsten Bülow vom August (1904), in welchem ich ihm in großen Zügen die oben geschilderten Vorgänge in der Frage einer russisch-japanischen Friedensanbahnung mitteilte, schloß ich mit folgendem Satz:

„Was uns betrifft, so würde meiner unmaßgebenden Ansicht nach kaum etwas unerwünschter sein können, als wenn eines Tages der Friede durch englisch-französische Vermittlung zustande käme. Es würde dadurch nicht nur ein neues Bindeglied zwischen England und Frankreich geschaffen werden, sondern eventuell auch die Basis eines Ausgleiches zwischen England und Rußland in sämtlichen asiatischen Fragen. Daß ein solcher Ausgleich hier in England, nicht nur in maßgebenden Kreisen, sondern auch im Volke, trotz der letzten Kriegskonterbande und Schiffskontroversen äußerst populär sein würde, ist mir durchaus nicht zweifelhaft. Sollte es daher über kurz oder lang zu Friedensverhandlungen kommen, so dürfte es in unserem Interesse liegen, wenn der Friede zwischen Rußland und Japan durch direkte Verhandlungen zwischen beiden Mächten und ohne die Vermittlung anderer Regierungen zustande käme.“

Auf mein Schreiben erhielt ich zunächst ein kurzes Telegramm des Fürsten Bülow aus Norderney vom 28. August folgenden Inhalts:

„Brief mit Dank erhalten, Diskretion selbstverständlich.

Besten Gruß

Bülow."

Einige Tage später erhielt ich einen Brief des Fürsten. Hier der Wortlaut:

Berlin, den 2. September 1904

Lieber Baron Eckardstein!

Ganz geheim.

Mein Telegramm aus Norderney werden Sie erhalten haben. Ich möchte Ihnen aber nochmals sagen, daß ich von Ihrer Mitteilung mit lebhaftem Interesse Kenntnis genommen habe. Meiner vollkommenen Diskretion sind Sie sicher. Namentlich werde ich, Ihrem ausdrücklichen Wunsche entsprechend, von Ihren Mitteilungen nichts an unsere Botschaft in London gelangen lassen. Umgekehrt bitte ich auch Sie, nach keiner Seite hin merken zu lassen, daß Sie mich von der Angelegenheit informiert haben. Es wird mir von großem Werte sein, wenn Sie mich persönlich durch direkte Zuschrift an mich auch weiter au courant halten über die in Rede stehenden Pourparlers und deren Entwicklung. Dabei gestatte ich mir, Sie auf folgende Gesichtspunkte aufmerksam zu machen.

Sie haben darin ganz recht, daß es besser ist, der Friede wird, wenn er zustande kommt, direkt zwischen Rußland und Japan vereinbart, nicht aber unter französisch-englischer Vermittelung, da eine solche Vermittelung den Kern einer englisch-französisch-russischen Entente in sich tragen könnte, die wir natürlich nicht wünschen. Aber auch für die Beschleunigung

eines direkten Friedensschlusses darf von deutscher Seite nicht zu eifrig gearbeitet werden, damit uns nicht abermals, sei es von der einen, sei es von der anderen Seite, in die Schuhe geschoben wird, was jeder Teil hinterdrein an dem Friedensschluß auszusetzen hat. Daß es zu solchen nachträglichen Rekriminationen an reichlichem Stoff nicht fehlen wird, ist leicht vorauszusehen. Zweifellos würde der Bestand der russischen Dynastie in Gefahr geraten, wenn Rußland trotz der feierlichen Versicherungen seiner Regierung und des Zaren selbst so bald nach russischen Niederlagen Frieden schlösse. Andererseits wird aber auch die öffentliche Meinung in Japan vielleicht zu einem für Rußland annehmbaren Frieden geneigter sein, wenn der Krieg erst noch einige Zeit länger gedauert hat. Alles in allem genommen, möchte ich glauben, daß es für die Sache selbst und für alle Beteiligten besser ist, wenn von deutscher Seite mindestens in jetziger Situation nicht zu großer Eifer für die Herbeiführung des Friedens gezeigt wird. Um zu einem dauerhaften Frieden zu gelangen, müssen die Dinge noch etwas reifen. In St. Petersburger diplomatischen Kreisen erzählt man sich bereits, daß Sie bei Versuchen zur Friedensvermittlung beteiligt seien. Es wird nicht ausbleiben, daß man hinter Ihnen die Hand der deutschen Regierung sucht. Dies könnte nun gerade die von Ihnen und mir nicht gewünschte Folge haben, die englisch-französischen Vermittelungsgelüste zu um so lebhafterer Betätigung anzuspornen.

Hiernach und in Berücksichtigung der durch die Gesamtlage uns auferlegten Reserve möchte ich raten, daß Sie sich um die Verhandlungen nur so weit kümmern, als für meine im Eingange meines Briefes erbetene fortlaufende Informierung notwendig ist, daß Sie aber ein Hervortreten Ihrerseits vermeiden und Ihr Interesse an der Sache möglichst niemand

merken lassen. Ich bin gewiß, daß es Ihnen mit oft bewährtem politischen Geschick und in erprobter Hingebung an das deutsche Interesse gelingen wird, den weiteren Gang der in Rede stehenden Verhandlungen nicht aus den Augen zu verlieren, ohne sich und uns zu decouvrieren, und ohne die Verhandlungen zu aktivieren.

Mit nochmaligem Dank für Ihre Mitteilung und bestem Gruß bin ich

Ihr

aufrichtig ergebener

Bülow

Zur Zeit, als dieser Briefwechsel zwischen dem Fürsten Bülow und mir stattfand, waren die geheimen Besprechungen behufs Herbeiführung einer Zusammenkunft zwischen dem Grafen Hayashi und Grafen Witte zur Anbahnung von Friedensverhandlungen schon fast vollständig ins Stocken geraten, denn der russische Minister des Innern, Konstantinowitsch von Plehwe, war am 28. Juli (1904) einem Bombenattentat seitens der Revolutionäre zum Opfer gefallen, und Graf Witte hatte sich gezwungen gesehen, so schnell als möglich nach Petersburg zurückzukehren. Infolge der weiteren rapiden Entwicklung der revolutionären Strömung in Rußland verliefen sich die gedachten Friedensbesprechungen schließlich vollständig im Sande. Bewundernswert war es, daß die Japaner, obwohl sie in jeder Beziehung bereits äußerst geschwächt waren, noch ein volles Jahr militärisch, wirtschaftlich und finanziell im Kampf gegen den russischen Koloß standhielten und aus der welthistorischen 15 tägigen Schlacht von Mukden im Februar und März 1905 gegen eine gewaltige Übermacht als Sieger hervorgingen. Letzten Endes willigten die beiden kriegführenden Mächte doch in die Vermittelungsvorschläge

einer, wenn auch nicht europäischen, neutralen Regierung ein, und am 5. September 1905 wurde unter der Ägide des Präsidenten Roosevelt der Friede von Portsmouth (New-Hampshire) geschlossen, aus welchem Japan als vorherrschende Macht in Ostasien hervorging.

Wilhelm II. und die deutsche Diplomatie aber jagten, von Blindheit geschlagen, immer weiter dem Phantom eines Bündnisses mit Rußland nach, bis schließlich die Haltung der russischen Diplomatie auf der Konferenz von Algeciras dieser Hyperillusion ein jähes Ende bereitete.

Im Februar 1905, also etwa sieben Monate nach den oben geschilderten Anbahnungsversuchen behufs Herbeiführung von Friedensverhandlungen zwischen Rußland und Japan, ließ ein Vertreter des Pariser „Matin" sich beim Grafen Hayashi melden und bat um ein Interview. Er wurde vom Gesandten empfangen, und im Verlauf der Unterredung kam auch das Gespräch auf eventuelle Friedensaussichten. Graf Hayashi erwähnte in diesem Zusammenhange auch kurz die bekannten Fühler vom Juli des vergangenen Jahres. Einige Tage darauf erschien ein langer, sensationell aufgemachter Artikel im Matin, in welchem unter anderem zu verstehen gegeben wurde, daß Graf Witte bereits im Juli 1904 versucht hätte, Friedensverhandlungen anzuknüpfen, daß aber Japan davon nichts hätte wissen wollen. Diese durchaus inkorrekte und aufgebauschte Nachricht machte die Runde durch die gesamte Presse der Welt, und Graf Witte erließ deshalb ein Dementi, in dem er erklärte, daß er nie daran gedacht hätte, in Friedensverhandlungen mit Japan zu treten. Sicherlich konnte niemand, welcher die heikle Lage, in welcher sich Graf Witte zur Zeit be-

fand, kannte, ihm diese Handlungsweise verübeln, denn seine politischen Feinde in Petersburg versuchten, ihm aus dieser Affäre einen Strick zu drehen und zu verhindern, daß er seinen mit Mühe und Not beim Zaren erst kürzlich wiedererlangten Einfluß ausnützen könne. Ebenso unangenehm aber war dieser Zwischenfall für den Grafen Hayashi, indem auch seine politischen Gegner in Tokio den Versuch machten, ihm dadurch Schwierigkeiten zu bereiten. Sehr bald aber wurde es ganz still mit dieser Affäre und man hörte nichts mehr davon.

IV. Kapitel

Im Juni 1904 machte König Eduard seit seiner Thronbesteigung im Januar 1901 den ersten offiziellen Besuch in Deutschland. Er kam aber nicht nach Berlin, sondern erschien auf seiner Jacht „Viktoria and Albert", von einigen Kriegsschiffen begleitet, zu den Regatten in Kiel.

Ich befand mich gerade um diese Zeit von England aus in meiner Segeljacht auf einer Kreuzerfahrt in der Ostsee und verbrachte dabei auch während der Anwesenheit des Königs einige Tage in Kiel.

König Eduard zog mich bei Gelegenheit eines Nachmittagstees an Bord der „Hohenzollern" in ein langes Gespräch und war, wie immer, äußerst liebenswürdig. Sehr kurz und zurückhaltend dagegen behandelte mich der Kaiser an diesem Nachmittag. Als der König die Landungstreppe herabschritt und mich dort stehen sah, wandte er sich mir plötzlich zu und sagte in sehr freundlichem Ton: „Wenn wir uns hier in Kiel nicht mehr sprechen sollten, so erinnern Sie mich bitte bei der nächsten Gelegenheit, wenn ich Sie nach Ihrer Rückkehr in England sehen sollte, daran, daß ich Ihnen etwas im Vertrauen mitzuteilen habe."

Als ich den König kurze Zeit darauf bei den Rennen in Goodwood traf, deutete ich ihm an, daß er mir in Kiel etwas hätte sagen wollen. Er besann sich auch sofort, um was es sich handelte, und sagte wie folgt: „Wie ich aus Äußerungen des Kaisers in Kiel entnahm, scheint das Auswärtige Amt in Berlin in der letzten Zeit sehr stark gegen Sie bei ihm gehetzt zu haben. Ganz besonders scheint auch die Botschaft in London gegen Sie zu intrigieren. Das wundert mich ja auch gar nicht, denn Sie sind für diese Leute äußerst lästig, da Sie meist besser orientiert sind, und sie lieben es natürlich nicht, durch Ihre Mitteilungen nach Berlin kontrolliert zu werden. Im übrigen sagte mir aber auch der Kaiser, daß Sie der einzige gewesen seien, welcher über den Ausbruch des Krieges im fernen Osten sowie vieles andere gut unterrichtet war. Was unseren (Englands) Kolonialvertrag mit Frankreich vom April dieses Jahres betrifft, so habe ich mich darüber gefreut, vom Kaiser zu hören, daß er auch mit unseren Abmachungen über Marokko ganz einverstanden ist, denn Marokko habe ihn, wie er sagte, nie interessiert und interessiere ihn auch heute nicht. Leider habe ich aber auch herausgefunden, daß der Kaiser in vielen und zwar den wichtigsten Sachen ganz falsch orientiert ist. Ich habe den Eindruck, daß man ihn über sehr vieles im Dunkeln hält und ihn sogar absichtlich falsch unterrichtet. Wo die Leute schließlich hinaus wollen, welche den Kaiser in seiner, trotz allen Ableugnens, tatsächlich gegen uns gerichteten Flottenpolitik bestärken, ist mir ein Rätsel."

Es möge hier nochmals besonders hervorgehoben werden, daß der Kaiser Ende Juni 1904, also fast volle drei Monate nach definitivem Abschluß und Bekanntwerden des englisch-französischen Kolonialabkommens, nach welchem englischerseits

Frankreich unter anderem freie Hand in Marokko zugestanden wurde, sich König Eduard gegenüber vollständig einverstanden erklärte.

Tatsächlich ist es auch nicht der Kaiser, welchem die Schuld an dieser heillosen, für die Zukunft Deutschlands so katastrophalen Marokkopolitik der Jahre 1905 wie 1911 aufgebürdet werden kann. Insofern ist er natürlich mitschuldig, als er seinen verantwortlichen Ratgebern, wenn auch widerwillig, schließlich gestattete, eine solch törichte, ja direkt selbstmörderische Politik in Szene zu setzen. Für die verderbliche Marokkoaktion vom Jahre 1905, welche zu der gewaltigen diplomatischen Schlappe von Algeciras führte, zeichnete Fürst Bülow, wenn auch Holstein dabei das treibende Element war; für den frevelhaften und lächerlichen Panthersprung nach Agadir im Jahre 1911, welcher damals bereits auf ein Haar Deutschland in einen Krieg mit fast der ganzen Welt verwickelt hätte, war Herr von Bethmann Hollweg verantwortlich, obschon der Staatssekretär Herr von Kiderlen-Wächter als eigentlicher Urheber dieses für die Zukunft so unheilschwangeren Paradestückes angesehen werden muß. Beide Aktionen waren seinerzeit sogar in Deutschland bei einem großen Teil der urteilslosen öffentlichen Meinung äußerst populär, und dem Pressedezernat des Auswärtigen Amts gelang es fast mühelos, diese beiden verhängnisvollen, von der ganzen Welt höhnisch belächelten Niederlagen der deutschen Diplomatie im Inlande als große staatsmännische Erfolge zu frisieren.

Unwillkürlich muß man hierbei an einen Ausspruch Bismarcks denken, welcher ungefähr lautet: „Wenn eine von mir

geplante politische Maßnahme bei der öffentlichen Meinung populär war, so mußte ich mir doppelt und dreifach überlegen, ob ich mich auf dem richtigen Wege befand."

Bevor ich zu einer Schilderung der Marokkokrise vom Jahre 1905 übergehe, verlohnt es sich, einen kurzen Rückblick auf die Entstehung und Vorgeschichte der marokkanischen Frage zu geben.

Im Jahre 1880 wurde von den Vertretern der europäischen Staaten in Madrid nach langen Verhandlungen eine Konvention unterzeichnet, welche in einer allgemeinen internationalen Regelung der Dinge im Scherifischen Reich, insbesondere aber der wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Mächte bestand.

Als Frankreich zu Anfang der 80 er Jahre den Grundstein für sein großes afrikanisches Kolonialreich legte, welches sich schließlich von Algier bis hinab nach Timbuktu und Dahomey, und vom Senegal bis zum Tsadsee und zum Kongo erstrecken sollte, faßte es bereits als Vollendung seines großen Projektes den Erwerb Marokkos ins Auge. Um für die Einbuße seiner Stellung in Ägypten Ersatz zu gewinnen, hatte sich Frankreich im Jahre 1881 auf Zureden Bismarcks in Tunis festgesetzt. Als Jules Ferry, mit welchem Bismarck auf sehr freundschaftlichem Fuß stand, im Jahre 1883 an die Spitze der französischen Regierung trat, fand zwischen ihm und dem deutschen Kanzler, in der Hauptsache durch private Kanäle, wie z. B. durch Vermittlung des Fürsten Henckel von Donnersmarck, auch ein eingehender Meinungsaustausch über die Zukunft Marokkos statt. Bismarck erklärte sich schließlich einverstanden damit, daß Frankreich, sowie es selbst den Augenblick für gekommen hielte, über Marokko ein Protektorat erklären könne. Er stellte sogar Frank-

reich seine moralische und diplomatische Unterstützung zu diesem Zwecke in Aussicht.

Wie Graf Paul Hatzfeldt mir erzählte, habe Bismarck um die Mitte der 80er Jahre einmal zu ihm, als er (Hatzfeldt) Staatssekretär des Auswärtigen Amts war, gesagt: „Es gibt außer dem Balkan drei große Wespennester auf unserem Planeten, nämlich das Mittelländische Meer, der Persische Golf und die amerikanische Monroedoktrin. Gott gebe, daß Deutschland sich selbst nie in eines dieser gefährlichen Nester hineinsetzen möge.“

Tatsächlich erblickte Bismarck ja auch im Mittelmeer nirgends einen politischen Selbstzweck für die deutsche Politik, sondern lediglich ein Mittel, die Beziehungen zu den dort interessierten Staaten je nach den internationalen Bedürfnissen Deutschlands zu ordnen.

Als in den 90er Jahren die Sturm- und Drangperiode der deutschen Kolonialpolitik begann und auf Betreiben der vielen urteilslosen Marine- und Kolonialphantasten diese plan- und uferlose, jeden Augenmaßes entbehrende Expansionspolitik einsetzte, welche zum großen Teil mit schuld an dem furchtbaren Geschick ist, das das Deutsche Reich betroffen hat, erhob der kluge Graf Paul Hatzfeldt, den Bismarck bekanntlich als das beste Pferd in seinem Diplomatenstall bezeichnet hatte, warnend seine Stimme in Berlin. Er betonte, daß man sich in solch einen Wetterwinkel wie das Mittelmeer und den Persischen Golf, ohne den Bestand des Reiches zu gefährden, nur in Gemeinschaft und mit der Rückendeckung Englands, jedoch nie im Gegensatz zu England, hineinbegeben dürfe. Aber leider wurde auf seine Warnungen nicht gehört, und man geriet durch die abenteuerliche Bagdad- und Marokkopolitik gleichzeitig in die Gefahren-

zone des Mittelmeeres wie des Persischen Golfs. Zu wiederholten Malen war es möglich, wie ich im 2. Band meiner Erinnerungen dargelegt habe, sich mit England sowohl in der Bagdad-, als auch der Marokkofrage zu einigen und auf vollständig gleichberechtigter Grundlage zu einer gemeinschaftlichen Lösung dieser beiden Probleme zu gelangen; aber in ihrem grenzenlosen Mangel an Voraussicht und Entschlußfähigkeit hat die deutsche Diplomatie jedesmal die sich bietenden Chancen ungenützt vorüberziehen lassen.

Es ist bekannt, daß ein zwischen dem Fürsten Lichnowsky und Sir Eduard Grey zustande gekommener, den Interessen Deutschlands durchaus entsprechender englisch-deutscher Vertrag in der Frage des Bagdadprojektes im Frühjahr 1914 zur Unterschrift bereit lag. Zwar wollte Herr von Bethmann Hollweg unterzeichnen, aber einer Persönlichkeit, welche, ähnlich wie seinerzeit Holstein, im Auswärtigen Amt die Führung an sich gerissen hatte, einer Epigonengestalt Holsteins, welche zwar längst nicht dessen Fähigkeiten besaß, dafür aber durch Hartnäckigkeit ihre Stellung zu behaupten wußte und an der großen Katastrophe Deutschlands einen bedeutenden Anteil hat, gelang es, durch fortgesetzte Intrigen die Unterzeichnung des Vertrages zu hintertreiben. Erst am 27. Juli 1914, also vier Tage vor der deutschen Kriegserklärung an Rußland, war das Auswärtige Amt auf einmal bereit, den Vertrag zu unterzeichnen, aber da sagte England selbstverständlich „nein“.

Was das marokkanische Problem betraf, so besaß Lord Salisbury im Grunde genommen ungefähr dieselben Ideen vom englischen Standpunkt aus, wie Bismarck sie von deutschen Gesichtspunkten aus verfolgt hatte. Als ich ihm gegenüber einmal zu Anfang der 90 er Jahre das Gespräch auf die marokkanische

Frage brachte, erwiderte er mit lächelnder Miene: „We better let sleeping dogs lie“[1]). Aus seinem Mienenspiel war es nicht schwer, seine wahren Gedankengänge zu erraten. Diese bewegten sich zweifellos in der Richtung, daß er die Absicht hatte, im äußersten Notfall bei einer eventuellen Auseinandersetzung mit Frankreich in der ägyptischen Frage Marokko als Kompensationsobjekt in die Wagschale zu werfen. Graf Hatzfeldt, welchem ich meine Unterhaltung mit Lord Salisbury meldete, hatte genau dieselbe Auffassung über dessen Gedanken und berichtete in diesem Sinne nach Berlin.

Trotzdem war Lord Salisbury bei den in den Jahren 1899 und 1901 zwischen dem Kolonialminister Chamberlain und mir aufgenommenen Verhandlungen über eine deutsch-englische Lösung der marokkanischen Frage vollständig mit den Stipulationen des in Aussicht genommenen deutsch-englischen Vertrages einverstanden.

Worin aber bestand nun die deutsche Marokkopolitik während der wilhelminischen Ära. Was wollte man. Welchen Zielen strebte man nach? Die Antwort darauf kann nur sein, daß man gar keine festen Ziele verfolgte, überhaupt nicht wußte, was man wollte, und plan- und gedankenlos in das Wespennest des Mittelmeeres hineinstieß. Man verpaßte zu wiederholten Malen die glänzenden Gelegenheiten, sich in der marokkanischen Frage mit England zu einigen, ebenso auch die sich bietenden Möglichkeiten, sich in freundschaftlicher Weise mit Frankreich in dieser Frage auseinanderzusetzen; dagegen trieb man die Dinge ganz sinnlos zur Konferenz von Algeciras, um sich hier die Isolierung Deutschlands offiziell attestieren, den gegen Deutschland gerich-

---

[1]) Wir wollen schlafende Hunde lieber ruhen lassen.

teten Einkreisungsprozeß vollenden zu lassen und dadurch eine Lage zu schaffen, deren notwendige Folge der Weltkrieg sein mußte.

Durch den Besuch König Eduards in Kiel im Juni 1904 hatten sich die deutsch-englischen Beziehungen wenigstens äußerlich etwas gebessert. Im Herbst desselben Jahres war aber das Verhältnis zwischen beiden Mächten infolge der ungeschickten deutschen Politik schon wieder derartig gespannt, daß zeitweilig sogar ein plötzlicher Ausbruch offener Feindseligkeiten zu befürchten war.

Als im Oktober 1904 die neu ausgerüstete russische Ostseeflotte, welche zu einem nicht geringen Teil aus alten Dampfern der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyds bestand, auf ihrem Wege nach Ostasien, wo sie am 27. Mai 1905 bei der Insel Tsuschima von den Japanern vernichtet werden sollte, den Englischen Kanal passierte, fand der bekannte Zwischenfall in der Nähe der Doggerbank statt, bei welchem eine Anzahl englischer Fischfahrzeuge von den Russen bombardiert und versenkt wurde. Der kommandierende Admiral der russischen Flotte, mein Freund Roshestwenskij [1]), mit welchem zusammen ich in früheren Tagen in Londoner Militärklubs so manches Glas Wein und auch so manchen Schnaps getrunken habe, hatte sich auf seiner mit Mühe und Not ins Werk gesetzten Expedition nach dem Kriegsschauplatz angewöhnt, nach dem Abendessen statt weißer Mäuse japanische Torpedoboote zu sehen,

---

[1]) Admiral Roshestwenskij war viele Jahre Marine-Attaché bei der russischen Botschaft in London gewesen und hat auch später noch London öfters besucht.

und zwar an Stellen, wo solche sich schon aus rein technischen Gründen überhaupt nicht befinden konnten. Nachdem es so geschehen war, daß die russische Flotte an der Doggerbank eine Anzahl unschuldiger Fischerboote versenkte, hatte sich der öffentlichen Meinung und der Regierungskreise in England zunächst eine große Gereiztheit gegen Rußland bemächtigt. Aber es sollte nicht lange dauern, bis die durch den genannten Zwischenfall hervorgerufene Erregung gegen die russische Politik einer tiefen, zur Feindseligkeit gesteigerten Abneigung gegen Deutschland Platz machte. Durch seine überschwengliche offene Parteinahme für Rußland, wie auch die das Maß einer wohlwollenden Neutralität weit überschreitende Unterstützung der russischen Flottenexpedition nach japanischen Gewässern hatte Wilhelm II. es fertig gebracht, ohne auch nur die geringste Gegenleistung russischerseits dafür zu erhalten, die Zweifel Englands und Japans derartig zu erwecken, daß man in London bereits Maßnahmen erwog, um einer etwaigen Überraschung durch angeblich in Berlin geschmiedete finstere Pläne zum Eingriff der deutschen Flotte zugunsten Rußlands vorzubeugen.

Für diejenigen, welche sich in der Lage befanden, hinter die Kulissen zu schauen, besteht kein Zweifel, daß das in England damals von neuem erwachte tiefgehende Mißtrauen gegen die angeblichen Absichten der deutschen Politik zum großen Teil auch auf geheime russische Machenschaften zurückzuführen war.

Immer mehr griff diese Stimmung des Argwohns gegen deutsche Interventionsgelüste zugunsten Rußlands in England um sich und erreichte ihren Höhepunkt, als im Frühjahr 1905 die von der deutschen Diplomatie plötzlich hervorgerufene Marokkokrise eintrat.

Der Dank Nikolaus' II. und der russischen Diplomatie für Deutschlands so überschwengliche Unterstützung während des japanischen Krieges aber bestand darin, daß Rußland sich kurz darauf in Algeciras nicht nur ad hoc, sondern auch für die Zukunft auf die Seite der Gegner Deutschlands stellte und so den Ring der Einkreisung schloß.

V. Kapitel

Bald nach Abschluß des französisch-englischen Kolonialvertrages vom 8. April 1904 begann Frankreich, sich in Marokko häuslich einzurichten. Da die deutsche Regierung keinen Protest gegen diesen Vertrag eingelegt hatte, glaubte der auswärtige Minister, Herr Delcassé, dazu berechtigt zu sein, mit den längst geplanten politischen und wirtschaftlichen Reformen im Scherifischen Reich zu beginnen.

In Berliner Regierungskreisen setzte aber im März 1905 ganz plötzlich auf Betreiben Holsteins eine Protestbewegung gegen das französische Vorgehen in Marokko ein. Die große Schlacht von Mukden war geschlagen, in welcher Rußland den Japanern unterlegen war, und auch die Revolution im russischen Reich trug dazu bei, das durch den Krieg im fernen Osten bereits stark zur Ader gelassene zaristische Reich noch mehr zu schwächen und auf geraume Zeit militärisch lahm zu legen.

Herr Ssasonow, welcher damals Botschaftsrat in London war, hatte mit seiner Gemahlin das Weihnachtsfest bei mir auf dem Lande in England verbracht. Bei dieser Gelegenheit hatten wir längere geschichtsphilosophische Gespräche, an welche ich heute, nach den gewaltigen welterschütternden Ereignissen der letzten Jahre, mit großem Interesse zurückdenke.

Herr Ssasonow, welcher große Kenntnisse besonders auch auf geschichtlichem und literarischem Gebiet besaß, war ein äußerst angenehmer Gesellschafter und geistreicher Causeur, von welchem man vieles lernen konnte. Unter anderem hatten wir auch lange Gespräche über den berühmten Briefwechsel zwischen Katharina II. und Melchior von Grimm, über Tolstoi und die meisten russischen Klassiker.

Über die damalige Lage Rußlands äußerte sich Herr Ssasonow folgendermaßen: „Die erste große Katastrophe, welche das russische Reich durchzumachen hatte, war im 17. Jahrhundert zur Zeit des falschen Demetrius, die zweite zu Anfang des 19. Jahrhunderts im Zeitalter der napoleonischen Kriege, und die dritte erleben wir jetzt in Gestalt des unglücklich verlaufenden Krieges mit Japan und der sich daraus entwickelnden Revolution. Aber wir werden auch diese Katastrophe glücklich überstehen, die nötigen Lehren daraus ziehen und schließlich, stärker als je, aus all unserem Unglück hervorgehen."

Wer hätte damals voraussehen können, daß genau zehn Jahre später, als Herr Ssasonow auswärtiger Minister in Petersburg war, die größte aller je dagewesenen Weltkatastrophen ausbrechen sollte, von der Rußland am meisten von allen Ländern betroffen wurde?

Ganz besonders bemerkenswert erscheint gerade heute auch noch eine andere Äußerung, welche Herr Ssasonow damals im Jahre 1904 mir gegenüber tat. Er sagte wie folgt: „Die russische Regierung wird stets in der Lage sein, die Entscheidung über Krieg oder Frieden in der Hand zu behalten. Sollte dagegen jemals der Fall eintreten, daß eine der orthodoxen Kirche angehörende Tochternation Rußlands im Balkan von einer anderen Macht mit Krieg überzogen und vergewaltigt wird, so würde

keine Regierung in Rußland, selbst wenn sie es wollte, stark genug sein, um eine kriegerische Intervention Rußlands zu verhindern. In solchem Falle würden die Wogen orthodoxkirchlicher und panslawistischer Erregung derartige Dimensionen annehmen, daß ihnen zu widerstehen keine Staatsleitung fähig wäre.

Um nach dieser Abschweifung wieder auf das eigentliche Thema dieses Kapitels, nämlich die Marokkokrise vom Frühjahr 1905 zurückzukommen, möchte ich betonen, daß der Gedanke, die zeitweilige militärische Ohnmacht Rußlands dazu zu benutzen, mit Frankreich endgültig abzurechnen, zunächst lediglich dem Gehirn Holsteins entsprang. Leider gelang es ihm, den Reichskanzler sowie einige höhere Militärs und bekannte Publizisten, wie z. B. den politischen Phantasten Professor Theodor Schiemann, für seine Ideen zu gewinnen. Wer sich aber lange auf das entschiedenste gegen diesen törichten und für die Zukunft so verhängnisvollen Plan sträubte, war der Kaiser. Sowohl bei Holstein als auch beim Reichskanzler hatte es vermutlich zu dämmern begonnen, daß sie sich mit ihren diplomatischen Methoden gründlich verrechnet hatten und ihr zielloses Hin- und Herschwanken immer weiter zur vollständigen Isolierung Deutschlands führte. Infolgedessen hofften sie den Einkreisungsprozeß Deutschlands durch einen Präventivkrieg gegen Frankreich zerstören zu können. Aber auch diese Rechnung war von Grund aus falsch, wie ich im Laufe dieses Kapitels nachweisen werde.

Mit großer Mühe und Not gelang es schließlich Holstein und dem Fürsten Bülow, den Kaiser dazu zu bewegen, die mehr als törichte und abenteuerliche Fahrt nach Tanger anzutreten, welche auf Haaresbreite damals bereits einen Weltkrieg entfesselt hätte.

Auf seiner Fahrt nach Tanger stattete der Kaiser dem König und der Königin von Portugal einen Besuch in Lissabon ab. Als er die portugiesische Hauptstadt auf seiner Jacht „Hohenzollern“ verließ, äußerte er sich einigen Herren seines Gefolges gegenüber sehr unwillig über das fortgesetzte Drängen des Fürsten Bülow, die geplante Landung in Tanger auch wirklich auszuführen, und sagte, er könne den Zweck dieser antifranzösischen Demonstration, die ihm äußerst gewagt erscheine, nicht einsehen. Aber warum ließ er sich schließlich doch dazu bewegen, gegen seinen Willen diesen für die Zukunft des Deutschen Reiches so verderblichen Schritt zu tun? Hatte er nicht oft genug bei anderen beabsichtigten politischen Maßnahmen, die vielleicht sehr vernünftig waren, sein kaiserliches Veto eingelegt? Hier in diesem Falle, wo er den durchaus richtigen Instinkt für die Zwecklosigkeit und Gefahr eines so abenteuerlichen Unternehmens besaß, warum versagte da auf einmal sein sonst so ausgeprägter Eigenwille?

Mit bangem Herzen und bösen Vorahnungen hatte ich die kaiserliche Fahrt nach Tanger und die ständig akutere Formen annehmende Marokkokrise verfolgt, als ich plötzlich am späten Nachmittag des 3. Mai 1905 von Paris aus telephonisch in London angerufen wurde. Es war mein Freund Armand Lévy, welcher mir im Auftrage des Ministerpräsidenten Rouvier telephonierte, daß ich dringend gebeten würde, sofort, wenn möglich noch am selben Abend, nach Paris abzureisen, da der Minister am nächsten Morgen eine Aussprache über die bis zum äußersten gespannte Lage mit mir haben möchte und die Absicht besäße, mich zu bitten, sofort im Interesse einer friedlichen Lösung der Marokkoangelegenheit zu intervenieren. Kurz darauf wurde ich auch noch von zwei gemeinschaftlichen Freunden Armand Lévys

und mir, den Herren Caesar Schlesinger und Franz Deutsch, telephonisch angerufen, da Armand Lévy an diese telegraphiert hatte, mich dazu zu bewegen, sofort nach Paris abzureisen. Obgleich es mir in vieler Hinsicht gar nicht paßte, gerade in diesem Augenblick London zu verlassen, fuhr ich sofort nach Paris ab, wo ich am nächsten Morgen in aller Frühe eintraf und mich zur Wohnung Armand Lévys im Boulevard des Capucines begab, da ich eingeladen war, bei ihm abzusteigen.

Gleich nach meiner Ankunft telephonierte Armand Lévy an den Ministerpräsidenten Rouvier, teilte ihm mit, daß ich eingetroffen sei, und verabredete mit ihm, daß er in meiner Begleitung in einer Stunde in seiner Privatvilla in Neuilly eintreffen würde. Als wir im Begriff standen, das Automobil zu besteigen, erschien ganz plötzlich unser gemeinsamer Freund Gaston Calmette, der langjährige Direktor des Figaro, und begleitete uns bis zur Villa Rouviers. Er war in großer Aufregung und erzählte uns, daß die letzten Nachrichten aus Berlin und von der Grenze äußerst beunruhigend seien. Dann erging er sich auch in heftigen Anklagen gegen Herrn Delcassé, der ebenso wie Baron Holstein den Krieg wolle, und obgleich der Ministerpräsident ihm das Portefeuille der Auswärtigen Angelegenheiten abgenommen und selbst die Verwaltung dieses Postens in die Hand genommen habe, immer noch weiter mit seiner Kriegstreiberei fortfahre. Wäre es nach Herrn Delcassé gegangen, meinte Gaston Calmette, so wäre der Krieg bereits längst da; denn er habe eine französische Flotte nach Tanger schicken wollen, um die Landung des Kaisers zu verhindern.

Der Ministerpräsident Rouvier dankte mir zunächst in herzlichen Worten, daß ich seiner spontanen Aufforderung, sofort nach Paris zu kommen, Folge geleistet habe. Dann sagte er wie

folgt: „Maintenant nous ne voulons pas parler la diplomatie, nous voulons parler du sens commun“ [1]). Er selbst sowohl, fuhr er fort, als auch seine einflußreichsten Kollegen im gegenwärtigen Kabinett, wie z. B. Etienne und Clementelle, seien Schüler von Jules Ferry [2]). Wie sein Meister, so habe auch er stets danach getrachtet, möglichst freundschaftliche Beziehungen mit Deutschland herbeizuführen und aufrechtzuerhalten. Zwar habe der Kaiser im allgemeinen bis vor kurzem eine freundliche Haltung für Frankreich beobachtet, doch die Pangermanisten [3]) und ihr Anhang hätten alles nur denkbar mögliche getan, um eine freundschaftliche Annäherung zwischen beiden großen Nationen zu verhindern. Die wilden, aggressiven Schriften der Pangermanisten forderten natürlich immer wieder die längst im Absterben begriffenen Revanchegelüste der französischen Chauvinisten heraus und erschwerten dadurch allen denjenigen, welche in Frankreich einen freundschaftlichen, dauernden Ausgleich mit Deutschland erstrebten, ihre Arbeit. — „Was bezweckt nun aber Ihre Regierung jetzt mit ihrer fortgesetzt aggressiven Haltung in der Marokkofrage? Ich weiß, auch unsererseits sind vielleicht Fehler gemacht worden, und ich bin mit meinen Kollegen gewillt, etwaige durch Mißverständnisse entstandene Verstöße gegen die Madrider Konvention durch einen offenen, direkten Meinungsaustausch zwischen beiden Regierungen zu reparieren. Aber Ihre Regierung scheint einen solchen Meinungsaustausch überhaupt nicht zu wünschen. Man besteht in Berlin darauf, in marokkanischen Fragen

---

[1]) Jetzt wollen wir nicht Diplomatie, sondern gesunden Menschenverstand reden.

[2]) Jules Ferry, welcher von 1883—1885 französischer Ministerpräsident war, stand bekanntlich in freundschaftlichen Beziehungen zu Bismarck und versuchte eine dauernde Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland herbeizuführen.

[3]) Alldeutschen.

nur direkt mit dem Sultan zu verhandeln und uns vollständig beiseite zu schieben. Aber das geht natürlich nicht. Unser Botschafter in Berlin berichtet, daß er kaum mehr auf dem Auswärtigen Amt empfangen wird. Ebenso scheint auch der Fürst Radolin aus Berlin die Instruktion erhalten zu haben, einer Aussprache mit mir aus dem Wege zu gehen. Dagegen rasselt man bei Ihnen sehr ostentativ mit dem Säbel, als ob man um jeden Preis den Krieg wolle. Ich bitte Sie nun um folgendes: Wollen Sie die Freundlichkeit haben und noch heute abend nach Karlsruhe abreisen? Wie unser Botschafter aus Berlin telegraphiert, trifft der Kaiser dort morgen auf der Rückkehr von seiner Mittelmeerfahrt zum Besuche des Großherzogs ein. Ebenso soll auch Graf Bülow morgen dort eintreffen. Vielleicht gelingt es Ihnen durch eine Rücksprache mit dem Kaiser und dem Grafen Bülow, den abgebrochenen Draht wieder in Ordnung zu bringen und direkte Verhandlungen zwischen unseren Regierungen anzubahnen. Wir würden Ihnen hier unendlich dankbar dafür sein; denn wir wollen den Frieden, und nicht nur das, sondern die Anbahnung einer stetig wachsenden, auf gegenseitiger Achtung aufgebauten Freundschaft mit Deutschland, behufs gemeinsamer Förderung der Zivilisation und der Erhaltung des Weltfriedens. Glauben Sie mir, der Augenblick dafür ist sehr günstig; wird aber dieser psychologische Moment verpaßt, so kehrt er wahrscheinlich nie wieder. Sie ahnen nicht, wie empfänglich die öffentliche Meinung bei uns gegenwärtig für eine liebenswürdige Geste des Kaisers und Ihrer Regierung sein würde. Wahrscheinlich hat Ihnen unser Freund Armand schon erzählt, daß ich ganz kürzlich eine längere Aussprache mit demselben Manne gehabt habe, welcher seiner Zeit zwischen dem Fürsten Bismarck und Gambetta, sowie auch Jules Ferry vermittelt hat, nämlich dem Für-

sten von Henckel-Donnersmarck. Er hat mich anscheinend in direktem Auftrage des Grafen Bülow zu sprechen gesucht. Der Fürst hat mir erklärt, es gebe nur zwei Möglichkeiten: entweder eine deutsch-französische Allianz oder Krieg. Ich weiß natürlich nicht, ob dies die gegenwärtigen Ideen des Kaisers und des Grafen Bülow sind, oder ob der Fürst Donnersmarck nur seine eigenen Gedanken ausgesprochen hat. Mit einer Allianz, so erstrebenswert sie auch für beide Teile sein mag, geht es natürlich nicht so schnell; aber deswegen braucht man doch nicht gleich die andere Alternative zu setzen und dieses entsetzliche Wort ‚Krieg' auszusprechen. Auch zwischen dem Fürsten Radolin und mir ist der Gedanke einer systematischen freundschaftlichen Annäherung beider Nationen, die möglicherweise allmählich zu einem Bündnis führen könnte, erörtert worden. Der Botschafter war in seinen Ausdrücken natürlich etwas vorsichtiger. Was bedeutet das aber, daß er mir seit einiger Zeit vollständig aus dem Wege geht? Sollte er wirklich direkte Instruktionen in dieser Beziehung von Berlin erhalten haben? Ich wiederhole nochmals: suchen wir so schnell als möglich durch einen direkten Meinungsaustausch zwischen beiden Regierungen zu einer freundschaftlichen Einigung zu gelangen, und die Frucht davon wird eine rapide Annäherung zwischen beiden Nationen sein, auf der sich dann weiterbauen läßt. Hält aber der gegenwärtige Zustand an, Gott weiß, was dann geschieht, und in welcher Richtung sich die Dinge dann für die Zukunft entwickeln werden! Also fahren Sie heute abend nach Karlsruhe und tun Sie, was in Ihren Kräften steht. Sie leisten damit nicht nur Ihrem Vaterlande, sondern auch dem Weltfrieden einen großen Dienst."

Als ich dem Ministerpräsidenten versprach, noch am selben Abend nach Karlsruhe abzureisen und mein möglichstes zu tun,

dankte er mir dafür in sehr herzlichen Worten und sagte zum Schluß folgendes: „Unser gemeinsamer Freund Armand wird Ihnen noch einige Winke mit auf den Weg geben, wir haben gestern lange darüber gesprochen.“ Als er mir beim Abschiednehmen die Hand schüttelte, nickte Herr Rouvier mit dem Kopf hin und her und sagte: „An nescis, mi fili, quantilla prudentia mundus regatur?“ [1])

Es war noch sehr früh am Tage, als Armand Lévy und ich die Villa Rouviers verließen. Infolgedessen fuhren wir direkt zurück nach dem Boulevard des Capucines, und ich ruhte mich nach meiner nächtlichen Reise einige Stunden aus.

Als ich bald nach 1 Uhr mit Armand Lévy im Café Paillard beim Frühstück saß, holte er einen Zettel aus seiner Tasche, auf welchem er sich die verschiedenen Punkte, über die er mich auf Veranlassung Rouviers noch vor meiner Abreise orientieren sollte, notiert hatte.

„Sie werden verstehen,“ sagte er zu mir, „daß Rouvier in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident (président du Conseil) Ihnen gewisse Dinge, die äußerst delikater Natur sind, nicht direkt mitteilen konnte. Aber Sie können versichert sein, daß alles das, was ich Ihnen jetzt sagen werde, ‚rigoureusement exact‘ ist.

Also erstens: ‚Rouvier hat, wie Sie wissen, Delcassé bereits das Portefeuille der Auswärtigen Angelegenheiten aus der Hand genommen und verwaltet diesen Posten selbst. In spätestens drei bis vier Wochen wird Delcassé aber ganz und gar als Minister zurücktreten. Wenn Sie den Grafen Bülow in Karlsruhe sehen, so teilen Sie ihm dies bitte im Vertrauen mit. Delcassé scheidet

---

[1]) „Weißt Du denn nicht, mein Sohn, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird?“

aus, weil der Ministerrat sich seine Eigenmächtigkeiten nicht länger will gefallen lassen. Seine Ministerkollegen sagen ,il met tout dans sa poche, il nous ne montre rien et il vient au Conseil avec des faits accomplis‘. Es sind also interne Fragen, durch welche sein Ausscheiden aus dem Ministerium veranlaßt wird. Sie können dem Grafen Bülow mit aller Bestimmtheit versichern, daß Delcassé geht, aber dabei müssen Sie ihm ausdrücklich klarmachen, daß es ein großer Fehler sein würde, wenn die deutsche Regierung und vor allem auch die deutsche Presse das Verschwinden Delcassés als einen Sieg der deutschen Diplomatie in der Marokkofrage hinstellen würde. In demselben Augenblick, wo dies geschieht, würde Delcassé sofort von seinen Anhängern und einem großen Teil der öffentlichen Meinung in Frankreich zum Helden erhoben werden, und dann erst recht würde der Chauvinismus bei uns anfangen, seine Blüten zu treiben.‘

Dann: ,König Eduard hat, als er sich kürzlich auf der Durchreise von Biarritz nach London in Paris aufhielt, zu Rouvier und anderen Ministern gesagt, man solle sich in Paris nicht weiter aufregen. Der Kaiser und seine Berater würden sich schon bald wieder beruhigen. Sollte es aber zum schlimmsten kommen, so könne die französische Regierung der Unterstützung Englands gewiß sein. Wir selbst wissen hier ganz genau, daß im Kriegsfalle England zu unseren Gunsten eingreifen wird; das würde aber nicht verhindern, daß wir zunächst die Leidtragenden sind. Rouvier zieht es daher vor, lieber nicht erst die Unterstützung Englands in Anspruch nehmen zu müssen. Delcassé denkt natürlich anders über diesen Punkt.‘

Drittens: ,Wie Rouvier Ihnen bereits selbst erklärt hat, besteht bei ihm und den meisten seiner Kollegen der feste Wille, in ein möglichst freundschaftliches Verhältnis zu Deutschland

nicht nur für jetzt, sondern auf die Dauer zu treten. Daß dies wirklich offen und ehrlich gemeint ist, kann ich Ihnen als persönlicher Freund garantieren. Wahrscheinlich werden Sie es aber aus den Äußerungen Rouviers selbst schon herausgefühlt haben. Im übrigen ist auch Fürst Radolin vollkommen davon überzeugt. Man weiß bei uns ganz genau, daß Deutschland sehr viel daran gelegen ist, an der atlantischen Küste von Marokko eine Kohlenstation, eventuell auch einen Streifen Landes zu erhalten. Ich kann Sie nun auf das bestimmteste versichern, daß Rouvier bereit ist, über diesen Punkt mit sich reden zu lassen (qu'il est prêt à causer sur un tel sujet). Schon aus diesem Umstand können Sie entnehmen, wie sehr Rouvier daran gelegen ist, in ein dauernd gutes Verhältnis zu Deutschland zu treten.'

Viertens: ‚Wie unser Botschafter aus Berlin berichtet, soll der Kaiser von Karlsruhe aus nach Metz gehen, um auf dem Schlachtfeld von Gravelotte ein Denkmal für die gefallenen Krieger zu enthüllen. Man fürchtet hier, er könnte vielleicht bei dieser Gelegenheit eine Rede halten, welche von der hiesigen öffentlichen Meinung als ein Affront angesehen werden würde. Wäre es nicht möglich, daß Sie während Ihrer Anwesenheit in Karlsruhe einer solchen Eventualität vorzubeugen suchen? Es wäre doch gut, wenn alles vermieden würde, was die an sich schon überhitzte Atmosphäre noch steigern und dadurch jede Chance für eine freundschaftliche und friedliche Entspannung der Lage vereiteln könnte.'"

Am frühen Morgen des 5. Mai traf ich aus Paris in Karlsruhe ein und stieg im Hotel Germania ab. Kaum hatte ich mich hingelegt, um mich nach der Reise noch etwas auszuruhen, als ich ans

Telephon gerufen wurde. Es war Betzold, welcher mich von Berlin aus anklingelte und dringend zu sprechen wünschte. Er erzählte mir, daß er vor fünf Tagen auf Veranlassung Rouviers von Paris nach Berlin gefahren sei, um Holstein zu sondieren, ob man in der Wilhelmstraße nicht doch geneigt sein werde, in direkte Verhandlungen mit der französischen Regierung zu treten. Mein Telegramm, daß ich nach Karlsruhe führe, habe er erhalten. Bereits längst habe er von Rouvier gewußt, daß die Absicht bestände, mich um eine Intervention in der schwebenden Angelegenheit zu bitten. Er selbst habe mir verschiedene Briefe nach England geschrieben, die ich aber wohl nicht mehr erhalten hätte. Die ganze Affäre sei äußerst verwickelt und delikat. Er riete mir, mit großer Vorsicht vorzugehen. Holstein, den er wiederholt in Berlin gesprochen, sei ganz rabiat. Erst gestern abend habe ihm dieser zum drittenmal kategorisch erklärt, daß von direkten Verhandlungen mit der französischen Regierung keine Rede sein könne. Wie Holstein behaupte, habe er in Erfahrung gebracht, daß Delcassé unter anderem auch versucht habe, in Ungarn gegen Deutschland zu intrigieren. Zum mindesten, solange Delcassé Mitglied des Ministeriums sei, könne von einem direkten Meinungsaustausch mit der französischen Regierung keine Rede sein. Er selbst (Betzold) betrachte die Lage als äußerst kritisch, man könne nicht wissen, was der nächste Tag bringen werde. Er bäte mich, ihn über alles im laufenden zu halten.

Selbstverständlich waren diese Informationen des kleinen Betzold von größter Wichtigkeit für mich. Mir brummte aber derartig der Kopf, daß ich nicht mehr einschlafen konnte, und ich entschloß mich, sofort auf die preußische Gesandtschaft zu fahren und den Gesandten, den Admiral von Eisendecher, mit

welchem ich seit vielen Jahren näher bekannt war, ins Vertrauen zu ziehen.

Herr von Eisendecher war ursprünglich Marineoffizier gewesen, auf Veranlassung Bismarcks aber gegen Mitte der 70 er Jahre in den diplomatischen Dienst übergetreten. Er vertrat darauf längere Jahre das Deutsche Reich als Gesandter in Tokio und Washington und übernahm später den preußischen Gesandtenposten in Karlsruhe. In dieser Zeit wurde er wiederholt vom Kaiser in Spezialmission nach England geschickt und vertrat auch fast jedes Jahr den Kaiser bei den Regatten in Cowes an Bord des „Meteor". Er sowohl als seine schöne, liebenswürdige Gemahlin waren äußerst weltgewandt und erfreuten sich überall im Auslande großer Beliebtheit. Bedauernswert erscheint es, daß ein Mann, wie Herr von Eisendecher, welcher nicht nur einen guten politischen Verstand besaß, sondern auch das Rückgrat, um seine Ideen zur Geltung zu bringen, in außenpolitischer Beziehung in Karlsruhe gewissermaßen kaltgestellt war, statt auf einen der wichtigeren Botschafterposten berufen zu werden. Daß letzteres nicht geschah, dafür sorgte der eigensinnige und schrullenhafte Despot im Auswärtigen Amt, Holstein.

Als ich Herrn von Eisendecher über die Veranlassung meines Besuches in Karlsruhe mit allen Einzelheiten einweihte, fand ich volles Verständnis bei ihm für die ganze Situation. Er bedauerte im höchsten Grade die Torheit und Verranntheit Holsteins und versprach, mich beim Reichskanzler zu unterstützen. Er lud mich zum Frühstück ein, zu welchem auch der badische Gesandte und Bundesratsbevollmächtigte in Berlin erschien, und bald nach beendeter Tafel fuhren wir zusammen nach dem Bahnhof, um den Reichskanzler Grafen Bülow dort zu empfangen. Der Kaiser, der von seiner Mittelmeerfahrt, während welcher die berühmte

Landung in Tanger stattgefunden hatte, kam, wurde erst gegen 6 Uhr nachmittags in Karlsruhe erwartet. Nach stattgehabter Begrüßung, bei welcher ich den Grund meiner Anwesenheit in Karlsruhe kurz erwähnte, fuhr der Reichskanzler mit Herrn von Eisendecher zusammen nach dem Schloß, wo er als Gast des Großherzogs abstieg. Mich selbst hatte Graf Bülow aufgefordert, ihn in $1^1/_2$ Stunden im großherzoglichen Schloß aufzusuchen.

Obgleich ich bei der Begrüßung auf dem Bahnhof instinktiv gemerkt hatte, daß dem Reichskanzler mein plötzliches Erscheinen in Karlsruhe durchaus nicht angenehm war, empfing er mich in seinem Salon mit vollendeter Liebenswürdigkeit. Sehr selten hat es vielleicht überhaupt je eine Persönlichkeit gegeben, welche wie Fürst Bülow eine so bedeutende weltmännische Begabung besaß, selbst in den schwierigsten Situationen fast nie aus der Rolle fiel, sich niemals irgendwelche Verstimmung merken ließ, und im übrigen stets einer der liebenswürdigsten und geistreichsten Gesellschafter war, wie sie nicht oft auf diesem Planeten zu finden sind. Niemand, selbst der, welcher mit seiner Politik in keiner Weise einverstanden war und sie bekämpft hat, kann umhin, diese Eigenschaften des Fürsten zu bewundern.

Als Einleitung meiner Demarche benutzte ich die Informationen, welche ich am Morgen vom kleinen Betzold telephonisch aus Berlin erhalten hatte. Ich sagte dem Reichskanzler, es sei mir bekannt, daß Holstein erst noch am gestrigen Tage erneut abgelehnt habe, in direkte Verhandlungen mit der französischen Regierung zu treten, und daß er als einen der Gründe dafür angebliche Intrigen des Herrn Delcassé gegen Deutschland in Ungarn angegeben habe. Ich käme aber gerade aus Paris, wo ich den Ministerpräsidenten Rouvier gesehen habe, und ich könne

ihm versichern, daß Herr Delcassé als Minister vollkommen erledigt sei. Rouvier habe ihm doch schon das Portefeuille der Auswärtigen Angelegenheiten aus den Händen genommen, und es sei nur eine Frage der allerkürzesten Zeit, daß Delcassé vollständig aus dem Ministerium ausscheiden werde.

Fürst Bülow antwortete darauf, er wundere sich darüber, wie schnell und richtig ich über das, was sich gestern tatsächlich in Berlin zugetragen habe, bereits informiert sei. Was Herrn Delcassé beträfe, so glaube er aber nicht daran, daß dieser auf absehbare Zeit aus dem französischen Ministerium ausscheiden würde. Als ich darauf bemerkte, daß ich nicht umhin könnte, ihn nochmals auf das entschiedenste zu versichern, daß Delcassé im Begriff stände, ganz und gar aus dem Ministerium zu verschwinden, daß der Ministerpräsident Rouvier tatsächlich den offenen und ehrlichen Willen besäße, sich mit uns in freundschaftlicher Weise auf der ganzen Linie zu einigen, und daß er sogar bereit sei, wegen der Überlassung einer Kohlenstation usw. an der atlantischen Küste von Marokko mit uns zu verhandeln, erwiderte Fürst Bülow: „Die kaiserliche Regierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß sie nur mit dem Sultan von Marokko verhandeln kann; sie muß es daher auf das entschiedenste ablehnen, in direkte Verhandlungen mit der französischen Regierung zu treten. Im übrigen kann auch eine Neuregelung der wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Scherifischen Reich nur durch eine internationale Konferenz der Signatarmächte der Madrider Konvention vom Jahre 1880 stattfinden. Wir müssen darauf bestehen, daß Frankreich einwilligt, an einer solchen Konferenz teilzunehmen und sich den dort festgesetzten Beschlüssen zu fügen. Wir sind in der Lage, es darauf ankommen zu lassen, ob Frankreich unsere Wünsche erfüllt oder nicht; sollte es sich

nicht fügen, so würden wir natürlich die äußersten Konsequenzen daraus ziehen müssen.“

Auf meine Bemerkung, daß wir durch direkte Verhandlungen zur Zeit mehr erreichen könnten, als wir uns je hätten träumen lassen, und daß der psychologische Moment gekommen sei, in welchem wir zu einem dauernden freundschaftlichen Verhältnis zu Frankreich gelangen könnten, daß aber auf einer internationalen Konferenz absolut nichts für uns herauskommen könnte, und dieselbe höchstens dazu dienen würde, unsere Isolierung der ganzen Welt offiziell vor Augen zu führen, erwiderte Fürst Bülow wie folgt: „Daß Österreich auf unserer Seite stehen wird, ist selbstverständlich; was Italien betrifft, so hat sich Visconti-Venosta erst ganz kürzlich dahin geäußert, daß die italienische Regierung fest entschlossen sei, mit Deutschland zu gehen; und wir können uns auch der zuversichtlichen Hoffnung hingeben, daß selbst Rußland, welches Deutschland durch seine Haltung während des Krieges mit Japan zu großem Dank verpflichtet ist, uns nicht im Stich lassen wird. Im Gegenteil, Frankreich würde zusammen mit England auf einer internationalen Konferenz vollkommen isoliert dastehen.“

Als im weiteren Verlaufe des Gespräches die Rede auf England kam und ich dem Reichskanzler sagte, daß wir mit aller Bestimmtheit damit rechnen müßten, daß, falls es zum Äußersten kommen sollte, England mit allen seinen Hilfskräften Frankreich zu Wasser und auch zu Lande beistehen würde, lächelte Fürst Bülow und bemerkte: „Davon werden Sie mich nie überzeugen können.“

Ich fühlte sehr bald heraus, daß der Geist Holsteins zur Zeit den Reichskanzler vollkommen beherrschte und gab daher jeden weiteren Versuch, auf ihn einzuwirken, auf.

Das einzige, was mir jetzt noch übrigblieb, war, zu versuchen, den Kaiser selbst zu sprechen und ihm die ganze Situation klarzulegen.

Ich fuhr daher sofort zum Palais des Erbgroßherzogs. Aus langen Unterhaltungen, welche ich mit ihm gelegentlich verschiedener Besuche, die er in London abstattete, gehabt, wußte ich, wie vernünftig er in politischen Dingen zu urteilen vermochte und mit welch klarem Blick er in die Zukunft sah. Ich hatte die Absicht, ihm den gegenwärtigen Fall vor Augen zu führen und ihn zu bitten, den Kaiser dazu zu veranlassen, mich zu empfangen. Leider war der Erbgroßherzog aber verreist. In gut informierten Kreisen Karlsruhes erzählte man sich, daß er absichtlich während des Kaiserbesuches der Landeshauptstadt fern geblieben sei.

Als ich mich darauf zu einer mir befreundeten Persönlichkeit in der Umgebung des Kaisers begab und ihn bat, bei Seiner Majestät anzufragen, ob er die Gnade haben wolle, mich zu empfangen, erwiderte er: „Vor etwa einer halben Stunde wäre es noch möglich gewesen; seitdem hat aber der Reichskanzler, wie ich Ihnen im strengsten Vertrauen sage, einem eventuellen Empfang Ihrerseits bei Seiner Majestät einen festen Riegel vorgeschoben.“

Da Fürst Bülow mich aufgefordert hatte, ihn am Nachmittag des folgenden Tages noch einmal aufzusuchen, verschob ich meine für denselben Abend beabsichtigte Rückkehr nach Paris und begab mich nach Baden-Baden, wo ich im Hotel Stephanie abstieg und mit einigen Freunden aus Berlin, welche ich dort zufällig antraf, einen ganz angenehmen Abend verlebte.

Als ich am Nachmittag des folgenden Tages wieder beim Fürsten Bülow im großherzoglichen Schloß vorsprach, war er zwar, wie immer, äußerst liebenswürdig, doch gab er mir die-

selben ablehnenden Erklärungen wie tags zuvor in doppelt kategorischer Form ab. Ich wußte natürlich sofort, daß er sich wegen meiner Demarchen mit Holstein telegraphisch in Verbindung gesetzt und von diesem eine energische Replik erhalten hatte, welche höchstwahrscheinlich auch einige in nicht übermäßig zärtlichen Ausdrücken gehaltene Ausfälle gegen mich selbst enthielt.

Am Morgen des 7. Mai traf ich wieder in Paris ein, wo ich mich vor meiner Rückkehr nach London mehrere Tage aufhielt. Ich suchte sofort Armand Lévy auf und fuhr mit ihm zusammen zu Rouvier, welchen ich in einer sehr gedrückten Stimmung vorfand. Auch sah ich den kleinen Betzold, welcher mittlerweile aus Berlin zurückgekehrt war. Er hatte Holstein noch kurz vor seiner Abreise aus Berlin gesehen und aus seinen Äußerungen den festen Eindruck gewonnen, daß er es um jeden Preis zum Kriege treiben wolle. Auch hatte Holstein, wie mir Betzold jetzt erzählte, sich ihm gegenüber in sehr gehässiger Weise über meine Reise nach Karlsruhe und meine dortigen Demarchen beim Reichskanzler geäußert. Zusammen mit Herrn Betzold besuchte ich darauf den Fürsten Radolin. Der Botschafter war aber äußerst reserviert in seiner ganzen Haltung, ja im Vergleich zu seinem sonstigen Benehmen mir gegenüber direkt unliebenswürdig. Als wir uns vom Fürsten Radolin verabschiedet hatten, sagte ich zu meinem Begleiter: „Hier in der Botschaft sitzt auch ein Greis, der sich nicht zu helfen weiß.“ Betzold erwiderte darauf: „Welch ein gewaltiger Unterschied zwischen diesem Manne und seinem Vorgänger, dem Fürsten Münster! Unter letzterem hätte eine derartig kritische Lage nie ent-

stehen können, er hätte sich solchen gemeingefährlichen Unfug Holsteins nie gefallen lassen und hätte wahrscheinlich sofort direkt beim Kaiser die Kabinettsfrage gestellt."

Tatsächlich war die Rolle, welche Fürst Radolin während der ganzen Marokkokrise vom Jahre 1905 spielte, eine äußerst traurige. Zwar wußte er selbst ganz genau, zu welcher Katastrophe die rabiate und direkt irrsinnige Politik Holsteins führen mußte, war auch persönlich sehr für eine freundschaftliche Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich eingenommen, aber besaß nicht den Mut gegen das frevelhafte, für die Zukunft so verhängnisvolle Spiel Holsteins Front zu machen, ließ sich vielmehr von diesem eigensinnigen Despoten alles gefallen und war obendrein noch eifersüchtig gegen jeden anderen, welcher den Versuch machte, das Deutschland und ganz Europa drohende Verhängnis, wenn irgend möglich, im letzten Augenblick abzuwenden.

In sehr gedrückter Stimmung und voll böser Ahnungen für die Zukunft kehrte ich Mitte Mai nach London zurück. Von Berlin erhielt ich wiederholt die authentische Nachricht, daß Holstein, unterstützt durch einige politisch urteilslose Publizisten, mit seinen Kriegstreibereien systematisch fortfuhr und bestrebt war, die ahnungslose und politisch indolente öffentliche Meinung in Deutschland zu vergiften, um sie für seine Zwecke zu gewinnen und so den Kaiser, welcher im Grunde seines Herzens nach wie vor jeder aggressiven Aktion gegen Frankreich abhold war, in eine Zwangslage zu versetzen.

In meiner Verzweiflung über die einem jähen Abgrund nahende Entwicklung der Dinge, und in dem entsetzlichen Gefühl der Ohnmacht, die klar vor Augen liegende Katastrophe nicht abwenden zu können, schüttete ich eines Abends meinem alten

Freunde, dem langjährigen Vertreter der Kölnischen Zeitung in London, Dr. Hans Esser, mein Herz aus.

Dr. Esser war seit dem Jahre 1867 mit kurzen Unterbrechungen als Journalist in London tätig. Nachdem er als Korrespondent der Kölnischen Zeitung um die Mitte der 80 er Jahre nach dem Balkan gegangen war und dort einige Zeit verbracht hatte, wurde er zum ständigen Vertreter des genannten Blattes in Paris ernannt. Dort verblieb er jedoch kaum zwei Jahre und vertauschte im Jahre 1894 seinen Posten mit dem in London als Korrespondent der Kölnischen Zeitung lebenden Dr. Schneider. Seitdem war er bis zum Ausbruch des Weltkrieges ohne Unterbrechung in genannter Stellung in London tätig. Als der Krieg ausbrach, hatte er das siebzigste Lebensjahr bereits überschritten. Trotzdem wurde ihm nicht gestattet, nach Deutschland zurückzukehren, sondern er wurde als feindlicher Ausländer in Alexandrapark interniert. Sein bereits an und für sich unbefriedigender Gesundheitszustand verschlechterte sich daher zusehends und er starb im Sommer 1915. Erst ganz kurz vor seinem Tode wurde ihm gestattet, das Internierungslager mit der Wohnung eines englischen Freundes zu vertauschen. Daß diese mehr als rücksichtslose Behandlungsweise meines alten Freundes Dr. Hans Esser, eines Mannes, welcher fast sein ganzes Leben hindurch bemüht gewesen war, Mißverständnisse zwischen England und Deutschland aus dem Wege zu räumen, mich für die dafür verantwortlichen englischen Behörden besonders eingenommen hätte, könnte ich nicht gerade behaupten. Mein Freund Hans Esser war nicht nur ein vorzüglicher Journalist von großer politischer Erfahrung und stets richtiger Witterung, sondern auch als Mensch ein sehr zuverlässiger, gerader Charakter und ein treuer, anhänglicher Freund. Auch besaß er auf literarischem Gebiet große Kenntnisse

und war in der englischen und französischen Literatur ebenso bewandert, wie in der deutschen. Er verkehrte sehr viel in meinem Hause und jeder, der mit ihm zusammenkam, schätzte ihn als einen äußerst angenehmen und interessanten Gesellschafter. Auch König Eduard, welchem ich, als er noch Prinz von Wales war, Dr. Esser während der Regatten in Cowes einmal vorgestellt hatte, hielt große Stücke auf ihn.

Die Entwicklung der Marokkokrise im Jahre 1905 verfolgte Dr. Esser genau mit denselben bangen Vorahnungen, wie ich selbst, und als ich ihm an einem Abend nach meiner Rückkehr aus Karlsruhe und Paris den ganzen Sachverhalt schilderte, wurde er sehr ernst und bemerkte: „Rußland ist zwar durch den Krieg im fernen Osten und die Revolution zeitweilig militärisch lahmgelegt. Sollte es zum Kriege mit Frankreich kommen, so werden wir letzteres militärisch wahrscheinlich sehr schnell überrennen. England wird aber, wie wir beide ja genau wissen, zugunsten Frankreichs eingreifen, wir werden sofort unsere gesamten Kolonien, unsere Handelsflotte und unseren Überseehandel verlieren, wir werden moralisch die ganze Welt gegen uns haben, und schließlich wird sich wahrscheinlich selbst Amerika zugunsten Frankreichs einmischen. Es ist Ihre heilige Pflicht, kein Mittel unbenutzt zu lassen, um die an Wahnsinn grenzende Politik Holsteins zu durchkreuzen und das drohende Verhängnis abzuwenden.“

Als ich Dr. Esser unter anderem auch erzählte, daß der Reichskanzler mir während meiner Unterredung mit ihm in Karlsruhe erklärt habe, ich würde ihn nie davon überzeugen können, daß England im Kriegsfalle sich zu Wasser und zu Lande auf Seite Frankreichs stellen würde, bemerkte er, es gäbe nur ein Mittel, die drohende Katastrophe zu verhindern: indem ich den

Versuch machte, König Eduard dazu zu veranlassen, klipp und klar in Berlin zu erklären, daß England unter allen Umständen zugunsten Frankreichs in einen eventuellen Krieg eingreifen würde. Ich stimmte der Ansicht Dr. Essers bei und entschloß mich, umgehend geeignete Schritte in dieser Richtung zu unternehmen. Er riet mir aber, sehr vorsichtig dabei zu Werke zu gehen und sagte, er selbst wolle zwar in großen Zügen in einem geheimen Bericht an den Chefredakteur der Kölnischen Zeitung die Sachlage, wie ich sie ihm erzählt, schildern, dagegen nichts von der von mir beabsichtigten Demarche bei König Eduard erwähnen, weil ein solcher Schritt, wenn er zufällig bekannt werden sollte, von Holstein und meinen sonstigen politischen Feinden wahrscheinlich absichtlich mißdeutet und gegen mich ausgenutzt werden würde.

Erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhange noch, daß der damalige Vertreter der „Frankfurter Zeitung" in London, Dr. Otto, welcher ebenfalls ein vorzüglicher Journalist von gutem politischen Urteil und großer Voraussicht war, die ganze Lage genau so betrachtete wie Dr. Esser es tat.

Am Morgen nach meiner Aussprache mit Dr. Esser begab ich mich zu dem mir seit vielen Jahren befreundeten Privatsekretär König Eduards, Lord Knollys. Bevor ich aus mir selbst heraustrat, sondierte ich ihn zunächst über die Ansichten und das Bild, welches König Eduard zur Zeit über die Lage besaß. Im Verlaufe unserer Unterhaltung tat Lord Knollys folgende Äußerung: „Der König ist der Ansicht, daß man sich in Berlin sehr bald beruhigen und nichts Ernstliches unternehmen wird, um Frankreich in der marokkanischen Frage gegen seinen Willen zu irgendeiner Konzession zu zwingen, weil man doch dort genau wissen muß, daß England eine Vergewaltigung Frankreichs in

diesem Falle nicht dulden würde. Auch hofft der König mit Zuversicht darauf, daß Herr Delcassé sehr bald wieder die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernehmen wird.“

Ich brauche wohl kaum hervorzuheben, welchen Schreck mir diese Äußerung von Lord Knollys einjagte! War mir doch zur Genüge bekannt, welche Ansichten tatsächlich zur Zeit in unserem Auswärtigen Amt vorherrschten. Die ganze Lage war also wirklich danach angetan, durch falsche Auffassungen und Mißverständnisse schnurstracks in eine Katastrophe hineinzusegeln.

Nach einiger Überlegung erwiderte ich Lord Knollys: „Sie ahnen nicht, welchen Schreck mir Ihre Äußerung beigebracht hat, denn ich entnehme daraus, daß man in London den Ernst der Lage noch keineswegs realisiert. Wenn wir eine Katastrophe vermeiden wollen, so müssen so schnell als möglich die in London wie auch Berlin bestehenden falschen Auffassungen zerstreut werden. Ich will mich vorläufig nur darauf beschränken, Ihnen folgende Erklärungen abzugeben: ‚Ich weiß bestimmt, daß man sich in Berlin, ohne sich in die inneren Angelegenheiten Frankreichs direkt einmischen zu wollen, nicht damit abfinden wird, daß Herr Delcassé sobald wieder die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernimmt; im Gegenteil, man wartet darauf, daß er ganz und gar aus dem Ministerium ausscheidet. Andernfalls lehnt man es kategorisch ab, überhaupt mit der französischen Regierung in direkte Verhandlungen zu treten, sondern will nur mit dem Sultan von Marokko verhandeln. Im übrigen besteht man darauf, daß eine Neuregelung der Dinge in Marokko durch eine internationale Konferenz stattfindet. Was mir aber am allergefährlichsten erscheint, ist die Tatsache, daß man in der Wilhelmstraße absolut nicht daran glauben will, daß, was ich selbst

längst weiß, England im Ernstfalle Frankreich zu Wasser und zu Lande beistehen wird.“

Lord Knollys erwiderte darauf: „Was Sie mir eben gesagt haben, ist im großen und ganzen unserer Regierung und dem König bekannt. Aber weder der König noch die Regierung glauben daran, daß man es in Berlin damit ernst meint. Im Gegenteil, der König hält dieses Säbelgerassel für Bluff. Was aber auch mir am bedenklichsten erscheint, ist der Umstand, daß man, wie Sie sagen, in Berlin nicht an ein Eingreifen Englands zugunsten Frankreichs im Ernstfalle glauben will und unsere Haltung wiederum für Bluff hält.“

Zum Schluß sagte Lord Knollys, daß er sehr froh sei, diese Aussprache mit mir gehabt zu haben, und daß er den König gleich nach seiner Rückkehr nach London davon in Kenntnis setzen werde.

Einige Tage darauf wurde ich in aller Frühe, als ich noch im festen Schlafe lag, von Lord Knollys telephonisch angerufen. Er bat mich, ihn, wenn möglich, schon in spätestens einer Stunde in seinem Arbeitszimmer in Buckingham Palace aufzusuchen, da er mir etwas Wichtiges mitzuteilen habe.

Als ich Lord Knollys begrüßte, entschuldigte er sich zunächst, daß er mich zu einer so frühen Stunde zu sich gebeten habe — es war kaum $8\frac{1}{2}$ Uhr, als ich bei ihm eintraf — und sagte, der König, welcher im Begriff stände, wieder auf einige Tage zu verreisen, wünsche mich gleich, nachdem er gefrühstückt, zu sprechen. Darauf verschwand Lord Knollys, kam nach $\frac{1}{4}$ Stunde zurück und bat mich, ihm in das Arbeitszimmer des Königs zu folgen. Der König saß an seinem Schreibtisch, auf dem eine Masse von Aktenstücken und Briefen lag, und rauchte, wie üblich, eine seiner langen Coronazigarren. Er begrüßte mich

sehr freundlich und sagte in einem herzlich lachenden Ton: „Ich weiß zwar, Sie sind ein Langschläfer, aber hoffentlich wird es Ihrer Gesundheit nichts schaden, wenn Sie zur Abwechslung einmal so früh haben aufstehen müssen. Es ist aber jetzt die einzige Zeit, zu der ich Sie vor meiner Abreise noch sprechen kann. Es ist mir sehr daran gelegen, Sie heute noch zu sehen, denn Lord Knollys hat mir seine Unterredung, die er mit Ihnen gehabt, berichtet, und ich kann nicht verhehlen, daß das, was Sie ihm gesagt haben, mich in hohem Maße beunruhigt hat. Wenn die Auffassung in der zur Zeit schwebenden Krise bei den maßgebenden politischen Persönlichkeiten in Berlin so ist, wie Sie sie Lord Knollys geschildert haben, dann allerdings stehen wir vor einer Katastrophe in Europa. Aber eins möchte ich zunächst wissen: wie denkt tatsächlich der Kaiser in dieser Affäre?“ Darauf erwiderte ich dem König wie folgt: „Ich habe Seine Majestät selbst zwar die ganze letzte Zeit nicht gesprochen, denn es ist von gewisser Seite alles nur denkbar mögliche getan worden, um einen Empfang meinerseits bei Seiner Majestät zu verhindern; ich weiß aber ganz authentisch, und zwar von Persönlichkeiten aus dem nächsten Gefolge des Kaisers, daß Seine Majestät von Anfang an der ganzen Marokkoaktion gegen Frankreich abhold war und sich nur äußerst widerwillig dazu hat bewegen lassen, eine Landung in Tanger vorzunehmen. Wie Seine Majestät heute denkt, weiß ich nicht genau, immerhin bin ich aber fest davon überzeugt, daß Seine Majestät mit allen Mitteln nach wie vor den Frieden zu erhalten wünscht. Trotzdem könnte der Fall eintreten, daß Seine Majestät, wenn es gewissen Persönlichkeiten gelingen sollte, die ebenfalls durchaus friedlich gesinnte öffentliche Meinung in Deutschland künstlich zu verhetzen, sich ganz plötzlich in eine Zwangslage versetzt sehen würde.“

„Ich weiß, was Sie meinen," bemerkte darauf der König, wandte sich zu Lord Knollys, welcher während der ganzen Unterredung zugegen war, und sagte: „Of course, we know already from Lascelles, that this infernal mischief-maker Baron Holstein is at the bottom of the whole affair"[1]).

Ich betone hierbei ausdrücklich, daß der Name Holstein überhaupt nicht über meine Lippen gekommen war, und der König von sich selbst aus diesen sofort als den Urheber der ganzen Krise bezeichnete.

Als der König mich darauf fragte: „Aber wie stellt sich denn nun der Reichskanzler Graf Bülow zu diesen Machinationen von Baron Holstein?" zuckte ich nur mit den Achseln und schwieg.

„Sonderbare Verhältnisse," murmelte der König vor sich hin, „ich möchte wirklich wissen, wer eigentlich in Deutschland regiert." Dann fuhr er fort: „Es ist sehr schwer, sich ein richtiges Bild über den politischen Gedankengang der Deutschen zu machen; man weiß auch nie, was sie eigentlich wollen. Wüßte man das, so wäre es bedeutend leichter, sich mit ihnen auseinanderzusetzen, aber es scheint mir, als ob neben dem Kaiser noch sehr viele andere unberechenbare Faktoren in der äußeren Politik mitspielen. Erst waren wir bereit, uns mit den Deutschen in der marokkanischen Frage zu einigen. Das wollten sie nicht. Dann einigen wir uns mit Frankreich in dieser Frage, und der Kaiser sagt mir, Marokko interessiere ihn gar nicht, und er sei ganz mit dem Vertrage zwischen uns und Frankreich einverstanden. Nach einem Jahr verlangt man auf einmal in Berlin eine internationale

---

[1]) Natürlich, wir wissen ja schon von Lascelles (dem englischen Botschafter in Berlin), daß dieser teuflische Unheilstifter Baron Holstein hinter der ganzen Sache steckt.

Neuregelung der Bestimmungen der Madrider Konvention (von 1880). Frankreich, das bereit ist, zu einer freundschaftlichen Einigung mit Deutschland zu gelangen, erklärt man in Berlin, man könne nicht mit ihm verhandeln, sondern nur mit dem Sultan von Marokko. Also was wollen Ihre Leute in Berlin denn eigentlich, wenn ich das nur in Erfahrung bringen könnte?" Als ich dem König erwiderte, daß ich selbst nicht in der Lage sei, mir ein Bild darüber zu machen, was man bei uns eigentlich wolle, fragte er mich, was seinerseits und von seiten der englischen Regierung meiner Ansicht nach geschehen könne, um eine friedliche Lösung der so äußerst verwickelten Situation herbeizuführen. Ich antwortete darauf wie folgt: „Auf Veranlassung des Ministerpräsidenten Rouvier, welcher mich bitten ließ, nach Paris zu kommen, um die Lage mit mir zu besprechen, fuhr ich nach Karlsruhe und versuchte den Grafen Bülow dazu zu bewegen, in direkte Verhandlungen mit der französischen Regierung zu treten. Meine Bemühungen blieben aber erfolglos. Aus Äußerungen des Grafen Bülow entnahm ich jedoch, daß eine der Hauptforderungen, welche er stellt, darin besteht, daß Frankreich sich bereit erklären solle, einer Neuregelung der Dinge in Marokko durch eine internationale Konferenz zuzustimmen. Frankreich sträubt sich dagegen vorläufig noch, wie Eure Majestät wissen, auf das hartnäckigste. Ferner entnahm ich aus Äußerungen des Grafen Bülow, daß er absolut nicht daran glauben will, daß, was ich längst, ebenso wie fast jeder in London lebende Deutsche, weiß, England im Kriegsfalle auf Seite Frankreichs stehen würde. Die einzige Möglichkeit, eine friedliche Lösung der gegenwärtigen Krise herbeizuführen, besteht darin, daß man allenthalben mit offenen Karten spielt, um verhängnisvolle Mißverständnisse und das Aufkommen weiterer falscher Auffassungen zu verhindern. Da Eure Majestät die

Gnade hatten, mich nach meiner offenen Ansicht zu fragen, so erlaube ich mir folgendes dem Ermessen Eurer Majestät anheimzustellen: ‚Wäre es nicht vielleicht möglich, daß Eurer Majestät Regierung Mittel und Wege fände, um Frankreich dazu zu bewegen, den Vorschlag einer internationalen Konferenz anzunehmen? Wäre es nicht auch möglich, daß Eure Majestät klipp und klar in Berlin zu verstehen gäben, daß England sich im Kriegsfalle tatsächlich sofort auf Seite Frankreichs stellen würde, damit man sich keinen weiteren Illusionen mehr hingibt? Ferner hoffe ich, daß Eure Majestät es mir nicht verübeln werden, wenn ich darauf aufmerksam mache, daß, wie ich bestimmt weiß, ein weiteres Verbleiben des Herrn Delcassé im Ministerium eine friedliche Lösung der Krise sehr erschweren, wenn nicht unmöglich machen würde.‘ “

Bei meiner letzten Bemerkung betreffend das Verbleiben des Herrn Delcassé im Ministerium verfinsterten sich die Züge des Königs, und er blickte eine Weile mit unwilligem Gesichtsausdruck vor sich hin.

Bald darauf aber sagte er in sehr freundlichem Ton: „Ich bin, wie Sie wissen, stets darauf bedacht gewesen, sowohl der deutschen als auch jeder anderen Regierung gegenüber mit offenen Karten zu spielen. Leider habe ich triftigen Grund zu der Annahme, daß der Kaiser und seine Berater mir gegenüber nicht immer dasselbe Prinzip verfolgen. Erst kürzlich sind mir wieder Sachen aus Petersburg zu Ohren gekommen, die mich und meine Regierung — offen gesagt — sehr verblüfft haben. Ich ziehe es vor, hierauf nicht näher einzugehen. Was Ihre Vorschläge betrifft, so sehe ich vollständig ein, daß sie im Interesse des Friedens gut gemeint sind. Auch erscheinen sie mir praktisch und wirkungsvoll. Jedenfalls werde ich mich mit meinen verantwort-

lichen Ratgebern in dieser Beziehung umgehend in Verbindung setzen.“

Darauf sah der König nach der Uhr, erhob sich, reichte mir mit einem sehr freundlichen Lächeln die Hand, und ich war entlassen.

Als ich an der Tür stand und noch eine Verbeugung machte, sagte der König: „Ich hoffe, wir bleiben weiter in dieser schwierigen und gefahrvollen Frage in Verbindung. Wenn Sie etwas Neues für mich haben, wenden Sie sich bitte sofort an Knollys.“

VI. Kapitel

Gleich nach meiner Unterredung mit König Eduard telephonierte ich an Dr. Hans Esser und lud ihn zum Frühstück ein, um die ganze Lage noch einmal mit ihm zu besprechen. Ich erzählte ihm den Verlauf meiner Aussprache mit dem König, und er zeigte sich sehr erfreut darüber. Er meinte, es sei das letzte Mittel gewesen, um trotz der fanatischen und rabiaten Torheit Holsteins den Frieden zu erhalten. „Ist es nicht entsetzlich, daran zu denken," bemerkte er, „daß ein friedliebendes Sechzigmillionenvolk wie wir durch die Schrullenhaftigkeit eines einzelnen Mannes, dessen krankhafter Geist zur Zeit die maßgebenden politischen Kreise in Berlin beherrscht, ahnungslos und ohne jeden Grund in einen blutigen Krieg getrieben werden soll, dessen endgültiger Ausgang wegen der sicheren Einmischung Englands und wahrscheinlich auch anderer Staaten mehr als zweifelhaft erscheint?" Dr. Esser warnte mich nochmals eindringlich, mit niemandem über meine Demarche bei König Eduard zu sprechen, da Holstein, wenn er dies erführe, unbedingt versuchen würde, mir mit Hilfe seiner skrupelfreien Methoden etwas Ordentliches am Zeuge zu flicken. Ich folgte seinem Rat und verhielt mich vollständig stillschweigend. Trotzdem erfuhr Holstein sehr bald von meiner Unterredung mit König Eduard, und zwar durch den Fürsten Radolin in Paris. Auf welche Weise er davon Kenntnis erhalten hatte, ist mir stets rätselhaft geblieben.

Durch Armand Lévy konnte ich jedenfalls später feststellen, daß weder der Ministerpräsident Rouvier, dem meine Demarche durch englische Kanäle bekannt war, noch irgendein anderer Minister je zum Fürsten Radolin darüber gesprochen hat.

Dr. Esser riet mir, möglichst bald nach Berlin zu fahren, um mich dort über die weitere Entwicklung der Krise zu informieren und dadurch in der Lage zu sein, im Notfalle wieder in geeignet erscheinender Weise zu intervenieren.

Einige Tage später begab ich mich denn auch nach Berlin. Am Tage vor meiner Abreise von London sah ich noch Lord Knollys, welcher mir mitteilte, daß das Kabinett auf Veranlassung des Königs beschlossen habe, die Haltung, welche England im Kriegsfalle zwischen Deutschland und Frankreich einzunehmen gedenke, in Berlin so klarzulegen, daß etwaige Zweifel darüber nicht mehr aufkommen könnten. Ferner erzählte er mir, daß die in den letzten Tagen eingetroffenen ernsten Nachrichten den König mehr als je beunruhigt hätten. Der König sei jetzt entschlossen, mit allen Mitteln die Erhaltung des Friedens zu erzwingen. Höchstwahrscheinlich werde er sich deshalb auch noch persönlich mit dem Kaiser in direkte Verbindung setzen.

Am Abend des 2. Juli traf ich in Berlin ein. Ich hielt mich aber dort zunächst nicht auf, sondern fuhr am folgenden Morgen weiter, um meine alte Mutter in der Schlesischen Oberlausitz zu besuchen.

Am Abend des 5. Juni, dem Vorabend des Hochzeitstages des kronprinzlichen Paares, traf ich wieder in Berlin ein, und am folgenden Tage war ich zum Frühstück beim Fürsten Henckel von Donnersmarck in seiner Wohnung am Pariser Platz eingeladen, um von dort aus den Einzug der Kronprinzessin durch das Brandenburger Tor mit anzusehen. Der alte Fürst war sehr neugierig,

von mir zu hören, wie die Dinge in London und Paris zur Zeit ausschauten. Wir hatten eine lange Unterhaltung über die ganze Lage, und er äußerte sich dabei sehr abfällig über die geradezu irrsinnig verrannte Politik Holsteins, der leider nach wie vor den Reichskanzler am Gängelbande führe. „Es ist vielleicht eine der größten Torheiten in der Weltgeschichte," äußerte sich der Fürst, „daß unsere Regierung die günstige Gelegenheit, sich dauernd mit Frankreich zu einigen, nicht ausgenützt hat. Um dieses Ziel zu erreichen, hätten wir Marokko und sonstigen ähnlichen Plunder sollen schießen lassen. Ich fürchte, der Augenblick ist bereits verpaßt, kehrt nie wieder, und schließlich werden wir vielleicht schon jetzt, sicherlich aber später die Waffen mit Frankreich kreuzen müssen." Dann erzählte mir der Fürst auch alle Einzelheiten über seine Unterredung, die er auf Bitten des Reichskanzlers vor einigen Wochen mit dem Ministerpräsidenten Rouvier in Paris gehabt, und bemerkte, er sei absichtlich etwas deutlich dabei verfahren, um ihm klar vor Augen zu führen, welche Gefahren für den Weltfrieden beständen, wenn es nicht endlich gelänge, ein dauerhaftes freundschaftliches Verhältnis, wenn möglich eine Allianz, zwischen beiden Nationen herbeizuführen.

Bald nach dem Frühstück erschien noch eine große Anzahl geladener Gäste, Herren und Damen, um vom Balkon aus den festlichen Einzug zu sehen. Darunter befand sich auch ein Neffe des alten Fürsten, der bekannte nationalliberale Parlamentarier Prinz Heinrich zu Schönaich-Carolath.

Leider ist dieser vortreffliche Mann, welcher stets den Mut seiner Überzeugung besessen hat, im vergangenen Jahr gestorben. Wegen seiner modernen und sehr liberal angehauchten Ansichten nannte man ihn fast allgemein „den roten Prinzen". Auch hatte

man ihm wegen der führenden Rolle, welche er bei Annahme des Margarinegesetzes im Reichstage spielte, den Spitznamen „der Butterheinrich“ beigelegt.

Als er mich erblickte, kam er sofort auf mich zu und sagte, ich möchte ihm doch meine letzten Eindrücke aus London und Paris über die leidige Marokkokrise erzählen.

Nachdem ich ihm eine kurze Schilderung meiner Eindrücke gegeben, äußerte er sich in sehr scharfen Ausdrücken über Holstein und fuhr dann fort: „Sehen Sie mal hier hinunter auf die in Feststimmung unter den Linden hin und her wogende Menge; glauben Sie, es ahnt auch nur ein einziger davon, daß wenige Häuser von hier, in der Wilhelmstraße, ein großer Narr sitzt, der die Fäden unserer auswärtigen Politik in seinen Händen hält und nur darüber nachdenkt, wie er möglichst schnell das deutsche Volk ganz grundlos in einen blutigen Krieg verwickeln und eine Katastrophe in Europa herbeiführen kann? Ebenso ahnungslos und indolent in auswärtigen Fragen wie die große Masse ist man aber leider auch bei uns im Reichstage. Wir treiben dort weiter unsere erbärmliche Kirchturmpolitik und kümmern uns gar nicht darum, daß ein Irrsinniger mit der Lunte in der Hand im Begriff steht, den ganzen Reichsbau in Brand zu stecken.“

Der rote Prinz hatte recht. Als ich wenige Tage darauf in den Reichstag ging und mich in den Wandelgängen mit den Führern der verschiedenen Parteien unterhielt, konnte ich feststellen, daß bei ihnen so gut wie gar kein Interesse für die zur Zeit so akute Marokkokrise und sonstige Fragen der auswärtigen Politik vorhanden war. ‚Wie die hohe Wilhelmstraße es macht, so wird's schon gut sein‘, dachten sie augenscheinlich. Vereinzelt traf ich auch dabei auf einige Weltverschlinger, welche den ganzen afrikanischen Kontinent ohne weiteres als eine

deutsche Domäne und das Mittelländische Meer als einen deutschen Binnensee zu betrachten schienen.

Wer sich dagegen in einer sehr erregten Geistesverfassung über den Verlauf der marokkanischen Krise befand, das war der Sozialistenführer August Bebel. Ich hatte ihn zuerst im Jahre 1897 kennengelernt, und zwar durch Vermittlung des Prinzen Heinrich Carolath. Am selben Tage hatte er mich auch mit dem damaligen Führer der Freisinnigen Volkspartei, Eugen Richter, bekannt gemacht. Es war gerade um die Zeit, als Herr von Tirpitz mit seiner ersten großen Flottenagitation einzusetzen begann. An dem Tage, an welchem der rote Prinz mich mit Bebel und Eugen Richter bekannt machte, hatte ich sowohl mit diesen beiden Persönlichkeiten als auch mit dem der konservativen Partei angehörigen Führer des Bundes der Landwirte, Dietrich Hahn, eine Aussprache über die abenteuerlichen Flottenpläne des Kaisers und des Herrn von Tirpitz. Alle diese drei Persönlichkeiten, so heterogen ihre Ansichten auch sonst waren, stimmten unter Anführung fast genau derselben Argumente darin überein, daß jeder Versuch Deutschlands, eine Kampfflotte in großem Stil zu schaffen, notgedrungen England in die Arme Frankreichs und Rußlands treiben müsse. Selbst Bebel erklärte, wir müßten vor allem unser Pulver zu Lande trocken halten, um nicht eines Tages vom zaristischen Imperialismus und Panslawismus überrannt zu werden.

Genau wie Dietrich Hahn und Eugen Richter, bezeichnete auch er die Flottenpläne des Kaisers und des Herrn von Tirpitz als gefährlichen Größenwahn, der uns eines Tages ins Unglück stürzen müsse.

Selbstverständlich interessierte es mich sehr, die Ansichten August Bebels über die Marokkokrise kennenzulernen, und als ich ihn hinter einer Säule in den Wandelgängen des Reichs-

tages stehen sah, ging ich auf ihn zu und begrüßte ihn. Er war gerade im Begriff einen Brief durchzulesen. Sofort unterbrach er seine Lektüre und sagte zu mir: „Es freut mich, Sie zu sehen, um Ihnen zu sagen, daß wir (die Sozialisten) nicht marschieren werden. Ich würde Ihnen dankbar sein, wenn Sie dies den Herren in der Wilhelmstraße mitteilen würden.“ Er war in äußerst gereizter Stimmung und schien zu glauben, daß ich nach wie vor ein Freund Holsteins sei und mit zu den Kriegstreibern im Auswärtigen Amt gehöre. „Sie irren sich, Herr Bebel,“ erwiderte ich, „wenn Sie etwa annehmen sollten, daß ich irgend etwas mit den Kriegstreibern im Amt zu tun habe; im Gegenteil, ich habe bis jetzt alles, was in meinen Kräften steht, getan, um den Krieg zu verhindern und werde es auch weiter tun.“ „So,“ bemerkte darauf Bebel, „das freut mich zu hören. Dann können wir ja zusammen offen über die Lage sprechen, aber lieber an einem anderen Ort als gerade hier.“ Darauf schlug ich vor, daß wir uns abends in irgendeinem Lokal, wo man ungestört reden kann, treffen sollten. Schließlich einigten wir uns, um 9 Uhr in dem bekannten Bierrestaurant in der Taubenstraße, welches den Namen „Die Hütte“ führt, zusammenzukommen.

Als ich bald nach 9 Uhr in der Hütte eintraf, fand ich August Bebel bereits dort vor. Er saß an einem runden Tisch in einer Ecke und war damit beschäftigt, eine Portion Bratwürste mit Kartoffelsalat zu verzehren. Nachdem wir uns begrüßt und ich neben ihm Platz genommen hatte, bemerkte er, daß er sehr hungrig und abgespannt sei. Er habe einen sehr schweren Tag mit dem üblichen Ärger über innere Parteiangelegenheiten gehabt und fände jetzt erst Zeit, etwas zu essen. In der Tat entwickelte er während unseres Zusammenseins auch einen sehr gesegneten

Appetit, denn er vertilgte neben zwei großen Portionen Bratwürsten mit Kartoffelsalat auch noch ein Kalbskotelett und einen Eierkuchen.

Wir saßen selbstverständlich allein, und auch die Nachbartische waren zur Zeit unbesetzt. Kaum aber hatte August Bebel seine Mahlzeit beendet, so daß unsere Unterhaltung erst richtig in Fluß kommen konnte, als ich plötzlich an einem Nebentisch einen Herrn mit einer rötlich schimmernden Kartoffelnase und goldener Brille, welcher eine Zeitung las, gewahrte. Er mußte sich sehr behutsam dorthin geschlichen haben, denn keiner von uns hatte sein Auftauchen gemerkt. Ich beobachtete ihn darauf eine Weile, und es fiel mir auf, daß er fortgesetzt auf dieselbe Stelle in seiner Zeitung blickte und anscheinend gar nicht las, sondern unserem Gespräch zuhörte. Als ich August Bebel durch ein Zeichen zu verstehen gab, daß jemand dicht hinter ihm sitze und unserer Unterhaltung zu folgen schiene, sah er sich um. Dann legte er seinen Finger an den Mund und sagte zu mir: „Ich bin wirklich sehr müde heute abend, ich glaube, ich werde jetzt lieber nach Hause gehen.“ Darauf riefen wir den Kellner, bezahlten und verließen das Lokal. Als wir uns auf der Straße befanden, fing August Bebel herzlich an zu lachen und sagte: „Es ist doch sonderbar, daß abwechselnd dieser dicke kleine Knirps, und abwechselnd ein langer hagerer Herr stets am Nebentisch sitzen, wenn ich einmal in ein Lokal gehe. Jedenfalls kann man aber diesen beiden politischen Herrn Detektivs nicht nachsagen, daß sie ihr Geschäft besonders gut verstehen. Solche Dinge verstehen wir Deutsche überhaupt nicht, denn wir machen alles zu plump und durchsichtig.“

Dann schlenderten wir langsam die Straße entlang, sahen uns von Zeit zu Zeit um, ob der dicke Knirps mit der rötlich schim-

mernden Kartoffelnase oder sonst jemand uns folge, und bogen in die Friedrichstraße ein. August Bebel, welcher zu Anfang des Abends in griesgrämiger Stimmung zu sein schien, wurde nach dieser kleinen Episode immer aufgekratzter und befand sich schließlich in bester Laune. Nun begannen wir uns zu überlegen, nach welchem Lokal wir unsere Schritte lenken sollten, um endlich Gelegenheit zu einer ruhigen Aussprache über die Marokkokrise zu haben. Schließlich schlug ich vor, wir sollten doch nach dem Hotel Kaiserhof gehen, wo ich abgestiegen war. August Bebel willigte ein, wir begaben uns dorthin und saßen dann bis gegen 4 Uhr morgens in meinem Wohnzimmer plaudernd beisammen, wobei wir einige Flaschen alten Bordeauxweines tranken.

Zunächst berührten wir allerhand Tagesneuigkeiten und kamen erst ganz allmählich auf die schwebende und von Tag zu Tag akuter werdende Marokkokrise zu sprechen. Eine Bemerkung, welche August Bebel zu Anfang unserer Unterhaltung machte, fiel mir ganz besonders auf. Er sagte, zu Bismarcks Zeiten hätte, obgleich dieser bekanntlich durchaus kein Freund der Sozialisten gewesen sei, zwischen der Wilhelmstraße und seiner Partei stets eine gewisse Fühlung bestanden. Die Vermittlerrolle habe dabei erst Lothar Bucher, später Rottenburg, zum Teil auch Rudolf Lindau abgegeben. „Seit Bismarcks Entlassung aber“, bemerkte Bebel, „sind wir Sozialisten — nicht etwa, daß uns irgend etwas daran gelegen sei — im großen und ganzen ohne jede Fühlung mit den maßgebenden Regierungskreisen.“

In Frankreich sei das ganz anders, meinte Bebel, dort ständen die Führer der Sozialisten meistens in enger Fühlung mit den im Ministerium ausschlaggebenden Persönlichkeiten; so werde

jetzt z. B. seit Beginn der Marokkokrise Jaurès vom Ministerpräsidenten Rouvier ständig auf dem Laufenden gehalten.

Als ich Bebel von dem Vorschlag Lord Salisburys an den Kaiser im August 1895, betreffend eine Teilung des Orients, sowie von den englischen Bündnisangeboten in den Jahren 1898, 1899 und 1901 erzählte, war er zunächst derartig konsterniert, daß er kaum daran glauben wollte. Nachdem ich ihn aber von der absoluten Authentizität dieser Tatsachen überzeugt hatte, erging er sich unter Anwendung der schärfsten Ausdrücke in heftigen Anklagen gegen die mit Blindheit geschlagene ziellose Gefühls- und Illusionspolitik des Kaisers und der von ihm gewählten Berater. In diesem Zusammenhange kam er auf Bismarck zu sprechen und sagte wörtlich: „Wir Sozialisten haben sicherlich keinen Grund, besonders gut auf Bismarck zu sprechen zu sein, denn er war unser Feind, und wir haben oft in heftigem Kampfe gegen ihn gestanden. Trotzdem besitze ich eine große Bewunderung für ihn, denn er war ein Mann und wußte, was er wollte. Auch bin ich mehr als je davon überzeugt, daß es ausschließlich ihm zu verdanken ist, wenn seit Reichsgründung der Friede in Europa erhalten blieb, wiewohl die politischen Methoden, welche er zur Erreichung seines Zieles anzuwenden pflegte, mir oft einigermaßen spanisch vorgekommen sind. Daran zweifle ich keinen Augenblick, daß Bismarck, wenn sich ihm während seiner Amtszeit solche Gelegenheiten, von denen Sie mir erzählen, geboten hätten, um sich dauernd mit England zu einigen, sofort zugegriffen hätte.“

Als während unserer Unterhaltung endlich das Gespräch auf die gegenwärtige Marokkokrise kam, bemerkte Bebel, daß er über die Vorgänge hinter den Kulissen genau unterrichtet sei, und zwar durch seinen Freund und Genossen Jaurès in

Paris, welcher seine Informationen, wie gesagt, direkt vom Ministerpräsidenten Rouvier habe. Irgendwelche Informationen aus der Wilhelmstraße zu erhalten, daran sei ihm gar nichts gelegen, denn er sei nicht gewillt, wie die bürgerlichen Parteien im Reichstage es täten, sich offiziell, offiziös oder selbst vertraulich etwas vorlügen zu lassen. Alles, was von der Wilhelmstraße käme, betrachte er von vornherein als abgekarteten Schwindel. Er gäbe sich der Hoffnung hin, recht bald seinen Freund Jaurès in Deutschland begrüßen zu können, dann werde er ja noch mehr erfahren. Ein großer Skandal sei es aber, daß von der Reichsregierung alles nur Denkbare getan werde, um einen Besuch von Jaurès in Deutschland zu verhindern und ihm das Reden zu verbieten. Jedenfalls werde er sich aber durch nichts abhalten lassen, in Gemeinschaft mit Jaurès weiter an der Erhaltung des Friedens sowie der Anbahnung dauernder freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich zu arbeiten. Er betrachte es als geradezu ungeheuerlich, daß es einzelnen chauvinistischen Verbrechern, wie z. B. Baron Holstein und Konsorten in Deutschland, und Herrn Delcassé nebst Anhang in Frankreich, gestattet sein solle, ganz grundlos einen blutigen Krieg zwischen zwei zivilisierten Nationen zu entfesseln, aus dem sich ein allgemeiner Europäischer oder gar Weltkrieg unbedingt entwickeln müsse. Eins aber stehe unverbrüchlich fest: daß die sozialdemokratischen Parteien in Deutschland wie in Frankreich im Kriegsfalle die strikte Parole an die Massen ausgeben würden, nicht zu marschieren“. Er, Bebel, bäte mich ausdrücklich, dies der Wilhelmstraße klarzumachen.

Nachdem August Bebel sich noch in einigen scharfen Ausfällen gegen den „neugebackenen Fürsten Bülow“ ergangen hatte, wobei er unter anderem auch bemerkte, daß seine Ernennung

zum Fürsten seitens des Kaisers am selben Tage (am 6. Juni), an welchem Herr Delcassé aus dem Ministerium offiziell ausgeschieden sei, bei der öffentlichen Meinung Frankreichs direkt aufreizend wirken müsse, kam er auf Rußland zu sprechen. Er sagte wörtlich: „Was unseren östlichen Nachbarn betrifft, so liegt die Sache dort anders als bei unseren westlichen. Ich fürchte, wir Deutschen werden auf die Dauer einem Zusammenprall mit dem russischen Imperialismus und Panslawismus nicht ausweichen können. Dort im Osten steht unser wahrer und einzig gefährlicher Feind. Gegen ihn müssen wir stets auf der Hut sein und unser Pulver zu Lande trocken halten. Sollte es jemals gegen Rußland, das ja nur vorübergehend durch den Japanischen Krieg lahmgelegt ist, losgehen, so würden wir Sozialisten ‚wie eine Knoche'[1]) marschieren. Im Osten wie im nahen Orient liegt auch unser kulturelles wie wirtschaftliches Ausdehnungsfeld. Darüber müssen wir uns aber auch klar sein, daß, gleichviel welche Regierungsform je in Zukunft in Rußland bestehen mag, das Allslawentum in Verbindung mit dem Tartarentum stets eine Gefahr für uns bleiben wird. Erst kürzlich habe ich wieder einmal Bakunins Briefwechsel mit Ogarjow und andere Schriften von ihm gelesen. Diese Leute sind aber Asiaten, und die von ihnen befürworteten Methoden gehören ebenfalls nach Asien, aber nicht nach Europa. Ich fürchte, auf die Dauer werden wir Sozialisten westlicher Kultur uns nie mit der Weltanschauung dieser Leute identifizieren können."

Als August Bebel sich gegen 4 Uhr morgens von mir verabschiedete, erwähnte er, daß sich gegenwärtig ein langes Schreiben von ihm an Jaurès unter der Feder befände. Wann er diesen

---

[1]) Ein bekannter altberliner Ausdruck, den Bebel mit Vorliebe anzuwenden pflegte. Er bedeutet soviel wie „ein Mann".

Brief aber werde absenden können, wisse er noch nicht, da er nach gewissen Erfahrungen sehr ungern seine Korrespondenz mit Jaurès der Post anvertraue und, wenn die Zeit nicht dränge, lieber auf eine sichere Gelegenheit zur Beförderung seiner Briefe warte.

Da ich kurz vorher Bebel erzählt hatte, daß ich über Paris nach London zurückzukehren gedenke, nahm ich an, daß er mit seiner Äußerung über die Beförderung seiner Briefe an Jaurès durch sichere Gelegenheiten eine indirekte Frage an mich zu stellen beabsichtige, ob ich bereit sei, sein in Arbeit befindliches Schreiben nach Paris mitzunehmen. Als ich mich darauf anbot, seinen Brief zu befördern, erwiderte Bebel, daß er mir sehr dankbar sein würde, wenn ich dies tun wolle, bemerkte aber, daß ich mich ausdrücklich verpflichten müsse, sein Schreiben nicht etwa in Paris auf die Post zu geben, sondern persönlich in die Hände von Jaurès zu legen. Wir verabredeten darauf, daß ich ihn vor meiner Abreise noch einmal im Reichstag aufsuchen würde, um seinen Brief in Empfang zu nehmen.

Am späten Nachmittag, einige Stunden vor meiner Abreise nach Paris, sprach ich, nachdem ich mich vorher telephonisch mit Bebel in Verbindung gesetzt hatte, im Reichstag bei ihm vor. Das ganze Haus war fast leer, denn der Reichstag tagte an diesem Tage nicht. Da sich auch im Lesezimmer niemand befand, führte Bebel mich dorthin, und wir saßen noch etwa eine halbe Stunde plaudernd beisammen.

„Was Sie mir neulich Nacht über die verschiedenen Bündnismöglichkeiten mit England erzählt haben," hub er an, „hat mich natürlich ungeheuer interessiert. Ich habe die letzten Tage viel darüber nachgedacht. Ein Skandal ist es jedenfalls, daß so wichtige Vorgänge in der äußeren Politik der Volksvertretung

seitens der Regierung verschwiegen werden. Zum mindestens hätten sämtliche Parteiführer im Vertrauen davon in Kenntnis gesetzt werden müssen. Vor allem hat mich der Vorschlag Lord Salisburys vom August 1895 betreffend eine Aufteilung der Türkei bewegt. Eine Annahme dieses Vorschlages und eine kluge, sachgemäße Durchführung dieses Gedankens hätte die ganze soziale Frage bei uns in Deutschland um mindestens zwei Drittel gelöst. Auf was beruhen denn in erster Linie die sozialen Mißstände im Deutschen Reich? Doch lediglich in dem Umstande, daß die Bodenfläche Deutschlands höchstens vierzig Millionen Einwohner menschenwürdig ernähren kann, während die Bevölkerungszahl heute schon mehr als fünfundsechzig Millionen Köpfe beträgt. Afrika und die Südsee nützen uns gar nichts, denn nie werden wir dort Ansiedelungen in größerem Stil bewerkstelligen und Kinder der weißen Rasse hochbringen können. Ich bleibe dabei, im Osten und im nahen Orient liegt unser Ausdehnungsgebiet.“ Nachdem Bebel sich dann noch, wie ich im ersten Bande meiner Memoiren bereits erwähnt habe, in scharfen Ausdrücken gegen den Kaiser und seine Ratgeber wegen Nichtannahme des Salisburyschen Vorschlages ausgelassen hatte, kam er noch einmal auf die Marokkokrise zu sprechen und sagte: „Ich hoffe, Sie haben Gelegenheit gefunden, den Herren in der Wilhelmstraße klarzumachen, daß wir Sozialisten im Kriegsfalle nicht zu marschieren gedenken. Nicht zu verstehen ist es, wie gewisse, den maßgebenden Regierungskreisen nahestehende Publizisten mit ihren Kriegstreibereien sogar in höherem Maße als bisher fortfahren können. Soweit ich es übersehen kann, besteht auch bei der großen Masse der bürgerlichen Gesellschaft bei uns bis jetzt nicht der geringste Wunsch nach kriegerischen Abenteuern; aber durch eine so systematisch betriebene Vergiftung der

ganzen Atmosphäre und Irreleitung der öffentlichen Meinung könnte doch schließlich eine kriegerische Stimmung geschaffen werden, deren Folgen nicht mehr zu reparieren wären. Was den Kaiser betrifft, so will ich Ihren wiederholten Versicherungen, daß er sich aufs äußerste gegen einen Krieg sträubt, Glauben schenken. In diesem Falle nehme ich meinen Hut vor ihm ab."

Als ich mich von Bebel verabschiedete, übergab er mir ein fest versiegeltes Schreiben für Jaurès. Er legte mir noch einmal auf das eindringlichste ans Herz, diesen Brief nicht etwa auf die Post in Paris zu geben, sondern persönlich in die Hände von Jaurès, den ich von ihm sehr grüßen solle, zu geben.

Während meines Berliner Aufenthaltes hatte ich mich ababsichtlich nicht auf dem Auswärtigen sehen lassen, weil ich genau wußte, daß Holstein davon sofort Kenntnis erhalten würde. Dagegen besuchte ich den mir stets wohlgesinnten Staatssekretär des Auswärtigen, Freiherrn von Richthofen, in seiner Amtswohnung in der Königgrätzer Straße. Da er gerade im Begriff stand zu verreisen, konnte er mir nur einige Minuten widmen. Über die Marokkokrise selbst äußerte er sich nur sehr spärlich, zuckte aber mit den Achseln und schüttelte mit dem Kopf, als ich ihm verschiedenes von meinen Eindrücken, die ich in London und Paris in dieser Frage gewonnen, erzählte. Aus seiner ganzen Haltung war leicht zu entnehmen, wie abfällig er über die Politik Holsteins, unter dessen Einfluß zur Zeit der Reichskanzler noch stehe, urteilte. Schließlich bemerkte er, daß Holstein gegenwärtig vor Wut gegen den Kaiser direkt schäume, und zwar wegen einer Äußerung, welche dieser zum französischen General

Delacroix getan habe, der als offizieller Vertreter der Französischen Republik den Hochzeitsfeierlichkeiten des Kronprinzenpaares beigewohnt hätte. Am Vormittag des 7. Juni, so erzählte der Staatssekretär, sei der Kaiser, begleitet von dem französischen General, nach dem Truppenübungsplatz Döberitz gefahren, um letzterem dort einige neue Erfindungen, betreffend das Abfeuern von Maschinengewehren, zu zeigen. Gleich bei der Begrüßung habe General Delacroix dem Kaiser mitgeteilt, daß Herr Delcassé am vergangenen Tage definitiv aus dem Ministerium ausgeschieden sei. Daraufhin habe der Kaiser erwidert, er sei sehr erfreut über diese Nachricht, und die Marokkokrise sei hiermit beendet. Sofort nach seiner Rückkehr nach Berlin sei dann der General nach der Französischen Botschaft gefahren, um die kaiserliche Äußerung dem Botschafter mitzuteilen, und selbstverständlich habe dieser umgehend nach Paris darüber Bericht erstattet. Holstein sei jetzt an der Arbeit, die beruhigende Wirkung der Äußerung des Kaisers in Paris zu redressieren und dort klarzumachen, daß die Marokkokrise noch keineswegs beendet sei. Seine Absicht, es zum offenen Konflikt zu treiben, habe er noch längst nicht aufgegeben.

Als ich dem Staatssekretär von meinen Unterredungen mit August Bebel und insbesondere dessen Äußerung, daß die Sozialisten im Kriegsfalle nicht marschieren würden, erzählte, bemerkte er, es sei Holstein bereits bekannt, daß ich wiederholt mit Bebel zusammen gesehen worden sei, was dessen Wut gegen mich noch erhöht habe. Er, der Staatssekretär, riete mir, als mein Freund, Berlin so bald wie möglich zu verlassen, denn man könne nie wissen, welche Schritte Holstein bei seinen bekannten schonungslosen Methoden gegen mich unternehmen würde. Er habe doch nun einmal zur Zeit die Macht in Händen, und es sei

gar nicht ausgeschlossen, daß er mich unter irgendeinem fadenscheinigen Vorwand durch die politische Polizei verhaften ließe.

Als ich den Staatssekretär im Herbst des Jahres wieder in Berlin aufsuchte, erzählte er mir, daß bei Holstein in seiner grenzenlosen Wut, weil ich seine Politik durchkreuzt hatte, tatsächlich eine solche Absicht bestanden habe.

VII. Kapitel

Nachdem ich in Paris eingetroffen war, begab ich mich sofort zu Jaurès, um ihm den Brief von Bebel zu übergeben. Da ich ihn nicht antraf und erfuhr, daß er wahrscheinlich erst am späten Abend wieder zu Hause sein würde, ließ ich meine Visitenkarte zurück, sowie eine kurze Notiz, durch die ich ihm mitteilte, daß ich soeben aus Berlin angekommen sei und ihm ein Schreiben von Bebel persönlich zu überreichen habe. Ich bäte ihn, mich wissen zu lassen, wann ich ihn am folgenden Tage aufsuchen dürfe, um den Brief in seine Hände zu legen.

Bereits am frühen Vormittag des nächsten Tages erschien Jaurès in meinem Hotel, um mir seinen Gegenbesuch zu machen. In seinem ganzen Benehmen war er von ausgesuchter Höflichkeit, und während unserer Unterhaltung, welche etwa eine Stunde dauerte, entfaltete er eine äußerst sympathisch berührende natürliche Liebenswürdigkeit ohne die geringste Pose. Als wir uns verabschiedeten, hatte ich das Gefühl, mich mit einem Manne ausgesprochen zu haben, den ich nicht soeben erst kennengelernt, sondern schon seit vielen Jahren genau gekannt hätte. Ich gewann von ihm den Eindruck eines ehrlich überzeugten Idealisten und in jeder Beziehung selbstlosen Menschenfreundes, welcher den Mut und unweigerlichen Entschluß besaß, seine Ideen im Interesse des Allgemeinwohls der Menschheit zur Geltung zu bringen und in

die Tat umzusetzen. Bezaubernd war seine gewählte und dabei doch durchaus natürliche Ausdrucksweise, äußerst wohltuend der melodische Tonfall seiner Stimme. Dabei war er keineswegs intolerant gegenüber anderen Anschauungen als den seinigen. Auch bei der Diskussion solcher Punkte, bei denen ich ihm als Realpolitiker, der die Welt so nimmt wie sie nun einmal ist, und auf Grund der ewig währenden Naturgesetze leider auch stets so bleiben dürfte, zu widersprechen nicht umhin konnte, zeigte er nicht die geringste Irritation, sondern versuchte in der liebenswürdigsten Form, mich zu überzeugen.

Als ich ihm das versiegelte Schreiben von August Bebel übergab, öffnete er es, überflog es ganz schnell und steckte es dann in die Tasche. Über den Inhalt des Briefes äußerte er sich mit keinem Wort, sprach aber in den herzlichsten Redewendungen über seinen Freund Bebel, der ein ausgezeichneter gerader Charakter sei, und mit dem er trotz seiner vielleicht zu großen Rechthaberei vorzüglich auskomme.

In der Marokkofrage äußerte sich Jaurès in scharfer Weise über die Kriegshetzer auf beiden Seiten, insbesondere gegen Herrn Delcassé und Baron Holstein, bediente sich dabei aber nicht eines einzigen Ausdrucks, den man auch nur im entferntesten als unparlamentarisch hätte bezeichnen können. Mit großer Hochachtung sprach er dagegen vom Ministerpräsidenten Rouvier, dessen Verhalten während der ganzen gefährlichen Krise er als klug und taktvoll bezeichnete. „Bei allen ernsten Krisen auf internationalem, wie auf innerpolitischem Gebiet,“ bemerkte er, „kommt es in erster Linie darauf an, ob zur Zeit fähige und ehrliche Männer an der Spitze der Staatsgeschäfte stehen, oder ob das Schicksal des Volkes sich in ungeschickten oder gar böswilligen Händen befindet. In ersterem Falle wird die Krise

überwunden, in letzterem führt sie meistens zu einer Katastrophe, die das arme ahnungslose Volk dann auszubaden hat. Wehe Europa," fuhr er fort, „wenn der in den letzten Jahren stark zurückgegangene Chauvinismus bei uns in Frankreich unter der Führung von Männern, wie z. B. Delcassé, wieder sein Haupt erheben sollte! Ich persönlich zweifele nicht an der Friedensliebe Ihres Kaisers wie der großen Masse des deutschen Volkes, doch fürchte ich sehr stark, daß es einer kleinen Anzahl böswilliger und ehrgeiziger Persönlichkeiten bei Ihnen in Deutschland gelingen könnte, nicht nur das eigene Volk zu vergiften, sondern auch bei uns einem neuen gefährlichen Chauvinismus zum Siege zu verhelfen."

Im Interesse geschichtlicher Wahrheit glaube ich hervorheben zu müssen, daß Jaurès sich sonderbarerweise in äußerst freundlicher Weise, ja fast mit herzlichen Worten über Wilhelm II. äußerte. Vom Kaiser sagte er, dieser sei zwar seinem eigenen (Jaurès') Gefühl nach in hohem Maße „mal équilibré", stelle aber trotzdem eine sympathische Figur dar. Vielleicht seien es gerade seine Fehler, vor allem sein theatralisches Temperament, was an den „esprit" der Franzosen appelliere. Es ließe sich nicht leugnen, daß der Kaiser speziell in Frankreich in weiten Schichten der Bevölkerung eine nicht zu unterschätzende Popularität besäße.

In diesem Zusammenhange möchte ich einer kleinen charakteristischen Episode Erwähnung tun, die ich selbst im Jahre 1894 in Paris erlebt habe.

Zu Anfang der 90er Jahre mieteten zwei französische Offiziere im Auftrage ihrer vorgesetzten Behörde eine Dampfjacht in England, um sich unter englischer Flagge nach Kiel und anderen deutschen Kriegshäfen zu begeben und die dortigen Be-

festigungen auszuspionieren. Zufällig gehörte zu der Agentenfirma, welche die Vermietung der betreffenden Jacht vermittelt hatte, als Mitinhaber ein Deutscher, namens Raincke. Da ihm das Verfahren der französischen Offiziere verdächtig vorkam, meldete er den Vorgang dem deutschen Marineattaché in London. Als die betreffenden Offiziere auf ihrer Jacht in Kiel ankamen, wurden sie beobachtet und schließlich in flagranti der Spionage überführt. Daraufhin wurden sie festgenommen und von dem zuständigen Gericht zu einer langjährigen Festungshaft verurteilt. Wenn ich nicht irre, verbüßten sie ihre Strafe in der Festung Glatz in Schlesien. Als im Jahre 1894 der Präsident der Französischen Republik, Sadi Carnot, einem ruchlosen anarchistischen Attentat in Lyon zum Opfer fiel, war der Kaiser, welcher eine gewisse persönliche Zuneigung für den ermordeten Präsidenten besaß, bemüht, dem französischen Volke in jeder Beziehung seine Sympathie zu zeigen. Unter anderem begnadigte er auch sofort mit einer glücklich gewählten Geste die beiden in der Festung Glatz inhaftierten französischen Offiziere.

Als ich wenige Tage nach der Ermordung des Präsidenten Carnot im Café Durant in der rue Royale in Paris mit einigen französischen und amerikanischen Freunden zu Abend aß, hörten wir plötzlich, wie auf der Straße Extrablätter ausgerufen wurden. Zugleich ertönte aus den Kehlen großer umherziehender Volksmengen der Ruf „vive l'Empereur". Unter meinen Freunden befanden sich auch einige enragierte Bonapartisten, wie z. B. ein Mitglied der Familie der Grafen von Montebello. Plötzlich erhob dieser sein Glas und forderte uns auf, seinen Thronprätendenten, den Prinzen Victor Bonaparte, der von der Menge augenscheinlich draußen zum Kaiser ausgerufen wurde, leben zu lassen. Als wir uns dann auf die Straße begaben, um zu sehen,

was eigentlich los war, hörten wir aber nicht die Rufe „vive Victor Bonaparte“, sondern „vive Guillaume“ zur großen Enttäuschung unserer bonapartistischen Freunde erschallen. Die Extrablätter, welche ausgeboten wurden, enthielten einen auf die französische Psyche berechneten, zufällig sehr glücklich redigierten Erlaß Wilhelms II., welcher die Begnadigung der in der Festung Glatz inhaftierten französischen Offiziere betraf.

Als ich Jaurès diese kleine Episode erzählte, lachte er herzlich und bemerkte: „Wir Franzosen sind eine sehr komische Nation. Durch eine kleine zeitgemäße Geste — vorausgesetzt, daß sie eine elegante Form trägt — lassen wir uns sehr oft spontan begeistern und für den Augenblick vollständig hinreißen.“

Im Herbst des Jahres (1905) suchte ich Jaurès eines Nachmittags in der Chambre des Députés auf. In seinen äußeren Formen war er zwar ebenso höflich und liebenswürdig, wie bei meiner Unterredung mit ihm im Juni desselben Jahres. Dagegen war es aus seiner vorsichtigen und reservierten Haltung nicht schwer zu erkennen, daß seine bisher so freundschaftlichen Gefühle für Deutschland zum mindesten beträchtlich abgekühlt, wenn nicht direkt ins Gegenteil umgeschlagen waren. Mit sichtlich tief empfundenem innerlichen Groll sprach er von „Schiemannismus“ in Deutschland. Damit meinte er die so überaus unkluge und taktlose Preßkampagne, die auf Veranlassung Holsteins in einigen Blättern eingesetzt hatte und von dem politisch vollständig urteilslosen Professor Schiemann, welcher aus den Baltischen Provinzen stammte, eröffnet worden war.

Obwohl die englische Regierung im Juni in Berlin in ganz unzweideutiger Form erklärt hatte, daß England im Kriegsfalle sofort die Partei Frankreichs ergreifen werde, war Holstein immer noch nicht zur Vernunft gekommen. Im Gegenteil, diese Er-

klärung Englands hatte ihn zunächst nur noch mehr gereizt und dazu angespornt mit seiner Kriegspolitik fortzufahren. Die nunmehr von ihm ausgegebene und von Professor Schiemann in der Presse verbreitete Parole lautete: „Für das, was wir im Kriegsfalle durch England verlieren sollten, werden wir uns in Frankreich selbst entschädigen.“ Es war dies die sogenannte Geißeltheorie, eine der unsinnigsten, taktlosesten und verhängnisvollsten Ideen, die je ein menschliches Gehirn ersinnen konnte. Aber auch für alle Zukunft dürfte eine derartig verrückte Theorie, gleichviel welche Nation sie verfolgen mag, sich schließlich nur zum eigenen Verhängnis gestalten!

Während meiner Unterredung mit Jaurès im Herbst 1905 brachte ich natürlich auch das Gespräch auf August Bebel und seine fortgesetzten Bemühungen im Interesse des Friedens. Jaurès ging aber auf meine Bemerkungen nicht ein, sondern wich ostentativ aus und lenkte das Gespräch auf andere Dinge. Nicht ein einziges Mal kam der Name Bebel bei dieser unserer Unterredung über seine Lippen, was mich natürlich im höchsten Grade erstaunte. Erst später erfuhr ich zufällig, daß starke Meinungsverschiedenheiten und heftige Auseinandersetzungen zwischen den beiden großen Sozialistenführern stattgefunden hatten.

Während eines kurzen Pariser Aufenthaltes in der zweiten Hälfte des Juni (1905) hatte ich natürlich auch längere Unterredungen mit Armand Lévy wie auch mit Gaston Calmette und Betzold. Den Ministerpräsidenten Rouvier sah ich dagegen nicht, da er zur Zeit unpäßlich war.

Kaum war ich aber nach London zurückgekehrt, als ich plötz-

lich ein Telegramm von Armand Lévy erhielt, in welchem er mir mitteilte, daß er am folgenden Morgen in London eintreffen werde, um mich im Auftrage Rouviers zu sprechen. Als ich dieses Telegramm einigen gemeinsamen Freunden von Armand Lévy und mir zeigte, lachten sie und meinten, es müsse wohl ein Witz sein, denn noch nie sei es ihres Wissens vorgekommen, daß Armand Lévy sich bereit gefunden hätte, eine nächtliche Reise zu unternehmen, und noch dazu über den ihm so grauenhaften Kanal! In der Tat hätte auch niemand behaupten können, daß Armand Lévy je ein passionierter Seefahrer gewesen wäre, aber nicht nur das; der Gedanke, nachts auf der Eisenbahn zu fahren und sich womöglich in einem engen Schlafabteil niederzulegen, galt bei ihm als ein Ding der Unmöglichkeit. Wie oft habe ich ihn seine Freunde, welche im Luxuszuge nachts von Paris nach Monte Carlo fuhren, höhnen hören, indem er bemerkte, es gehöre zu einer der größten modernen Narrheiten, 300 Franken zu bezahlen, um sich in einer Schublade schlafen zu legen (pour se coucher dans un tiroir). Die einzige Reise, welche er im Juli jeden Jahres unternahm, war nach dem nur wenige Stunden von Paris gelegenen Seebade Trouville. Die Vorbereitungen zu dieser Reise dauerten aber dann mindestens vier Wochen, und sein alter Kammerdiener, der ein Original war wie er selbst, hatte in dieser Zeit vollauf zu tun, um mit dem Packen der vielen Koffer und sonstigen reiflich überlegten Vorkehrungen auch rechtzeitig fertig zu werden. Armand Lévy war der echte Typ eines Pariser Boulevardiers in gutem Sinne noch aus der Zeit des zweiten Kaiserreiches, wie er wohl heute kaum mehr zu finden sein dürfte.

Tatsächlich traf er auch in Begleitung seines Kammerdieners zum Erstaunen aller seiner Freunde lebendig in London ein.

Als ich ihn auf der Victoria Station begrüßte, befand er sich aber in einem geradezu herzzereißenden Zustande. Er sowohl als sein Kammerdiener erzählten grausige Geschichten über die entsetzlichen Gefahren, die sie während der nächtlichen Überfahrt auf sturmbewegter See zwischen Calais und Dover zu bestehen hatten. Darauf fuhren wir zum Carlton Hotel, wo Zimmer für ihn bestellt waren, und er legte sich sofort schlafen. Als wir dann um 2 Uhr zusammen frühstückten, hatte er sich von den Strapazen seiner nächtlichen Reise erholt und befand sich in bester Laune.

Armand Lévy war nicht nur ein äußerst witziger und geistreicher Gesellschafter, sondern auch ein sehr feiner politischer Kopf von großer Klarheit mit stets richtiger Witterung. Selten ist mir ein Politiker begegnet, der mit solch folgerichtiger Klarheit und so feinen Nuancen eine politische Lage mündlich oder schriftlich zusammenzufassen wußte. Kein Wunder war es daher, wenn er unter seinen politischen Freunden in Paris ein großes Ansehen genoß und in schwierigen Fällen sein Rat von ihnen eingeholt wurde. Vor allem war es der kluge Ministerpräsident Rouvier, welcher dem stets treffenden Urteil seines Freundes Armand Lévy unbedingt vertraute. Während des Frühstücks erzählte er mir, daß er auf Grund unserer kürzlichen Unterhaltungen in Paris eine lange Unterredung mit Rouvier gehabt und dieser ihn dringend gebeten habe, mich sofort in London aufzusuchen, um mich zu veranlassen, umgehend wieder nach Berlin zu fahren und einen letzten eindringlichen Versuch zu machen, den Fürsten Bülow dazu zu bewegen, in direkte Verhandlungen mit der französischen Regierung zu treten, um nicht nur in der Marokkofrage, sondern auf der ganzen Linie ein deutsch-französisches Einverständnis und damit die Anbahnung dauernder freundschaftlicher

Beziehungen zwischen beiden Nationen zu erzielen. Nur im äußersten Falle, und zwar lediglich zur Vermeidung eines Krieges, werde sich Rouvier dazu verstehen, die Forderung Deutschlands einer Neuregelung der Dinge in Marokko durch eine internationale Konferenz anzunehmen. Mit dem Fürsten Radolin über solche Dinge zu reden, habe nach Ansicht Rouviers gar keinen Zweck mehr, denn der Fürst sei viel zu langsam im Begreifen der Situation und stände augenscheinlich nach wie vor vollständig unter dem Druck Holsteins. Was letzterer mit seiner aggressiven Politik bezwecke, sei Rouvier mehr als je unverständlich. Leider finge jetzt die öffentliche Meinung in Frankreich an, auf die Herausforderungen der Holsteinschen Politik zu reagieren. Die unglaubliche, unter der Ägide Holsteins von Professor Schiemann geleitete Pressekampagne in Deutschland habe bereits eine sehr üble Wirkung auf die Geistesverfassung großer, bisher deutschfreundlicher Kreise in Frankreich gehabt, und auch die zweifellos nicht unbeträchtliche Popularität des Kaisers sei stark im Sinken begriffen. Die Marokkopolitik des Herrn Delcassé habe man in Frankreich fast allenthalben mißbilligt, er sei aus dem Ministerium ausgeschifft worden und habe nichts mehr zu sagen. Führe man aber mit dieser aufreizenden Politik in Deutschland fort, so würde Herr Delcassé mit seinen chauvinistischen Freunden schließlich auf die Dauer doch den Sieg davontragen. Über die Folgen davon dürfe man sich in der Wilhelmstraße in Berlin keinen Illusionen hingeben. Es sei jetzt noch Zeit, sich mit Frankreich zu einigen und dauerhafte, freundschaftliche Beziehungen zwischen beiden Ländern anzubahnen; werde dieser letzte Moment aber verpaßt, so würde die künftige Entwickelung der Dinge wahrscheinlich Formen annehmen, die für keine Partei wünschenswert erschienen; es ließe sich gar nicht ausmalen, was

dann alles, wenn nicht schon jetzt, so sicherlich in Zukunft geschehen könne. Vor allem sei es notwendig, die öffentliche Meinung in Frankreich so schnell als möglich wieder zu beruhigen. Eine einzige liebenswürdige Geste des Kaisers könne gegenwärtig diese Wirkung erzielen.

Ich erwiderte Armand Lévy, daß es nach den von mir in Berlin kürzlich gemachten Beobachtungen nutzlos erscheine, wenn ich von neuem nach Berlin führe, besonders da die persönliche Gereiztheit Holsteins gegen mich derartige Formen angenommen habe, daß ich kaum in der Lage sei, mich auf dem Auswärtigen Amt oder beim Reichskanzler zu zeigen. Dagegen sei ich gewillt, etwaige Wünsche Rouviers schriftlich nach Berlin weiterzugeben. Im übrigen könne ich ihm aber auch die freudige Mitteilung machen, daß eine friedlichere Stimmung ganz plötzlich in Berlin Platz gegriffen zu haben schiene. Der Militärattaché Graf Schulenburg sei soeben aus Berlin zurückgekehrt und habe mir mitgeteilt, daß gegenüber den Holsteinschen Kriegstreibereien die Vernunft sich in maßgebenden Regierungskreisen durchzusetzen beginne.

Am Tage nach der Rückkehr Armand Lévys nach Paris erhielt ich darauf folgenden Brief, welchen er nach einer Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Rouvier behufs Weitergabe an das Auswärtige Amt in Berlin an mich adressiert hatte. Hier der Wortlaut dieses Schreibens:

Paris, le 26 Juin 1905

Monsieur le Baron von ECKARDSTEIN,
Londres

Mon cher Baron,

J'ai vu aujourd'hui M. le Président du Conseil, ministre des Affaires Etrangères, auquel j'ai rapporté notre conversation

de Samedi. Je lui ai fait part des assurances pacifiques que votre attaché militaire avait rapportées de Berlin, et de sa conviction d'un arrangement prochain. Je lui ai reproduit fidèlement les observations que j'avais opposées à ces assurances en lui demandant s'il les désapprouvait. Il m'a répondu qu'il les trouvait fort justes, et qu'il s'étonnait surtout que l'on ne voulait pas comprendre en Allemagne qu'il n'était pas un pouvoir personnel, qu'il était obligé, étant donné la constitution de notre pays, de tenir compte de l'opinion publique, et qu'il ne pouvait pas s'exposer à prendre des arrangements qui ne seraient pas ratifiés par elle.

Il croit volontiers que l'Allemagne, pas plus que la France, ne commettront la folie de se faire la guerre pour le Maroc. Mais il n'en subsiste pas moins que l'Empereur nous demande, ou nous fait demander d'aller à une conférence (ce qui est absolument la même chose), et défait ainsi d'un mot tous les arrangements pris. Bien que cela soit le résultat de la politique de M. Delcassé, que tout le monde désapprouve en France, cela n'en est pas moins une chose désagréable. Malgré cela, pour montrer à l'Allemagne notre bonne volonté, le Gouvernement est assez disposé à aller à la conférence. Il demande seulement qu'on lui rende la chose facile en définissant à l'avance certains points, de façon à donner satisfaction à l'opinion publique, et à éviter que, l'affaire du Maroc terminée, il subsiste en France un malaise et un esprit de rancune qui retarderaient encore le rapprochement que les deux pays désirent.

Tel est le résumé de ma conversation avec M. Rouvier.

Permettez-moi, maintenant, mon cher Baron, de vous rappeler les termes de celle que nous avons eue samedi au Carlton.

Il est bien entendu que je vous donne maintenant mon opinion personnelle, qu'elle n'a rien d'officiel, mais qu'elle a cependant la valeur d'un reflet de l'opinion publique, parce qu'un vieux Parisien comme moi, qui est en contact depuis 30 ans avec tous nos hommes politiques, tous nos directeurs de grands journaux, de nombreuses personnalités de la haute finance et presque toutes les classes de la société, se rend parfaitement compte de ce qu'on peut faire et demander à son pays.

Comme je vous l'ai dit, il y a de longues années que, moi, qui adore mon pays, j'ai pensé qu'il était de son intérêt d'établir des rapports amicaux avec l'Allemagne. J'avais la conviction que c'était faire preuve du meilleur patriotisme. Beaucoup de Français pensaient ainsi. Malheureusement, la majorité de nos nationaux comprenait le patriotisme autrement, elle ne pouvait se résoudre à oublier et poursuivait la chimère de revendications stériles. Cet état d'esprit s'est considérablement modifié depuis quelques années. Les rapports entre Allemands et Français sont devenus sympathiques. On a pu cet hiver jouer une pièce avec des uniformes allemands qui a obtenu le plus grand succès. C'est à ce moment qu'est survenue l'intervention de l'Empereur d'Allemagne au Maroc. Intervention qui a stupéfié l'opinion publique, parce qu'elle ne savait rien des agissements de M. Delcassé. Dès qu'elle les a connus, elle a immédiatement donné tort à notre ministre des Affaires Etrangères, et vous avez pu lire tous les jours dans les journaux une campagne dirigée contre lui. Malgré cela, par égard pour les services passés, le gouvernement n'a pas voulu se séparer immédiatement de ce collègue dangereux. C'est chose faite aujourd'hui. Comment peut-on soutenir qu'il n'y a rien de changé dans la politique du gouvernement?

A la place de M. Delcassé, vous avez M. Rouvier dont la longue carrière au pouvoir vous fournit des renseignements certains sur ses sentiments qui sont partagés par le Cabinet tout entier. Ainsi, je n'ai pas pu m'empêcher de manifester mon étonnement quand vous m'avez assuré que le plus grand désir de l'Empereur d'Allemagne et du Prince de Bulow était d'entretenir des relations amicales avec la France.

Alors pourquoi laisser s'énerver et aigrir l'opinion ici?

La question est si simple. L'Empereur désire une conférence. Vous reconnaîtrez qu'il est toujours désagréable de revenir sur tout ce que nous avons fait depuis de longs mois. Malgré cela, comme nous reconnaissons les fautes de notre précédent ministre, nous sommes disposés à y aller, à la condition, toutefois, qu'elle n'aboutisse pas à un avortement, — et pour qu'elle n'aboutisse pas à un avortement, il faut que nous soyons d'accord sur deux ou trois points principaux avec l'Allemagne.

Franchement, mon cher Baron, avouez que c'est demander bien peu à un pays qui demande tant, et que nous avons bien le droit de croire, nous Français, qui ne sommes pas dans les secrets de la diplomatie, que l'Empereur d'Allemagne a bien plus envie de nous donner une leçon que de s'acquérir notre amitié. Car lorsqu'on veut l'amitié des gens, on commence par s'en faire aimer au lieu de les taquiner.

Je vous répète ce que je vous ai dit à différentes reprises. Le moment est psychologique. A l'heure actuelle une attitude gracieuse, un geste élégant de l'Empereur d'Allemagne, et la France lui sera très reconnaissante, et notre gouvernement n'aura rien à faire pour opérer le rapprochement tant désiré.

Tâchez, mon cher Baron, de faire prévaloir ces vues à

Berlin, et vous aurez fait pour nos deux pays une bonne oeuvre et une bonne action.

Grandes amitiés,

Armand Lévy

Bald nach Empfang dieses Schreibens, welches Wort für Wort eine äußerst präzise Wiedergabe des derzeitigen Standes der Marokkokrise wie auch der allgemeinen deutsch-französischen Beziehungen enthält, begab ich mich auf die deutsche Botschaft und überreichte dort eine Abschrift davon mit dem Ersuchen, dieselbe möglichst bald durch sichere Gelegenheit an das Auswärtige Amt in Berlin weiterzugeben. Ferner entschloß ich mich, den Bullen bei den Hörnern zu packen und mich unter Bezugnahme auf das gedachte Schreiben aus Paris in einem Briefe direkt an Holstein zu wenden. Hier der Wortlaut:

London, den 28. Juni 1905

Euerer Exzellenz

beehre ich mich ergebenst mitzuteilen, daß ich der hiesigen Botschaft Abschrift eines Schreibens behufs Weitergabe an das Auswärtige Amt überreicht habe, welches ich gestern von dem intimen Freunde des Ministerpräsidenten Rouvier, Herrn Armand Lévy, aus Paris erhielt. Wie Euere Exzellenz aus diesem Schreiben ersehen werden, ist Herr Rouvier, um uns Entgegenkommen zu zeigen, nunmehr bereit, der Forderung der Kaiserlichen Regierung in der Frage einer neuen internationalen Marokkokonferenz, wenn auch äußerst ungern, nachzugeben. Es ist dem französischen Ministerpräsidenten aber sehr daran gelegen, daß ihm die Kaiserliche Regierung, nachdem er dieses Entgegenkommen gezeigt hat, eine Durchführung des etwaigen Konferenzprogramms soweit als möglich erleichtert, indem ein

Versuch gemacht wird, über sämtliche Hauptpunkte vor Zusammentritt der Konferenz durch direkte Verhandlungen zwischen beiden Regierungen zu einem Einverständnis zu gelangen. Nicht weniger ist Herrn Rouvier daran gelegen, daß eine Form der Erledigung der Einzelfragen gefunden wird, welche nach allem Vorgefallenen keine Mißstimmung oder Ranküne gegen Deutschland bei der öffentlichen Meinung Frankreichs zurücklassen könnte. Herr Rouvier besitzt die Auffassung, daß es ein Wahnsinn sein würde, wenn Deutschland und Frankreich wegen Marokko einen Krieg führten. Auch hofft er, daß man in Deutschland verstehen wird, daß es nicht in seiner eigenen Macht liegt, eventuell solche Abmachungen zu treffen, welche die öffentliche Meinung in Frankreich ablehnen würde, und die deshalb nicht ratifiziert werden könnten, obgleich die Politik des Herrn Delcassé fast allgemeine Mißbilligung in Frankreich gefunden hat.

Im übrigen beehre ich mich, Euere Exzellenz auch ganz besonders auf die Ausführungen hinzuweisen, welche Herr Armand Lévy nach Rücksprache mit dem Ministerpräsidenten in seinem Schreiben an mich über die Wichtigkeit einer allgemeinen deutsch-französischen Annäherung und Herbeiführung dauernder freundschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Ländern macht. Wenn auch der Verfasser des Briefes diese Beobachtungen als seine persönliche Ansicht bezeichnet, so kann ich doch nicht umhin, zu betonen, daß Herr Rouvier in langen, persönlichen Unterredungen, die ich mit ihm gehabt, genau die nämlichen Anschauungen, wenn nicht sogar noch v i e l weitergehende Projekte, betreffend die künftige Gestaltung der Beziehungen zwischen beiden Nationen, zum Ausdruck gebracht hat. Daß Herr Rouvier wie auch seine gegenwärtigen Kabinetts-

kollegen es offen und ehrlich meinen, daran hege ich nicht den geringsten Zweifel, ebenso auch nicht der kleine Betzold, auf dessen Urteil, soweit mir bekannt, Euere Exzellenz doch stets große Stücke gegeben haben. Neben der aktuellen Kriegsgefahr, welche die Marokkokrise mit sich gebracht hat, fürchtet Herr Rouvier nichts mehr als ein künftighin akutes Wiederaufleben des französischen Chauvinismus, der zum Glück für die Welt in den letzten zehn Jahren so stark zurückgegangen, durch die künstlich geschaffene gegenwärtige Krise und die Vorgänge in der letzten Zeit jedoch neue Nahrung erhalten hat.

Obgleich mir von verschiedenen einwandfreien Seiten zu Ohren gekommen ist, daß Euere Exzellenz sich seit einiger Zeit in einer überaus gereizten — mir gänzlich unverständlichen — Geistesverfassung gegen meine Person befinden, halte ich es trotzdem für meine Pflicht, frei von der Leber weg meine Ansichten über die gegenwärtige Weltlage und die Gefahren, welche dem Deutschen Reiche drohen, reinen Wein einzuschenken. Eingedenk der langjährigen Zusammenarbeit im Interesse unseres Vaterlandes, hoffe ich, daß Euere Exzellenz es mir nicht verübeln werden, wenn ich mit meiner Kritik an der auswärtigen Politik der Kaiserlichen Regierung nicht zurückhalte. Ich weiß genau, ich besitze längst nicht den politischen Verstand und die große Erfahrung, wie sie Euerer Exzellenz zu Gebote stehen, aber ich besitze eine Nase, und diese hat mich, wie Euere Exzellenz selbst werden eingestehen müssen, leider in der Voraussicht der internationalen politischen Ereignisse und Entwicklung der Dinge bisher noch nie getäuscht. Um etwaigen Mißverständnissen vorzubeugen, möchte ich hierbei betonen, daß ich mir nicht etwa was Besonderes auf meine Nase einbilde. Ich weiß genau, ich bin kein unfehl-

barer Heiliger und werde wohl kaum jemals Anspruch auf dieses Prädikat erheben. Nur eins möchte ich mir zugute rechnen: daß ich nie mit vorgefaßten Meinungen an die Beurteilung politischer Fragen herantrete, sondern mich Schritt für Schritt von meiner Nase leiten lasse.

Die Isolierung, in welche Deutschland geraten ist und täglich immer mehr gerät, ist sicherlich keine überaus erfreuliche Tatsache für uns; aber darüber dürfte wohl für jeden, welcher die Entwickelung der internationalen Weltlage in den letzten Jahren hinter den Kulissen miterlebt und seine fünf Sinne noch beisammen hat, kein Zweifel bestehen, daß niemand anderes als wir selbst die Schuld daran tragen. Mit England haben wir es, statt im gegebenen Zeitpunkt auf seine Bündnisbereitschaft mit uns einzugehen, gründlich verpatzt, und durch die abenteuerliche, aggressive Flottenpolitik von Tirpitz treiben wir die Engländer immer mehr in die Hände der Franzosen und Russen. Frankreich, zu dem wir seit einigen Jahren glücklicherweise in ein normaleres Verhältnis als je zuvor gelangt waren, treiben wir umgekehrt, insbesondere durch unsere gegenwärtige Marokkoaktion, in die Hände Englands und züchten den im letzten Jahrzehnt stark zurückgegangenen französischen Chauvinismus künstlich wieder hoch. Italien, das infolge des zunehmenden Antagonismus zwischen uns und England auf einen Schutz seiner maritimen Interessen im Mittelmeer durch die englische Flotte überhaupt nicht mehr rechnet, schließt sich unter der Ägide des Herrn Barrère täglich mehr an Frankreich an, und Rußland? Ich kann mir doch kaum vorstellen, daß man wirklich ernstlich in Berlin daran glaubt, daß Deutschland jemals etwas von den Moskowitern zu erwarten hat, außer vielleicht der Kosakenknute! Ich muß offen gestehen, das direkt unwürdige

Nachlaufen hinter Rußland, welches wir seit Beginn des Japanischen Krieges systematisch betreiben, erfüllt mich mit großer Sorge für die Zukunft. Glaubt man etwa in Berlin, daß die Russen dicht halten? Im Gegenteil, sie benutzen, ebenso wie sie es früher stets getan haben, alle Avancen, die ihnen von Berlin aus gemacht werden, dazu, um unsere Politik in London und Paris zu verdächtigen. Erst vor wenigen Wochen habe ich aus Äußerungen König Eduards mir gegenüber auf das bestimmteste entnehmen können, daß Petersburg sich der weitgehendsten Indiskretionen über unsere fortgesetzten dortigen Demarchen sowohl beim König selbst, als auch bei der englischen Regierung befleißigt.

Daß die gesamte Weltlage sich täglich ungünstiger für uns gestaltet und der durch unsere eigene Schuld eingesetzte Isolierungsprozeß Deutschlands immer weitere Kreise zieht, ist eine unleugbare Tatsache, über die man sich durch nichts kann hinwegtäuschen lassen. Ob aber ein Präventivkrieg gegen Frankreich, wie Euere Exzellenz ihn zu beabsichtigen scheinen, das geeignete Mittel ist, aus dieser Isolierung herauszukommen, erscheint mir mehr als zweifelhaft. Daß ein solcher Krieg nicht lokalisiert bleiben könnte, vielmehr eine allgemeine Katastrophe für Europa und uns selbst zur Folge haben müßte, dürfte dagegen wohl kaum außer Zweifel stehen. Gewiß, die Schlacht von Mukden ist geschlagen, Rußland ist durch den für sich unglücklich verlaufenen Japanischen Krieg sowie das Aufflackern der Revolution zeitweilig militärisch lahmgelegt; Frankreich allein gegenüber besitzen wir daher ein beträchtliches militärisches Übergewicht, aber wie steht es mit England? Vielleicht hat sich jetzt auch der Herr Reichskanzler, welcher mir noch vor einigen Wochen durchaus nicht glauben wollte,

daß England bestimmt im Kriegsfalle aktiv auf Seite Frankreichs treten würde, von der Richtigkeit meiner Behauptung überzeugt, denn, soweit mir bekannt, ist doch die Kaiserliche Regierung in Berlin kürzlich offiziell englischerseits davon in Kenntnis gesetzt worden! Wir würden also im Kriegsfalle rettungslos unseren gesamten Kolonialbesitz verlieren, unsere Handelsflotte, vielleicht auch unsere Kriegsflotte, würden von der See weggefegt werden, und unser Seehandel, welcher meines Wissens zur Zeit zirka 25 Proz. unseres Gesamthandels beträgt, würde zum mindesten auf mehrere Menschenalter hinaus, wenn nicht für immer, vernichtet werden. Wie mir bekannt, lassen Euere Exzellenz seit einiger Zeit in der deutschen Presse durch Professor Schiemann und andere Publizisten die Theorie vertreten, daß wir uns für alles, was wir im Kriegsfalle durch England verlieren würden, in Frankreich schadlos halten müßten. Aber auch diese Rechnung ist von Grund aus falsch. Ich hege nicht die geringsten Zweifel, daß schließlich auch Amerika gegen uns Partei ergreifen und uns aus Frankreich hinauskomplimentieren würde. Ich bin fest davon überzeugt, daß die öffentliche Meinung in Amerika ihre Regierung dazu zwingen würde, ganz abgesehen davon, daß Theodore Roosevelt trotz Monroedoktrin kaum die Gelegenheit unbenützt lassen dürfte, um seinen martialischen Tatendrang auf europäischem Boden zu befriedigen. Und was dann? Im übrigen würden wir, falls wir als Angreifer auftreten, die öffentliche Meinung der gesamten Welt gegen uns haben, selbst bei unseren eigenen Bundesgenossen, welche Gewehr bei Fuß zuschauen würden. Bestimmt würde dies der Fall in Italien sein, wahrscheinlich dürfte aber auch in Österreich-Ungarn ein nicht geringer Teil der öffentlichen Meinung gegen uns Partei ergreifen. Vor

allem würde aber bei uns in Deutschland selbst nicht die geringste Kampffreudigkeit herrschen. Ganz abgesehen davon, daß, wie Euere Exzellenz doch wissen müßten, der Kaiser unter keinen Umständen einen Krieg wünscht, würde der bei weitem größte Teil des deutschen Volkes die Notwendigkeit eines Krieges nicht einsehen. Wegen der juristischen Auslegung einiger Paragraphen der Madrider Marokkokonvention vom Jahre 1880 läßt sich im deutschen Volke kein Kampfenthusiasmus erzeugen. Nur wenn der Deutsche angegriffen wird, oder glaubt, daß ihm jemand an den Kragen will, erwacht bei ihm die Kampfeslust, und der eigentliche furor teutonicus erst dann, wenn ihm der Stahl einige Zentimeter tief im Fleische sitzt. Also kurz zusammengefaßt, jeder Gedanke an einen Präventivkrieg gegen Frankreich ist von vornherein eine Mißgeburt, und eine Durchführung dieses Gedankens könnte auf die Dauer in nichts anderem enden, als in einer gewaltigen Katastrophe für uns selbst. Der einzige Krieg, den wir eines Tages unbedingt werden führen müssen, ist gegen die stetig wachsende Woge des russischen Imperialismus und Panslavismus; hierzu aber brauchen wir die Rückendeckung Englands. Leider setzen der Kaiser und Tirpitz mit ihrer geräuschvollen Kampfflottenpolitik immer weiter aufs falsche Pferd. Statt uns auf den Bau einer Flotte zu beschränken, welche in erster Linie Verteidigungszwecken zu dienen hat, verplempern wir unser Geld mit abenteuerlichen Welteroberungsideen, und jagen einem phantastischen Ziel nach, das wir infolge unserer geographischen Lage nie werden erreichen können. Dabei vernachlässigen wir unsere, aus Selbsterhaltungsgründen unumgänglich notwendigen Rüstungen zu Lande, weil die Flotte mit ihrem unersättlichen Magen von Jahr zu Jahr immer grö-

ßere Summen auf Nimmerwiedersehen verschlingt. Wo diese Art von Politik eines Tages hinführen soll, das wissen die Götter!

Um nach diesen allgemeinen Betrachtungen auf die gegenwärtige Marokkokrise zurückzukommen, so möchte ich zunächst hervorheben, daß ich alles nur Mögliche, was in meinen schwachen Kräften steht, getan habe, um den Ministerpräsidenten Rouvier zur Annahme des von der Kaiserlichen Regierung so kategorisch geforderten Konferenzplanes zu bewegen; dieses Ziel ist ja nun auch erreicht. Leider kann ich aber nicht umhin, ausdrücklich zu betonen, daß meine Bemühungen in dieser Richtung mir im Grunde genommen äußerst contre cœur waren. Was für Deutschland bei einer solchen Konferenz Gutes herauskommen soll, ist mir in der Tat unverständlich. Um es offen auszusprechen, so fürchte ich, daß Euere Exzellenz wie der Herr Reichskanzler sich mit der Annahme, wir würden aus einer solchen internationalen Konferenz als Sieger hervorgehen, gewaltig irren. Bei meiner Unterredung mit dem Herrn Reichskanzler am 5. v. M. in Karlsruhe, deren Inhalt, wie ich glaube annehmen zu können, Euerer Exzellenz bekannt ist, habe ich nicht verfehlt, ersteren bereits darauf aufmerksam zu machen, daß auf einer solchen Konferenz nicht etwa, wie er selbst zu glauben schien, England und Frankreich isoliert dastehen würden, sondern daß wir, und niemand anders als wir selbst, die lackierten Europäer abgeben würden. Aber nicht nur das. Auf einer solchen Konferenz kann für uns nichts anderes herauskommen, als daß wir uns vor der ganzen Welt offiziell unsere Isolierung attestieren lassen, und daß der Ring der gegen uns sich bildenden Koalition endgültig geschlossen und besiegelt wird. Glauben Euere Exzellenz und der Herr

Reichskanzler wirklich immer noch, daß Rußland sich als Dankesschuld für unsere Haltung während des Japanischen Krieges bei einer solchen Konferenz auf unsere Seite stellen wird? Aber nicht nur Rußland dürfte sich mit aller Bestimmtheit auf Seite Frankreichs und Englands stellen, sondern auch mit unsern eigenen Bundesgenossen dürften wir nicht viel Freude erleben. Ebenso wie Rußland und sämtliche andern beteiligten größeren und kleineren Staaten, wird auch Italien bei einer solchen Konferenz die Partei Frankreichs und Englands ergreifen, und selbst Österreich wird eine mehr oder weniger pflaumenweiche Vermittlerrolle zu spielen suchen. Diese meine Voraussagungen mit logischen Vernunftsgründen zu belegen, würde mir allerdings schwer fallen, ich folge auch in diesem Fall lediglich wieder meiner Nase. Ich würde mich von Herzen freuen, wenn sie mich diesmal täuschen sollte, aber ich fürchte, sie wird auch hier wieder recht behalten.

Ebenso wie der Gedanke an einen Präventivkrieg durchaus verwerflich ist, so halte ich auch das starre Festhalten an der Konferenzidee für falsch und unseren wahren Interessen direkt zuwiderlaufend.

Nur einen Ausweg gibt es noch, um aus der Sackgasse, in welche wir durch die von uns selbst heraufbeschworene Marokkokrise geraten sind, sowie aus dem sich rapide fortentwickelndem Isolierungsprozeß herauszukommen, und dieser besteht darin, daß wir die von Herrn Rouvier uns dargebotene Hand ergreifen, in direkte Verhandlungen mit dem französischen Kabinett treten, welches, um sich mit uns einigen zu können, wie auch aus Gründen der inneren Politik den Chauvinisten Delcassé ausgeschifft hat, und auf der ganzen Linie zu einem für beide Teile befriedigendem Ausgleich zu

kommen suchen. Aber die Zeit drängt; was heute noch absolut möglich wäre, ist vielleicht schon in kürzester Zeit ein Ding der Unmöglichkeit. Nachdem unsere auswärtige Politik in den letzten Jahren so viele günstige Gelegenheiten hat unbenützt vorübergehen lassen, beschwöre ich Euere Exzellenz im Interesse unseres Vaterlandes, diese vielleicht letzte sich uns bietende Gelegenheit nicht zu verpassen, sondern so schnell als möglich zu handeln. Der psychologische Moment ist heute in zwölfter Stunde noch vorhanden; verpassen wir ihn, so kehrt er höchstwahrscheinlich nie wieder.

Indem ich mich der Hoffnung hingebe, daß Euere Exzellenz mir meine vielleicht allzu offene Sprache nicht verübeln und die Gründe, welche mich zu dieser Niederschrift bewogen haben, richtig einschätzen werden,

zeichne ich als Euerer Exzellenz

stets ergebener

Eckardstein

P. S. 29. Juni 05.

Ich habe vergessen, in meinem Brief zu erwähnen, daß, wie ich aus erster Quelle in Erfahrung gebracht habe, der General Sir John French, welcher sich seinerzeit im Burenkriege so hervorgetan hat, begleitet von einigen Offizieren des Intelligence department des Kriegsministeriums sich nach Frankreich begibt, um in Gemeinschaft mit französischen Generalstabsoffizieren eine Inspektionsreise an der Maas zu unternehmen. Es dürfte dies ein erneuter, nicht mißzuverstehender Fingerzeig dafür sein, wie der Wind tatsächlich hier weht. Ich sende Euerer Exzellenz dieses Schreiben durch eine ganz sichere Gelegenheit. Ein mir bekannter deutscher Kaufmann fährt heute abend nach Berlin und nimmt den Brief mit. Er ist eine durch-

aus zuverlässige Persönlichkeit und war mehrere Jahre stellvertretender Konsul in Südamerika. Wie Euere Exzellenz sehen werden, ist der Brief auch fest versiegelt. Ich habe den Überbringer instruiert, das Schreiben dem diensttuenden Kanzleidiener vor der Tür Euerer Exzellenz im Auswärtigen zu übergeben und darauf zu sehen, daß er sofort Euerer Exzellenz übergeben wird, damit er nicht etwa in falsche Hände gerät.

Als ich nicht lange darauf Dr. Hans Esser, dem Vertreter der Kölnischen Zeitung, eine Kopie dieses Briefes im Vertrauen zeigte, lachte er herzlich und meinte, meine Sprache sei vielleicht zu temperamentvoll gewesen, mit den in dem Brief enthaltenen Ausführungen stimme er aber vollständig überein. Er fürchte nur, daß Holstein nach Empfang meines Schreibens Gallensteine bekommen habe, wenn er solche nicht schon vorher besessen. Er riet mir, eine Kopie des Briefes baldmöglichst an den Antipoden Holsteins, den Staatssekretär Freiherrn von Richthofen, zu schicken. Da ich aber zufällig wußte, daß dieser zur Zeit nicht in Berlin war, nahm ich davon Abstand.

Als ich den Staatssekretär im Herbst in Berlin aufsuchte, sagte er mir unter anderem, einige wenige eingeweihte Persönlichkeiten im Amt erzählten sich, Holstein habe sich nach Empfang meines Briefes zunächst in furchtbarer Erregung befunden, dann aber direkt die Sprache verloren. Der Staatssekretär bat mich, ihm eine Kopie des Briefes zur Verfügung zu stellen. Als ich ihm diese am folgenden Tage brachte, schüttelte er sich beim Durchlesen zunächst vor Lachen, dann aber bemerkte er, daß es ihm jetzt erst verständlich sei, warum Holstein so plötzlich die Hörner eingezogen und dann einen mehrwöchigen Erholungsurlaub

nach dem Harz angetreten habe. Leider sei aber tatsächlich der psychologische Moment, um sich auf der ganzen Linie mit Frankreich zu einigen, verpaßt worden. In Paris wehe jetzt eine eisige Luft gegen uns. Der Gesandte Dr. Rosen habe zwar bei seiner Spezialmission im September in Paris sein Bestes getan, um alles wieder einzurenken, aber das, was noch wenige Wochen vorher mit Leichtigkeit hätte erreicht werden können, sei um diesen Zeitpunkt natürlich längst nicht mehr möglich gewesen. Zum Glück fange der Reichskanzler jetzt endlich allmählich an, einzusehen, was Holstein ihm und dem Deutschen Reiche eingebrockt habe, aber leider zu spät.

Bei dieser meiner Unterredung mit dem Freiherrn von Richthofen (Ende Oktober 1905) erfuhr ich unter vielem anderen auch zum erstenmal von dem sogenannten, in der Hauptsache gegen England gerichteten Björkövertrage zwischen Wilhelm II. und Nikolaus II., welcher ohne Wissen des verantwortlichen Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes am 24. Juli (1905) abgeschlossen wurde, bald darauf aber wegen seiner Unsinnigkeit wieder mußte fallen gelassen werden. Der Staatssekretär erzählte mir im Vertrauen, daß es ihm große Mühe gekostet habe, den Reichskanzler dazu zu bewegen, die Kabinettsfrage zu stellen und seinen Abschied einzureichen, um diesen im vollkommen einseitigen Interesse Rußlands formulierten Vertrag rückgängig zu machen. Andererseits hätten auch die leitenden Staatsmänner in Petersburg erklärt, daß der Vertrag selbstverständlich keine Gültigkeit gegen Frankreich haben könne, und somit sei denn dieses für die staatsmännische Weisheit des Kaisers nicht gerade rühmliche Prunkstück von Dokument endgültig unter den Tisch gefallen. Es sei dies ein neuer Beweis dafür, daß der Kaiser die ganze gegenwärtige Weltlage überhaupt noch gar

nicht erfaßt habe und besonders, was Rußland beträfe, nach wie vor in Illusionen schwelge, welche für das Deutsche Reich die gefährlichsten Folgen haben könnten. Andererseits sei es aber auch unerhört, daß man den Kaiser immer weiter über die wahren Tatbestände im Dunkeln lasse, statt ihm reinen Wein einzuschenken. So halte er z. B. die Marokkokrise längst für beendigt. Die direkt verbrecherischen Kriegstreibereien Holsteins seien dem Kaiser, welcher gar nicht an Krieg denke, überhaupt noch nicht zum Bewußtsein gekommen. Ebensowenig sei er auch über die zweifellos ehrlich gemeinten allgemeinen freundschaftlichen Anbahnungsversuche des Ministerpräsidenten Rouvier und dessen gesamten Kabinetts orientiert gewesen. Sicherlich sei das Kabinett Rouvier mehr in der Lage, ein Wiederaufleben des Chauvinismus in Frankreich zu verhindern, als der Zar von Rußland. Im übrigen sei es zum mindesten naiv, zu glauben, daß den russischen Staatsmännern etwas daran gelegen sei, den französischen Chauvinismus einzudämmen. Politisch wie wirtschaftlich sei es nur im Interesse Rußlands, wenn der Chauvinismus in Frankreich möglichst hohe Wogen schlüge. Wie könne Graf Witte denn sonst weitere Milliarden auf dem Anleihewege aus Frankreich herauszuziehen? Nicht zu verstehen sei auch die unglaubliche Torheit des Fürsten Radolin, welcher den Grafen Witte während dessen kürzlichen Aufenthaltes in Paris auf seiner Rückreise von den russisch-japanischen Friedensverhandlungen in Portsmouth gebeten habe, in der Marokkoangelegenheit zugunsten Deutschlands zu intervenieren. Damit habe sich Fürst Radolin gerade den richtigen Mann ausgesucht, d. h. den Bock zum Gärtner eingesetzt.

Seit dieser meiner Unterredung habe ich den Staatssekretär Freiherrn von Richthofen nie wiedergesehen. Er machte damals

schon einen sehr leidenden Eindruck und starb wenige Monate später (im Januar 1906). Sein Tod ging mir sehr nahe, denn er war in jeder Beziehung ein sehr liebenswürdiger und wohlwollender Vorgesetzter, und ich habe stets in den freundschaftlichsten Beziehungen zu ihm gestanden. Er war ein äußerst fleißiger und gewissenhafter Arbeiter, dabei aber nicht im geringsten mit irgendwelchem bureaukratischen Dünkel oder sonstigen, den Herren Bureaukraten anhaftenden Eigenschaften, wie Bockbeinigkeit, Voreingenommenheit und juristischem Phrasentum belastet. Er hatte in vieler Herren Länder gelebt, war durch und durch Weltmann und wußte genau, daß mit vorgefaßten Meinungen, speziell in internationalen Fragen, nichts zu erreichen ist. Auf politischem Gebiete besaß er einen stark ausgeprägten Wirklichkeitssinn wie eine schnelle Auffassungsgabe. Leider lag es in den politischen Verhältnissen der damaligen Zeit wie in den im Auswärtigen Amt herrschenden Zuständen, daß er mit seinen durchaus vernünftigen Ansichten in den meisten Fällen nicht durchdringen konnte. Überall stand Holstein im Wege, welcher infolge des großen Einflusses, welchen er auf den Reichskanzler auszuüben vermochte, über eine geradezu diktatorische Stellung in seiner Eigenschaft als Direktor der Politischen Abteilung im Amt verfügte. Daß Holstein, dessen Empfindlichkeit und argwöhnische Schrullenhaftigkeit mit den Jahren rapide zugenommen hatte, zur Zeit der Marokkokrise des Jahres 1905 geistig überhaupt nicht mehr zurechnungsfähig war, dürfte wohl keinem Zweifel unterliegen. Genügende Andeutungen über seinen unnormalen Geisteszustand befinden sich bereits zur Genüge in dem 1918 erschienenen Werk „Zur Vorgeschichte des Weltkrieges“ des Wirklichen geheimen Rats Otto Hammann. Unter anderem berichtet der Verfasser, daß er im April 1905 in heftige

Meinungsverschiedenheiten mit Holstein geraten sei, weil dieser darauf bestanden habe, daß in der offiziösen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ eine Kriegsdrohung gegen Frankreich bei der eben erst begonnenen Auseinandersetzung mit dem Sultan von Marokko aufgenommen würde. Doch sei ein diesbezüglicher Artikel schließlich auf Veranlassung des Reichskanzlers unterblieben.

Im Frühjahr 1906 faßte Fürst Bülow endlich den Entschluß, sich von Holstein endgültig zu trennen. Aber all die vielen für die Zukunft Deutschlands so verhängnisvollen Torheiten waren bereits geschehen. Es war zu spät!

Nachdem am 8. Juli 1905 zwischen Deutschland und Frankreich ein vorläufiges Protokoll über Marokko abgeschlossen worden war, ohne daß man sich aber dabei über die materiellen Hauptpunkte des Konferenzprogramms im voraus einigte, wie Rouvier es gewünscht hatte, trat am 16. Januar 1906 die vom Fürsten Bülow und Holstein so kategorisch geforderte internationale Marokkokonferenz in Algeciras zusammen.

Alles, was ich dem Fürsten Bülow am 5. Mai (1905) in Karlsruhe mündlich vorausgesagt und an Holstein am 28. Juni geschrieben hatte, traf auf dieser Konferenz ein. Leider hatte meine Nase gegenüber den in bureaukratischer Stubenatmosphäre der Wilhelmstraße künstlich zusammengesetzten Kalkulationen recht behalten.

Mit eine der größten Torheiten, welche man unter vielen anderen dort beging, war die, zu glauben, man könne dadurch etwas erreichen, daß man sich auf den Standpunkt stelle, nur mit dem Sultan von Marokko direkt zu verhandeln. Eine ähnliche lächerliche Torheit beging man in einer anderen Frage, nämlich der des Bagdadbahnprojektes. Man glaubte, durch

direkte Verhandlungen mit dem Scheich von Koweit als Endpunkt der Bagdadbahn einen Hafen am Persischen Golf erlangen zu können, ohne sich darum zu kümmern, daß dieser Scheich bereits längst durch Verträge an England gebunden war. Wohl konnte man mit England über den Scheich von Koweit verhandeln, dessen Land ungefähr so groß ist wie der Berliner Tiergarten, aber sicherlich nicht mit dem Scheich von Koweit über wichtige Lebensfragen des britischen Reiches. Ebenso konnte man mit Frankreich über Marokko verhandeln, aber nicht mit einem Schattenkönig, wie dem Sultan, über das französische Kolonialreich [1]).

Auf die Algeciraskonferenz selbst und alles, was damit zusammenhing, näher einzugehen, würde an dieser Stelle zu weit führen. Es möge nur nochmals betont werden, daß Deutschland ganz isoliert auf der Konferenz dastand. Selbst Österreich, welches Wilhelm II. bekanntlich später in einem seiner unglückseligen Telegramme als den einzigen „brillanten" Sekundanten Deutschlands in Algeciras bezeichnete, hatte dort eine ziemlich pflaumenweiche Rolle gespielt.

Auf dieser denkwürdigen Konferenz von Algeciras, welche Fürst Bülow später mit Erfolg als eines der größten Ruhmesblätter der deutschen Geschichte bei der urteilslosen öffentlichen Meinung in Deutschland durch sein offizielles Pressedezernat preisen ließ, schloß sich der Ring des gegen Deutschland seit Ablehnung der Bündnismöglichkeiten mit England und Japan im Jahre 1901 eingesetzten Koalitionsprozesses endgültig zusammen, und die Folge davon war der Weltkrieg. Auch hat kaum etwas mehr dazu

---

[1]) In obigem Sinne äußerte sich seinerzeit der damals zum Gesandten in Marokko ernannte Dr. Friedrich Rosen, der heute den Posten des Reichsministers des Äußeren bekleidet.

beigetragen, den Isolierungsprozeß Deutschlands zu beschleunigen, als das ostentative und törichte Nachjagen Wilhelms II. nach dem Phantom der angeblichen „traditionellen Freundschaft zwischen den Häusern Hohenzollern und Romanow.“ In der Tat äußerte sich diese so vielgepriesene traditionelle Freundschaft darin, daß Nikolaus II., beziehungsweise seine Ratgeber, durch systematisch durchdachte Indiskretionen über die fortgesetzten Avancen Wilhelms II. England zum Zweibund Rußland-Frankreich herüberzuziehen strebten. So dauerte es auch nicht lange, bis König Eduard von dem in der Hauptsache gegen das Britische Reich gerichteten Björkövertrag erfuhr. Im ersten Bande meiner „Lebenserinnerungen“ habe ich bereits erwähnt, daß König Eduard im intimen Kreise, nach Kenntnisnahme dieses denkwürdigen Vertrages, seinen Neffen Wilhelm II. als „the most brilliant failure in history“ bezeichnete, auf deutsch „als den glänzendsten Mißerfolg in der Weltgeschichte.“

VIII. Kapitel

Wer seit Bismarcks Entlassung, gewissermaßen auch seit dem Rücktritt des Grafen Caprivi, die Geschichte der Torheiten der deutschen Politik schreibt, der schreibt leider die Geschichte der deutschen Politik. All die Verkehrtheiten zu erörtern, welche von der deutschen Diplomatie in dem Zeitraum zwischen der Algeciraskonferenz und dem Ausbruch des Weltkrieges begangen worden sind, würde mindestens noch einen Band füllen. Ich nehme daher vorläufig Abstand davon und beschränke mich darauf, eine Unterredung, die ich im Jahre 1911 mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten Theodore Roosevelt gehabt, sowie eine Unterhaltung mit dem deutschen Kronprinzen wie auch dem Chef des großen Generalstabes General Graf Moltke kurz vor Ausbruch des Weltkrieges wiederzugeben. So manches darin Enthaltene dürfte heute von aktuellem Interesse sein.

Den Präsidenten Theodore Roosevelt hatte ich bereits im Jahre 1889 kennengelernt, als ich der Gesandtschaft in Washington (zur Botschaft wurde die deutsche Mission in Amerika erst in der ersten Hälfte der 90 er Jahre erhoben) attachiert wurde. In politischer Beziehung war Theodore Roosevelt damals noch weniger hervorgetreten, dagegen war er als passionierter „big game shot", d. h. als Jäger amerikanischen Hochwilds wie Bären, Büffel, Wapitis usw. allgemein bekannt. Er kam damals von

Neuyork öfters nach Washington, und zum erstenmal traf ich ihn im dortigen Metropolitan Club. In der Folgezeit war ich auch viel in Neuyorker Klubs mit ihm zusammen, und ich hatte so manche interessante Unterhaltungen mit ihm. Wenn er eine gewisse Zuneigung zu mir faßte, so dürfte meinem Gefühl nach der Hauptgrund dafür darin gelegen haben, daß ich einen geduldigen Zuhörer seiner vielleicht oft gar zu langen Jagdgeschichten aus dem wilden Westen abgab. Als ich im Sommer 1893 von Berlin aus zur Weltausstellung in Chicago nach Amerika fuhr, besuchte ich ihn in Neuyork und verbrachte auch in Buffalo einige Tage mit ihm zusammen. Dann habe ich ihn aber nicht wiedergesehen bis zum Jahre 1911, denn in der ganzen von 1901 bis 1909 reichenden Zeit seiner Präsidentschaft war ich nicht in Amerika gewesen.

Nach Ablauf seiner letzten Präsidentschaftsperiode im Jahre 1909 unternahm Theodore Roosevelt eine längere Jagdreise nach Afrika. Daran anschließend besuchte er im Jahre 1910 die meisten europäischen Staaten. Im Mai desselben Jahres verbrachte er unter anderem auch einige Tage in Berlin und Potsdam als Gast des Kaisers.

Nachdem er nach Neuyork zurückgekehrt war, befaßte er sich mit der Herausgabe der Zeitschrift „The Outloock", und auf der Redaktion dieses Blattes war es, wo ich ihn im Jahre 1911 aufsuchte. Kaum hatten wir uns begrüßt, als er sofort auf seinen vorjährigen Aufenthalt in Berlin und Potsdam zu sprechen kam. „Your Emperor is a fine fellow, I like him, he has given me a jolly good time in Berlin and Potsdam"[1]), sagte Theodore Roosevelt. Bei diesem Ausspruch des Herrn Expräsiden-

---

[1]) Ihr Kaiser ist ein feiner Kerl, ich habe ihn gern, er hat mir in Berlin und Potsdam manch guten Tag bereitet.

ten konnte ich nicht umhin, an eine, vielleicht etwas boshafte, aber äußerst witzige Bemerkung des seinerzeit sehr bekannten amerikanischen Staatsmannes, des Senators Chauncey Depew, zu denken. Als im Jahre 1902 ein langer Depeschenwechsel zwischen dem Kaiser und dem Präsidenten Roosevelt aus Anlaß der Taufe der in Amerika erbauten kaiserlichen Rennjacht „Meteor“ erfolgte, befand ich mich mit Chauncey Depew zusammen auf einem englischen Landsitz zu Besuch. Während der Abendtafel machte der amerikanische Senator in intimem Kreise folgende Bemerkung: „The Emperor and Theodore Roosevelt are in many respects very much alike. If either of them goes to a Christening he wants to be the nouveau né, if he goes to a wedding he wants to be the bride, and if he attends a funeral he wants to be the corpse“ [1]).

Während unserer mehr als einstündigen Unterhaltung erzählte mir Theodore Roosevelt einige sehr interessante Beobachtungen, die er in den verschiedenen Kolonien Ostafrikas gemacht hatte, kam dann auf den Russisch-Japanischen Frieden von Portsmouth zu sprechen, welcher bekanntlich 1905 unter seiner Ägide zustande gekommen war, und ließ sich schließlich eingehend über die Marokkokrise vom Jahre 1905, sowie die damals daraus entstandene Algeciraskonferenz aus. Was die Konferenz selbst betraf, so äußerte er sich dahin, daß sie in einer großen diplomatischen Schlappe für Deutschland geendet habe. Das hätte man aber in Berlin voraussehen müssen, und es sei ihm unverständlich, wie die deutsche Regierung den Fehler hätte begehen können, auf dem Zusammentritt einer solchen Konferenz zu bestehen.

---

[1]) Der Kaiser und Theodore Roosevelt ähneln sich in vieler Beziehung. Wenn einer von ihnen zu einer Taufe geht, will er der Täufling sein, wenn er zu einer Hochzeit geht, die Braut, und wenn er einer Beerdigung beiwohnt, möchte er den Leichnam vorstellen.

Durch den Ausgang der Algeciraskonferenz habe das deutsche Prestige in allen Ländern des Erdballs gewaltig gelitten.

Über die Kriegsgefahr aus Anlaß der Marokkokrise im Frühjahr und Sommer 1905 äußerte sich der Expräsident wörtlich folgendermaßen: „Supposing the German armies had overrun France, we in Amerika would not have kept quiet. I certainly would have found myself compelled to interfere“[1]. Auf meine Frage, wie diese Auffassung mit der Monroedoktrin in Einklang zu bringen sei, welche meines Wissens doch unter anderem auch das Prinzip der Nichteinmischung Amerikas in europäische Angelegenheiten in sich schlösse, erwiderte Theodore Roosevelt: „As long as England succeeds in keeping up the ‚balance of power' in Europe, not only on principle, but in reality, well and good; should she however for some reason or other fail in doing so, the United States would be obliged to step in at least temporally, in order to reestablish the balance of power in Europe, never mind against which country or group of countries our efforts may have to be directed. In fact we ourselves are becoming, owing to our strength and geographical situation, more and more the balance of power of the whole globe“[1].

Bereits während der Marokkokrise im Frühjahr 1905 hatten sich einige bekannte amerikanische Politiker, welche zur Zeit

---

[1] Angenommen den Fall, die deutschen Armeen hätten Frankreich überrannt, so würde Amerika nicht stillgesessen haben. Ich jedenfalls würde mich gezwungen gesehen haben, zu intervenieren.

[2] So lange es England gelingt, das Gleichgewicht in Europa aufrecht zu erhalten, nicht nur im Prinzip, sondern in Wirklichkeit, dann gut; sollte ihm dies aber aus dem einen oder anderen Grunde nicht gelingen, so würden die Vereinigten Staaten gezwungen sein einzuspringen, wenn auch nur vorübergehend, um das Gleichgewicht in Europa wiederherzustellen, gleichviel, gegen welches Land oder Ländergruppe ihre Schritte sich zu richten hätten. Tatsächlich wachsen wir uns infolge unserer Stärke sowie geographischen Lage mehr und mehr zum maßgebenden Faktor des Gleichgewichts auf dem ganzen Globus aus.

in London weilten, sowohl mir als auch vielen anderen Leuten gegenüber in ähnlichem Sinne ausgesprochen.

Ich selbst stehe auf dem Boden der durch die Wucht der Ereignisse geschaffenen neuen Regierungsform im Deutschen Reich. Ich bekenne mich offen zur Republik.

Jeder gewaltsame Versuch, die nun einmal bestehende neue Regierungsform zu Fall zu bringen, würde, gleichviel von welcher Seite er auch kommen mag, nicht nur eine grenzenlose Dummheit, sondern vor allem ein Verbrechen an dem an und für sich schon so schwer geprüften deutschen Volke bedeuten.

Ich schicke dieses voraus, um etwaigen Mißverständnissen vorzubeugen, wenn ich auf den früheren deutschen Kronprinzen zu sprechen komme. Lediglich vom Standpunkt menschlicher Gerechtigkeit und im Interesse geschichtlicher Wahrheit kann ich nicht umhin, den vielen falschen Vorstellungen und Legenden, welche sich über die Person des Kronprinzen gebildet haben, entgegenzutreten. Fast allgemein ist die Ansicht verbreitet, der Kronprinz sei im Jahre 1914 einer der schlimmsten Kriegshetzer gewesen. Mit aller Bestimmtheit kann ich versichern, daß diese Annahme durchaus irrig ist. Im Gegenteil, nur wenige haben die damalige Weltlage in politischer wie militärischer Beziehung richtiger erkannt und klarer in die Zukunft gesehen, als der Kronprinz. Hätte er damals überhaupt etwas zu sagen gehabt, und hätten gewisse Persönlichkeiten in verantwortlichen Stellungen auf ihn gehört, so wäre der Ausbruch des Krieges vielleicht ganz vermieden worden, zum mindesten aber wäre man nicht in so grenzenlos ungeschickter und törichter Weise in den Weltkrieg hineingetapert, wie dies unter der Ägide des Herrn

von Bethmann, des Staatssekretärs Gottlieb von Jagow und vieler anderen ähnlichen politischen „non-valeurs“ geschehen ist.

Daß der Kronprinz, in jugendlicher Unerfahrenheit, in Wort und Schrift oft nicht genügende Zurückhaltung gezeigt und es auch manchmal, uneingedenk seiner exponierten Stellung, an „esprit de conduite“ hat fehlen lassen, läßt sich nicht bestreiten. Als im August 1914 der Krieg ausbrach, war er aber zum Manne gereift und verfügte über ein durchaus gesundes politisches Urteil, unterstützt durch ein stets richtiges politisches Ahnungsgefühl.

Im Mai 1914 wohnte der Kronprinz einer unter persönlicher Leitung des Generalstabchefs Grafen Moltke stattfindenden Generalstabsreise in den Vogesen bei und verbrachte die Pfingstfeiertage, welche mitten in diese Reise fielen, nebst sämtlichen beteiligten Generalstabsoffizieren in Baden-Baden. Zufällig befand ich mich um diese Zeit auch gerade in Baden-Baden und hatte am Pfingstsonntage, den 31. Mai, in Messmers Hotel, wo der Kronprinz abgestiegen war, eine längere Unterredung mit ihm. Mehrere Jahre waren seit diesem Zeitpunkt verstrichen, ohne daß ich dem Kronprinzen wieder begegnet war. Abgesehen von flüchtigen Begegnungen auf Berliner Hoffesten hatte ich ihn eigentlich erst kennengelernt, als er im Januar 1901 zu den Trauerfeierlichkeiten für die verschiedene Königin Viktoria nach England kam. Er war damals erst 18 Jahre alt und ein noch ganz unbeschriebenes Blatt. König Eduard, welcher stets eine große Zuneigung für seinen Großneffen besessen hat, investierte ihn um diese Zeit in Schloß Osborne auf der Insel Wight mit dem Hosenbandorden und hielt aus diesem Anlaß eine in äußerst herzlichen Worten gefaßte Rede. Im Spätsommer desselben Jahres (1901) kam der Kronprinz, beglei-

tet vom damaligen Oberst von Pritzelwitz, zum zweitenmal nach England, um dort umherzureisen und Land und Leute kennenzulernen. Bei dieser Gelegenheit traf ich sowohl in London als auch auf verschiedenen englischen Landsitzen, wo er als Gast eingeladen war, wiederholt mit ihm zusammen. Für politische Fragen zeigte er damals infolge seines jugendlichen Alters natürlich noch wenig Interesse.

Während unserer Unterredung am 31. Mai 1914 in Baden-Baden kam der Kronprinz sofort auf die politische Weltlage zu sprechen, welche ihn, wie er sich ausdrückte, in hohem Maße beunruhige und präokkupiere. Daß die Russen fortgesetzt gewaltige Truppenmassen an die deutsche wie österreichische Grenze beförderten, unterliege keinem Zweifel mehr. Ob dies nur eine Probemobilmachung bedeute, oder ob tatsächlich ernste Kriegsabsichten zur Zeit in Petersburg beständen, darüber gingen die Ansichten in Berlin stark auseinander. Es sei für ihn, den Kronprinzen, sehr schwer, sich ein richtiges Bild über die Lage zu machen, denn die in der Wilhelmstraße bestehenden Meinungen ständen in keiner Weise im Einklang mit der Auffassung des Großen Generalstabes. Mit dem Reichskanzler über die Lage zu diskutieren sei fast unmöglich, denn Herr von Bethmann sei nach wie vor politisch vollständig ahnungslos, wisse überhaupt nicht, um was es sich handle und ließe sich von den Ereignissen treiben, ohne zu einem Entschluß nach irgendeiner Richtung hin gelangen zu können. Ihm, dem Kronprinzen, schiene es äußerst gewagt, die Dinge unter den obwaltenden Umständen so weiter laufen zu lassen; es müsse unbedingt etwas geschehen, um die zweifellos in kriegerischer Richtung sich bewegende allgemeine Tendenz in Europa durch geschicktes Eingreifen unserer Diplomatie einzudämmen. Die gegenwärtige politische Konstellation

gestatte es Deutschland gar nicht, sich überhaupt auf einen Krieg einzulassen, denn tatsächlich seien wir vollständig isoliert und würden im Kriegsfalle mit Österreich ganz allein dastehen. So recht zum Bewußtsein sei ihm die Tatsache der Isolierung Deutschlands zum erstenmal anläßlich eines offiziellen Besuches beim rumänischen Königshofe in Bukarest gekommen. In den wenigen Tagen, welche er dort als Gast des Hofes geweilt, habe er instinktiv sofort herausgefühlt, daß ein radikaler Wechsel zuungunsten Deutschlands und Österreichs sowohl bei Hofe als auch in Regierungskreisen stattgefunden habe, und die auswärtige Politik Rumäniens sich völlig im russischen Fahrwasser bewege. Er sei daher fest davon überzeugt, daß Rumänien im Kriegsfalle zum mindesten seine Bündnisverpflichtungen ignorieren, wenn nicht sogar direkt auf seiten Rußlands kämpfen würde. Seine in Bukarest gemachten Beobachtungen habe er, der Kronprinz, seinerzeit dem Staatssekretär von Kiderlen-Wächter mitgeteilt. Dieser aber habe seine dicke Nase gerümpft und erklärt, daß er, Kiderlen, während seines jahrelangen Aufenthaltes als Gesandter in Bukarest die Überzeugung gewonnen habe, daß ein Abschwenken Rumäniens vom Dreibund zur russischen Seite ein für allemal ausgeschlossen sei!

Im weiteren Verlaufe der Unterredung erzählte mir der Kronprinz, daß er erst ganz kürzlich eine Aussprache mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Gottlieb von Jagow, gehabt. Dieser habe ihm einen langen theoretischen Vortrag über die Weltlage und die Stellung Deutschlands unter den Mächten gehalten. Bei dieser Gelegenheit habe Herr von Jagow aber so viel ungereimtes Zeug durcheinander geredet, daß ihm, dem Kronprinzen, immer noch der Kopf davon schwirre. Das einzige Positive, was er aus dieser Unterredung entnehmen zu können glaubte,

sei die Tatsache, daß Herr von Jagow die Weltlage als äußerst friedlich ansehe und kaum eine trübe Wolke am Horizont der internationalen Politik erblicke. „Das dürfte wohl ein kleines Mißverständnis sein", erwiderte ich dem Kronprinzen und erzählte ihm, daß diesem staatsmännischen Phänomen Gottlieb von Jagow bereits auf der Schule in Ihlefeld von seinen Mitschülern der Spitzname „das kleine Mißverständnis" beigelegt worden sei.

Daß an der Schwelle des Weltkrieges neben dem hilf- und ahnungslosen Reichskanzler Herrn von Bethmann Hollweg die Zukunft des deutschen Volkes ausgerechnet in den Händen dieses „kleinen Mißverständnisses" liegen mußte, einer Persönlichkeit, welche in demselben Maße dünkelhaft wie unfähig war, und obendrein eine Dosis von Boshaftigkeit besaß, die normalerweise für eine ganze Wagenladung von Affen hingereicht hätte, ist in der Tat eine seltene Tragik des Geschickes.

Nachdem der Kronprinz bemerkt hatte, daß er die Entsendung einer deutschen Militärmission nach Konstantinopel unter der Führung des Generals Liman von Sanders für einen großen Fehlgriff hielte, da man die Russen dadurch nur ganz unnütz herausfordere, ohne auch nur die geringsten Vorteile für sich selbst zu erlangen, kam er auf Italien zu sprechen und fragte mich nach meiner Ansicht über die mutmaßliche Haltung Italiens im Kriegsfalle. Ich setzte ihm darauf die Gründe auseinander, warum wir keinesfalls auf eine Unterstützung Italiens rechnen könnten, und er stimmte meinen Ausführungen vollständig bei. Auf die Frage, wie England sich im Kriegsfalle verhalten würde, erwiderte ich dem Kronprinzen, daß es meiner Ansicht nach zunächst eine abwartende Stellung einnehmen würde, denn das englische Volk sei im gegenwärtigen Zeitpunkt jedem abenteuerlichen kriegerischen Unternehmen abgeneigt und sehne sich,

wenn irgend möglich, nach Ruhe. Sollten wir jedoch im Kriegsfalle die Neutralität Belgiens brechen und einen Durchmarsch durch belgisches Gebiet zu erzwingen suchen, so würde keine Regierung in England in der Lage sein, sich passiv zu verhalten. Mit aller Bestimmtheit müßten wir dann auf eine sofortige Kriegserklärung seitens Englands gefaßt sein. „Na, dann ist die ganze Sache ja schon von vornherein oberfaul," bemerkte darauf der Kronprinz; „was Sie sagen, bestärkt mich nur noch mehr in meiner Überzeugung, daß wir in der gegenwärtigen Weltkonstellation überhaupt nicht in der Lage sind, uns mit irgendwelcher Aussicht auf einen Enderfolg in kriegerische Verwicklungen einzulassen. Ich verstehe überhaupt nicht, wie es Leute geben kann, die sich nach einem Kriege sehnen, denn wir haben nichts dabei zu gewinnen, sondern nur alles zu verlieren. Unsere Diplomatie müßte daher kein Mittel unbenutzt lassen, um uns aus dieser gefährlichen Zwickmühle ohne Krieg herauszubringen; ich fürchte nur, sie ist zu dumm und ungeschickt dazu."

Nachdem ich dem Kronprinzen von den fortgesetzten und neuerdings mit Hochdruck betriebenen, auf den Krieg hinzielenden Machenschaften des russischen Botschafters Herrn Iswolski erzählt hatte, welche mir während meines kürzlichen Aufenthaltes in Paris von einwandfreier Seite, darunter auch von Gesandten kleinerer neutraler Staaten, zu Ohren gekommen waren, erwähnte ich die verschiedenen sicheren Bündnismöglichkeiten mit England, welche unsere Diplomaten in so törichter Weise ungenützt hatten vorübergehen lassen; ebenso auch die Torheiten unserer Marokkoaktion vom Jahre 1905 wie 1911 und besonders die im Mai und Juni 1905 sich uns bietende und ebenfalls verpaßte Gelegenheit, mit dem Kabinett Rouvier zu einer Verständigung mit Frankreich auf der ganzen Linie zu gelangen.

Dem Kronprinzen waren diese Tatbestände natürlich vollkommen unbekannt, denn es lag auf der Hand, daß weder Herr von Bethmann, noch das „kleine Mißverständnis“ ihn davon in Kenntnis gesetzt haben würden, selbst wenn sie die unendliche Tragweite dieser verpaßten Gelegenheiten je erfaßt hätten.

Der Kronprinz war, als ich ihm diese Tatsachen erzählte, anfangs derart überrascht, daß er sie kaum glauben wollte. Nachdem ich ihn aber von ihrer Echtheit überzeugt hatte, sagte er, daß ihm jetzt erst klar werde, wie Deutschland in diese gefährliche Isolierung hätte hineingeraten können. Vor allem verstände er nicht, wie man in Berlin die verschiedenen Bündnismöglichkeiten mit England hätte abweisen können. Es läge doch auf der Hand, daß ein Bündnis mit England die einzige Gewähr dafür biete, den Weltfrieden dauernd zu erhalten. Dann kam der Kronprinz auf die Berliner Mission Lord Haldanes vom April 1912 zu sprechen und äußerte sich in scharfen Worten über die Herren von Bethmann und Kiderlen-Wächter, welche diesen zweifellos durchaus ehrlich gemeinten letzten Versuch Englands, zu einem modus vivendi mit Deutschland zu gelangen, in der ungeschicktesten Weise verpatzt hätten.

Als das Gespräch auf Österreich kam, äußerte sich der Kronprinz wie folgt: „Ich verstehe gar nicht, warum wir uns seit einiger Zeit in Fragen der äußeren Politik vollständig ins Schlepptau von Österreich nehmen lassen. Der Schwerpunkt unserer Politik scheint überhaupt nicht mehr in Berlin, sondern in Wien zu liegen. Dem Erzherzog Franz Ferdinand habe ich nie getraut und traue ihm heute weniger denn je. Ich halte ihn für einen ganz unsicheren Kantonisten und fürchte, er wird uns Deutsche mit seinen gefährlichen, ehrgeizigen Plänen eines Tages nicht zu knapp hineinreiten.“

Diese meine Unterredung mit dem Kronprinzen fand, wie gesagt, am 31. Mai 1914, also genau vier Wochen vor der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand in Serajewo statt, welche das unheilschwangere Ultimatum an Serbien, den Weltkrieg und die allgemeine große Katastrophe zur Folge hatte.

Meines Wissens hat der Kronprinz sich dem Reichskanzler gegenüber um die Zeit des Ultimatums in dem nämlichen oben erwähnten Sinne geäußert und Herrn von Bethmann Hollweg eindringlich davor gewarnt, selbst irgend etwas zu unternehmen oder etwaige Schritte Österreichs zu unterstützen, welche zu kriegerischen Verwicklungen führen könnten, da die Isolierung Deutschlands und die gegenwärtige allgemeine Weltkonstellation es nicht gestatteten, daß man sich überhaupt auf einen Krieg einlasse.

Bei der Intelligenz des Kronprinzen ist es kaum anzunehmen, daß er sich Illusionen hingibt und seine Hand dazu bieten würde, die nun einmal eingeführte neue Regierungsform im Deutschen Reiche zu Falle zu bringen, um das deutsche Volk dadurch in noch größeres Unglück als das bereits erlittene zu stürzen. Staatsgefährlich ist im großen und ganzen nur die von Illusion zu Illusion taumelnde Dummheit, selten dagegen die Intelligenz, welche die Dinge so sieht, wie sie wirklich sind, und die richtigen Folgerungen daraus zieht.

Von hoher Tragik ist und bleibt jedenfalls das unverdiente Geschick des früheren Kronprinzen, welcher dazu verdammt ist, fern von der Heimat auf einer öden Insel sein Leben einsam und nutzlos zu verbringen, und welchem es nicht einmal vergönnt ist, seinem Lieblingssport, der Pferdezucht, nachzugehen und seine eigene Scholle zu bebauen.

Am Pfingstmontag, den 1. Juni 1914, am Tage nach meiner Aussprache mit dem Kronprinzen, hatte ich eine längere Unterredung mit dem Generalstabchef Generaloberst von Moltke, welcher ebenso wie der Kronprinz während der Pfingstfeiertage in Messmers Hotel in Baden-Baden wohnte. Ich hatte ihn bereits Anfang der 80er Jahre gekannt, als er noch junger Hauptmann in Potsdam war. Im April 1901 kam er auf einige Tage nach London, um König Eduard im Auftrage des Kaisers einige neue in der deutschen Armee einzuführende Uniformen und Montierungsstücke zu zeigen. In meiner Eigenschaft als deutscher Geschäftsträger hatte ich ihn damals offiziell beim König eingeführt, welcher mich, wie ich im II. Bande meiner Erinnerungen erwähnt habe, unter anderem beauftragte, dem Kaiser zu melden, daß General von Moltke einen ganz besonders günstigen Eindruck auf ihn gemacht habe. Seit dieser Zeit war ich nur noch einige Male ganz flüchtig auf Berliner Hoffesten mit ihm zusammengetroffen.

Der General, dem ich meine Beobachtungen erzählte, welche ich während meines kürzlichen Aufenthaltes in Paris gemacht hatte, insbesondere die mit Hochdruck dort betriebenen kriegerischen Machenschaften des russischen Botschafters Herrn Iswolski, hörte meinen Darlegungen mit großer Aufmerksamkeit zu. Nachdem ich meinen Vortrag beendet hatte, äußerte er sich wörtlich folgendermaßen: „Was Sie mir mitgeteilt haben, interessiert mich ungemein. Wenn's doch endlich überbrodeln wollte — wir sind bereit, je eher, desto besser für uns.“ Ich erwiderte dem General darauf, daß ich mir gar nicht vorstellen könne, wie wir uns zur Zeit überhaupt auf einen Krieg einlassen könnten, denn wir und Österreich ständen doch politisch vollständig isoliert da und würden im Kriegsfalle fast die ganze Welt gegen

uns haben. Auch glaubte ich kaum, auf Grund von Gesprächen, die ich kürzlich mit maßgebenden Vertretern von Handel und Industrie gehabt, daß wir wirtschaftlich bereit seien. Ob wir militärisch bereit sind, könne er als Generalstabchef natürlich nur allein beurteilen. Meine persönliche Ansicht ginge dahin, daß wir alles vermeiden müßten, wodurch wir auch nur irgendwie in kriegerische Abenteuer verwickelt werden könnten. Vor allem müßten wir versuchen, aus der gefährlichen Isolierung, in die wir durch unsere eigene Schuld geraten seien, durch geschickte diplomatische Maßnahmen wieder herauszukommen. Genau derselben Ansicht sei ja auch der Kronprinz, der am gestrigen Tage sich mir gegenüber in diesem Sinne geäußert habe.

Der General schien äußerst erstaunt über meine Darlegungen und fragte mich, worauf meine pessimistische Auffassung über die politische Isolierung Deutschlands basiere. Darauf hielt ich ihm einen langen Vortrag über die Entwicklung, welche die Weltlage seit dem Jahre 1901 zuungunsten Deutschlands genommen habe. Fast alles, was ich ihm mitteilte, schien ihm vollkommen unbekannt zu sein, und er schüttelte wiederholt ungläubig den Kopf. Als ich auf Italien zu sprechen kam und ihm auseinandersetzte, warum wir im Kriegsfalle auf seine Hilfe nicht rechnen könnten, machte er mit unwilligem Gesichtsausdruck eine Handbewegung, welche etwa besagen sollte: „Das verstehen Sie nicht, das weiß ich besser als Sie“ [1]). Als ich die Behauptung aufstellte, daß England, für den Fall, daß wir unter

[1]) Wahrscheinlich glaubte General von Moltke Italien in der Tasche zu haben, weil am 10. März 1914 eine neue geheime Militärkonvention abgeschlossen worden war, wonach Italien sich verpflichtete, drei Armeekorps und zwei Kavalleriedivisionen an den linken Flügel der deutschen Armeen stoßen zu lassen. An die politischen Voraussetzungen, auf welchen das italienische Bündnis, wie der Dreibund überhaupt, beruhte, dachte er aber augenscheinlich gar nicht.

Neutralitätsbruch einen Durchmarsch durch Belgien erzwingen sollten, uns sofort den Krieg erklären und Frankreich nicht nur zu Wasser, sondern auch zu Lande unterstützen würde, hüllte er sich zunächst in tiefes Schweigen, machte aber bald darauf folgende kurze Bemerkung: „Auch in bezug auf England irren Sie sich; was es im Kriegsfalle tun wird, können wir im übrigen ruhig abwarten.“ Als das Gespräch auf Rußland kam, wurde General von Moltke im Vergleich zu seiner sonstigen ruhigen Art ziemlich erregt und sagte: „Die größte Sorge macht mir zur Zeit Rußland; wir müssen sehr aufpassen, daß uns von dieser Wetterecke her keine plötzlichen Überraschungen beschert werden.“ Auf meine Bemerkung, daß unsere hochweise Diplomatie bis jetzt doch stets ihr einziges Seelenheil in der so vielgerühmten „traditionellen“ Freundschaft mit Rußland erblickt habe, machte der General abermals eine abwehrende Bewegung, welche etwa besagen sollte: „Ich ziehe es vor, mich auf eine Diskussion hierüber nicht einzulassen.“

Daß diese Unterredung mit dem Generalstabchef mich in meiner Sorge über die Zukunft meines Vaterlandes beruhigt oder auch nur im geringsten befriedigt hätte, konnte ich nicht gerade behaupten. Sicherlich war General von Moltke ein Mann von vornehmer Gesinnung und stets bedacht, aufs äußerste seine Pflicht zu tun. Leider konnte ich aber nicht umhin, am Abend nach dieser Unterhaltung (am 1. Juni 1914) in meinem Tagebuch zu notieren: „Gehört zur Kategorie korrekt und beschränkt.“

Im übrigen gewann ich aus meiner Aussprache mit dem Generalstabchef die Überzeugung, daß zwischen der verantwortlichen politischen Leitung im Deutschen Reich und der militärischen an der Schwelle des Weltkrieges fast kein innerer

Zusammenhang bestand. Von Blindheit geschlagen, taperten alle beide, die politische wie die militärische Führung, unabhängig voneinander, jede in ihrer Art, ziel- und gedankenlos in die große Katastrophe hinein.

Dokumente.

1904

1) Brief des Freiherrn von Eckardstein an Baron Alfred Rothschild:

W. 13 Grosvenor Square
9 th Jan. 1904

My dear Alfred,

Last night the Japanese Minister sent for me, as he had some important things to tell me. He told me, that according to a message he had received from his Government, the Russian reply was as unsatisfactory to Japan as it possibly could be. The Cabinet in Tokio had therefore to consider which steps to take next. They knew of course that nothing was left to them but to go to war. They would not like however, to have before the European public the odium of being the Agressors, and therefore might give Russia another s h o r t chance to reconsider their attitude and give a direct answer „Yes or No". He did not think of course for a moment that Russia would yield.

Continuing the Minister said, that the Russian Minister in Tokio Baron Rosen had insinuated to the Japanese Foreign Minister in delivering the Russian reply, that the sympathies of the whole of Europe would be in the case of war, on the

side of Russia; that Germany and France would very likely give *actual* support to Russia and that even England was now trying to make up to Russia and had evidently the intention of leaving their Allies in the cold. Viscount Hayashi said, he had just had a long interview with Lord Lansdowne, from whom he had received the most categorical assurance, that the Russian insinuations, as far as England were concerned, were nothing else but deliberate lies. The British Cabinet was determined to stick to their treaty Obligations to Japan and would refuse to join in a *demarche* of the continental Powers to stop Japan going to war. Lord Lansdowne was also convinced that France would never give any actual Support to Russia in case of Hostilities breaking out.

With regard to Germany Viscount Hayashi asked me, if I thought that there was any possibility of truth in the Russian insinuations which had not only been made by Baron Rosen in Tokio, but also by Count Lamsdorf to the Japanese Minister in Petersburg. I told Viscount Hayashi that he could take it from me, that the Russian insinuations with regard to Germany were nothing else but a bloody lie. The Minister asked me to telegraph to Berlin at once, and tell the German Government what had happened. He also wished me to ask Count Bulow to instruct if possible the German Minister in Tokio, to make at once to the Japanese Cabinet, an official statement to the effect, that Germany did not take any direct interest in the Manchurian and Korean questions, and would in case of war observe strict neutrality.

I have communicated the said message to Berlin, but have not had a reply yet. I hear on the very best authority that Russia has got at present coals in the Far East sufficient

only for about four or five weeks, but that enormous quantities are on the way.

Believe me
yours very sincerely
Eckardstein

2) Brief an Baron Alfred Rothschild:

January 12th 1904
Marlborough Club,
Pall Mall. S. W.

Strictly confidential.

My dear Alfred,

The Japanese Minister told me this morning, that after the official declarations of Germany and the United States that they would observe strict neutrality and the latter even a very benevolent neutrality, the Japanese Government were pushing on their war preparations as quick as possible and that within the next two weeks very likely over 100 thousand troops would have been landed in Korea. The Japanese Government would try however to avoid the outbreak of hostilities til the two new cruisers, which were bought in Italy, had reached the Indian Ocean. On the 13th crt. they were expected to arrive at Suez, where they would take in coal. Once arrived at the Red Sea and especialy the Ocean, the Russian ships would never be able to catch them, as they were very much faster than the Russian ones. The Minister

told me also, that the Japanese had given strong advice to the Chinese Government, to remain absolutely neutral, as otherwise Russia would be entitled to use Chinese ports and take coal there.

Believe me dear Alfred

yours very sincerely

Eckardstein

3) Note des Grafen Hayashi an Freiherrn von Eckardstein (japanische Note an Rußland betreffend):

January 15th 1904

Reply courteous but firm no limit of time but shows decision to take active steps in case demands not complied or answer delayed. Hayashi

4) Note des Grafen Hayashi an Freiherrn von Eckardstein:

January 16 th 1904

Can you not work through continental press to say that the French are trying hard to preserve peace without regard to the honour or interest of the conflicting parties, because her people are the largest Russian bondholders and afraid of their depreciation.

That whatever language the French hold, they will withdraw from the struggle and keep neutrality when war breaks out? Hayashi

Baron E.

5) Brief des Grafen Hayashi an Freiherrn von Eckardstein (mit der Mitteilung, daß er ihn am nächsten Tage um 12 Uhr erwarte, um ihn zu einer Unterredung mit Baron Alfred Rothschild abzuholen):

4, Grosvenor Gardens
London, S. W.
19th Jan. 1904

My dear Baron,

To-morrow 12 o'clock suits me very well, as you kindly offer to take me to the house of Baron Rothschild. I will expect you at this legation.

I am as yet without news.

Yours sincerely

Tadasu Hayashi

6) Brief des Grafen Hayashi an Freiherrn von Eckardstein:

4, Grosvenor Gardens
London, S. W.
25th Jan. 1904

Dear Baron E.

I have no news as yet this morning to inform you.

You may rely upon me that I shall not fail to give you information when I have any.

Yours sincerely

Tadasu Hayashi

7) Auszug aus einem Brief von Mr. Armand Lévy, dem Freunde des Ministerpräsidenten Rouvier, an Freiherrn von Eckardstein (betrifft eine Erklärung Mr. Delcassés im Ministerrat über seine Bemühungen zur Verhinderung des Ausbruchs eines russisch-japanischen Krieges):

30 Janvier 1904

Maintenant que je vous ai parlé de moi je puis vous dire la déclaration que Delcassé a faite aujourd'hui au Conseil des Ministres. Elle est rigoureusement exacte —

Comme Delcassé disait au Conseil qu'il avait toujours confiance dans la paix, un de ses collègues l'a prié de préciser et de raconter sur quoi il basait une opinion aussi optimiste. — Voici sa déclaration textuelle: La note russe contient des concessions telles et il y a une telle difference entre cette note et la dernière qui a été adressé au Japon, qu'il faudrait que le Japon soit fou pour ne pas accepter ces conditions.

Cependant, a-t-il ajouté, je ne peux pas répondre que le Japon ne soit pas fou. Mais dans le cas où le Japon n'accepterait pas la réponse de la Russie — je suis d'accord avec l'ambassadeur d'Angleterre pour demander au Gouvernement Anglais de peser sur le Japon comme nous avons pesé sur la Russie — Et si le Japon ne voulait pas écouter l'Angleterre, cela ne serait pas encore la guerre — car je sais que toutes les puissances interviendraient pour tâcher de faire entendre raison au Japon.

Je suis toujours, plus que jamais, optimiste au point de vue Russie-Japon. Ne croyez pas que Delcassé soit un imbécile et qu'il n'entende que la cloche russe.

Il passe des heures avec le Ministre du Japon et l'Ambassadeur Anglais.

Vous pouvez être sûr qu' à l'heure actuelle l'Amerique, l'Angleterre et la France sont complètement d'accord pour arrêter la guerre.

Armand Lévy

8) Brief des Herrn W. Betzold an Freiherrn von Eckardstein:

11, Rue de la Paix,
Paris, le 9 Février 1904

Mon Cher Baron,

Je vous demande pardon de vous dicter cette lettre en français, mais il m'est impossible de vous écrire moi-même, souffrant de douleurs rhumatismales dans le bras.

Je vous confirme ma dépêche par laquelle je vous ai communiqué la nouvelle du combat naval que vous avez probablement connue aussi à Londres.

On est ici très surpris de la rapidité des mouvements Japonais qui rappelle bien nos tactiques de 1866; nous n'avons pas déclaré non plus la guerre officiellement et nous sommes entrés dans le Hanovre, Hesse et autres sans formalités, sinon qu'on avait annoncé notre aimable visite dans les 4 heures.

La question se pose maintenant: serait-il possible que les puissances interviennent en faveur de la paix? ceci paraît bien improbable! La guerre sera-t-elle de courte ou longue durée? On la craint longue ici, et on ne pense pas que la Russie puisse rester sur une défaite sans perdre son prestige de grande puissance asiatique. Quel est votre sentiment à ce sujet?

Votre tout dévoué
W. Betzold

Baron von Eckardstein,
Londres

9) Brief des Herrn W. Betzold an Freiherrn von Eckardstein:

11, Rue de la Paix
Paris, le 11 Fevrier 1904

Mein lieber Baron,

Vielen Dank für Ihre Depesche. Unser Freund in der Rue de Lille[1]) hat nicht an den Krieg geglaubt, weil die Wilhelmstraße und man selbst noch an höherer Stelle bis zur letzten Stunde an eine friedliche Lösung glaubte. Dagegen hat der greise Feldmarschall Waldersee seit Monaten steif und fest an Krieg geglaubt. Sie und er haben Recht gehabt. Alles wird jetzt darauf ankommen, ob der Krieg lange oder kurz sein wird.

Stets der Ihrige
W. Betzold

Baron von Eckardstein
15 Grosvenor Square
London

10) Chiffre-Telegramm des Freiherrn von Eckardstein an Paul von Schwabach:

20. Februar 1904

Schwabach, Berlin

Habe Ihr Telegramm erhalten, bin in Cowes, kehre aber heute nachmittag London zurück. Soweit mir bekannt, ist russischer Botschafter nach Petersburg gereist, um seinen Sohn vor Abreise zur Armee in China zu sehen. Ich werde heute nach meiner Rückkehr Sachlage genau untersuchen und Resultat telegraphieren.

Eckardstein

---

[1]) Der Botschafter Fürst Radolin.

11) Chiffre-Telegramm des Freiherrn von Eckardstein an Herrn Paul von Schwabach in Beantwortung einer Frage, die dieser im Auftrage des Auswärtigen Amtes an ihn gerichtet hatte:

23. Februar 1904

Schwabach, Berlin

Habe Angelegenheit genau untersucht und bin zu bestimmtem Resultat gelangt, daß russischer Botschafter lediglich in Privatangelegenheiten nach Petersburg gereist ist. König hat ihm bei Empfang einige nichtssagende freundliche Redensarten über englische Neutralität und Freundschaft für Rußland gemacht, auf die der Botschafter aber nicht viel gegeben hat.

Weitere Telegramme folgen morgen

Eckardstein

12) Brief des Herrn W. Betzold an Freiherrn von Eckardstein:

11, Rue de la Paix

Paris, den 29. Februar 1904

Mein lieber Baron,

Vielen Dank für Ihre heutige Depesche. Ich halte es für meine Pflicht, Ihnen streng vertraulich zu schreiben, daß Delcassé heute seinen intimen Freunden erklärt hat, daß Frankreich auf England rechnen könne, und hoffe auch, daß die anderen Mächte sich anschließen würden, um in Tokio im Sinne des Friedens zu wirken, wenn die Japanesen annehmbare Konzessionen, welche Rußland machen dürfte, gegen seine Erwartung abweisen würde. Haben Sie die Güte, meine Information dorten zu kontrollieren und mir das Resultat gütigst zu telegraphieren.

Stets der Ihrige

W. Betzold

13) Chiffre-Telegramm des Freiherrn von Eckardstein an Paul von Schwabach:

5. März 1904

Schwabach, Berlin

Russischer Botschafter, welcher trotz Unpäßlichkeit des Königs empfangen worden ist, hat demselben einen eigenhändiger Brief des Kaisers von Rußland überreicht. Brief ist sehr freundschaftlich gehalten. Kaiser von Rußland betont darin, daß er vollständig an eine loyale Neutralität Englands glaube und sich durch entgegengesetzte Gerüchte, die augenscheinlich auf Machinationen beruhten, nicht beirren lassen werde.

Ferner hat ein erneuter Briefwechsel in den letzten Tagen zwischen König von England und Präsident der französischen Republik stattgefunden.

Eckardstein

14) Chiffre-Telegramm des Freiherrn von Eckardstein an Paul von Schwabach:

8. März 1904

Schwabach, Berlin

Seit einiger Zeit arbeiten die Agenten des mazedonischen Comités hier sehr stark, um Geld für ihre Zwecke zu erlangen. Kürzlich erschienen dieselben beim japanischen Gesandten und erklärten, daß sie mit vierzigtausend Pfund in der Lage sein würden, Fürst v. Bulgarien zum Krieg gegen Türkei zu zwingen. Beinahe zwanzigtausend hätten sie schon zusammen und bäten die Japanische Regierung um den Rest. Japanischer Gesandter hat sie glatt abgewiesen und erklärt, daß seine Regierung sich in keiner Weise darauf einlassen könne.

Eckardstein

15) Chiffre-Telegramm des Freiherrn von Eckardstein an Paul von Schwabach:

13, Grosvenor Square. W.
10. März 1904

Schwabach, Berlin

Ein maßgebender Kabinettsminister erzählte mir gestern, daß das Kabinett dem japanischen Gesandten auf dessen Sondierung, ob Englische Regierung bereit sei, die Unterbringung einer japanischen Anleihe in England zu unterstützen, erwidert habe, daß dies im gegenwärtigen Moment unmöglich sei, da ein derartiger Schritt als Bruch der Neutralität angesehen werden könne.

Der Kabinettsminister sagte ferner, seine Regierung befürchte auf Grund einlaufender offizieller und privater Meldungen sehr stark eine große russische Truppendemonstration in Zentral-Asien und speziell Persien. Eine solche könne große Gefahren bezüglich englisch-russischer Beziehungen mit sich bringen. Andererseits sei es sehr erfreulich konstatieren zu können, daß Beziehungen zwischen England und Frankreich täglich intimer würden. Die Welt und speziell Rußland würden erstaunt sein, wenn eines Tages gewisse Abmachungen der allerletzten Zeit zwischen Frankreich und England bekannt gegeben würden. Aus weiteren Äußerungen des Ministers glaube ich entnehmen zu können, daß dieselben Marokko, Ägypten und das gesamte Mittelmeer betreffen.

Eckardstein

16) Auszug eines Briefes des Freiherrn von Eckardstein an Paul von Schwabach:

Elysée Palace Hôtel
Avenue des Champs Elysées
Paris (8 E)
Paris, den 13. März 1904

Von zwei Seiten, die absolut zuverlässig sind, habe ich hier folgendes im Vertrauen erfahren:

Dem Grafen Lambsdorff ist es bei seinem letzten Besuch in Paris vor etwa 5 Monaten gelungen, von hiesiger Regierung eine geheime Nachtragsklausel im Anschluß an die russisch-französische Zirkular-Note vom März 1902 zu erlangen. Danach verpflichtet sich Frankreich, Rußland zu Hilfe zu kommen, wenn eine dritte Macht sich im Kriegsfalle einmischen sollte.

Diese Abmachung, welche man französischerseits sehr zu bereuen anfängt, wird nach wie vor auf das strengste geheim gehalten. Man fürchtet hier sehr stark, daß China sich eventuell doch einmischen und Rußland dann von Frankreich verlangen könnte, daß es ihm zu Hilfe kommt.

Herr Delcassé versucht daher im gegenwärtigen Moment alles, um Rußlands Zustimmung zu erlangen, daß in diese nachträgliche Abmachung die Worte „exceptée la Chine" eingeschaltet werden. Hierin liegt der Grund, warum Herr Delcassé von Woche zu Woche Interpellationen in der Kammer betreffend russisch-französische Abmachungen im fernen Osten zu verschieben sucht.

Sollte es bekannt werden, daß eine derartige Abmachung besteht und noch sogar ohne die Klausel, daß China ausgenommen ist, so würde das Kabinett wegen leichtsinniger Handlungsweise in der Kammer angeklagt werden und aller Wahrscheinlichkeit nach fallen. Eckardstein

17) Brief des Grafen Hayashi an Freiherrn von Eckardstein:

4, Grosvenor Gardens
London, S. W.
8th Nov. 1904

Dear Baron,

I regret much that I have to postpone again my visit to your place on Friday, for my presense in town is imperatively required by an important business which it is not convenient for me to divulge now but of which you will know in the course of the next week.

Believe me

yours sincerely

Tadasu Hayashi

1905

18) Brief des Herrn W. Betzold an Freiherrn von Eckardstein:

103, Avenue Henri Martin,
Paris, le 30 Avril 1905

Mon Cher Baron,

J'ai revu hier soir et aujourd'hui Mr. Rouvier. Si vous partez pour Carlsruhe, vous aurez l'obligeance de me télégraphier à Berlin, Hôtel Bristol, et je vous y écrirai très explicitement la situation comme je l'ai laissée à Paris; d'ailleurs, j'essaierai de vous écrire dans le train une lettre à Malborough Club. J'autorise mon secrétaire à signer cette lettre qui vous parviendra demain matin.

Votre dévoué
pour Mr. Betzold
Rhécuyer Sre

19) Brief des Herrn W. Betzold an Freiherrn von Eckardstein:

Conrad Uhl's Hotel Bristol
Berlin, U. d. Linden 5. u. 6.
3. May 1905

Mein lieber Baron.

Ich rathe Ihnen zur Vorsicht! Die Sache liegt schwieriger, wie es scheint. Man ist hier an kompetenter Stelle und wie ich höre, auch dort sehr gereizt gegen Delcassé. Derselbe hat allerdings seit Jahren stark gegen uns gearbeitet, und wenn derselbe nicht demissioniert, so sehe ich nicht, wie die Sache in Ordnung kommt! —

Deutschland kann nicht die Entlassung eines französischen Ministers verlangen. Das ist eine innere Angelegenheit, in welche sich Deutschland nicht mischen kann; und wenn es selbst könnte, wäre es unpolitisch. —

Rouvier, mit dem ich befreundet bin, und den ich in den letzten Tagen ausführlich gesprochen habe, wird Delcassé nicht zurückhalten und hat selbst seine antideutsche Politik sehr gemißbilligt! — Wenn Delcassé geht, ist es denkbar, daß die Marokkanische Frage schneller geordnet werden kann, und auch wohl für die anderen schwebenden Fragen befriedigende Arrangements, ähnlich wie mit England geschehen, gemacht werden können. Darüber verstreicht eine gewisse Zeit! Außerdem will man den Bericht der Mission Taltenbach vorher abwarten. —

Der ausschließliche Französische Standpunkt ist selbstredend für die hiesigen Herren nicht maßgebend. —

Ich rathe Ihnen deshalb als Ihr Freund, Sich vorzusehen, damit der Spieß sich nicht gegen Sie dreht.

Sie sind zu gut dazu, um ein Blitzableiter zu sein! Andrerseits würde ich es ja nur zu gern sehen, wenn Sie durch die

Unterhandlungen einen politischen moralischen Erfolg erreichen könnten. — Ich werde Ihnen eventuell per Sittler telegraphieren. Die erste Seite ist zu numerieren 69, die 2te 70 und sofort. — Wenn Sie mir schreiben, ist es vielleicht besser, dieses von Carlsruhe unter Couvert meines Dieners, Herrn Albert Lang, zu thun und in der Einlage den Brief, an mich adressirt, geschlossen einzulegen.

Graf Bülow reist morgen Abend nach Carlsruhe und kommt Freitag Vormittag daselbst an. — Ich glaube nicht, daß der Kaiser vor Freitag Nachmittag 5 Uhr ankommt. —

Wenn Sie Herrn von Schoen sehen, grüßen Sie ihn von mir. Vielen Dank im Voraus! Ich werde Ihnen meine Abreise telegraphieren.

Mit herzlichem Gruß Ihr sehr ergebener

W. Betzold

20) Brief des Herrn W. Betzold an Freiherrn von Eckardstein:

Hotel Bristol,

Berlin, am 3. Mai 1905

Mein lieber Baron!

Ich habe Ihnen per Frühpost bereits geschrieben und komme nochmals, Ihnen große Vorsicht bei Ihren dortigen Besprechungen zu empfehlen. Ich thue dieses lediglich in Ihrem Interesse, damit Sie vorsichtig Ihr Terrain erst sondiren, bevor Sie Ihre Vorschläge machen. —

Ich lebe unter dem Eindruck, daß die Sache hiesigerseits als tiefer liegend betrachtet wird, und daß mit einfachen schönen Redensarten die Sache nicht aus der Welt zu bringen ist.

Herr Delcassé hat den richtigen Zeitpunkt[1]) vorübergehen lassen, vor 9 oder 12 Monaten der deutschen Regierung Mittheilungen von seinen Absichten bzw. Verträgen zu machen. —

Das ist ein Mangel von Höflichkeit aber auch gleichzeitig sehr ungeschickt gewesen, denn sonst hätte man damals die Sache sehr schnell mit Deutschland ordnen können.

Heute scheint es zu spät zu sein! Die Frage hat sich zugespitzt, dazu andere unliebsame Rekriminationen wegen der Politik von Delcassé, und heute scheint es mir, daß es unumgänglich nothwendig ist, die Demission von Delcassé abzuwarten, ebenso die Berichte der Mission Taltenbach, bevor von Separatunterhandlungen mit Frankreich hiesigerseits die Rede sein kann. — Ich habe die Überzeugung, daß, wenn Sie diesen Gesichtspunkt nicht berücksichtigen, Sie in Carlsruhe nicht durchdringen werden, denn ich glaube, daß der Kaiser in dieser Frage mit seinen Rathgebern einig ist. —

Ich werde mich freuen, von Ihnen zu hören, wie Sie dort die Sachen vorgefunden haben.

Rouvier will sicherlich das Beste, indessen scheint man hier ganz ernst entschlossen zu sein, den Intriguen Delcassés ein Ende zu machen; selbstredend muß dessen Entlassung von Frankreich kommen und kann nicht von hier aus angeregt werden.

Ich habe Niemandem gesagt, daß Sie nach Karlsruhe gehen.

Mit herzlichem Gruß Ihr

W. Betzold

---

[1]) Delcassé hat, wie bekannt, bereits am 23. März 1904 den Fürsten Radolin über die Abmachungen zwischen England und Frankreich betreffend Marokko in Kenntnis gesetzt.

21) Brief des Herrn W. Betzold an Freiherrn von Eckardstein:

Conrad Uhl's Hotel Bristol
Berlin, U. d. Linden 5. u. 6.
4 May 1905

Mein lieber Baron!

Vielen Dank für Ihre Depesche. — Ich gedenke morgen Mittag 12 Uhr 55 M. nach Paris zu reisen und Sonnabend früh daselbst anzukommen. Meine Adresse für Briefe in Paris ist 103 Avenue Henri Martin und für Depeschen „Betzold Paris".

Bedienen Sie Sich bei Depeschen des Code Sittler, welchen Sie besitzen und welcher mit 69 erste Seite anfängt. Das ist auch der Meinige! Ich werde Ihnen sehr dankbar sein, wenn Sie mir nach Paris das Resultat Ihrer eventuellen Besprechungen telegraphieren wollten. —

Sie können auf meine ganze Diskretion rechnen. Neues habe ich heute hier nicht erfahren. Die Sachlage bleibt dieselbe und kann sich nur bessern, wenn und nachdem Delcassé seine Demission gegeben hat.

Hierfür kann nur die Initiative von Frankreich aus genommen werden; denn Deutschland kann sich nicht in die inneren Verhältnisse eines anderen Staates mischen. — Selbstredend bitte ich Sie in Ihren eventuellen Besprechungen nicht zu sagen, daß Ihnen diese Informationen von mir gegeben wurden, da mir dieses Unannehmlichkeiten verursachen könnte.

Ich habe das Gefühl, wenn nicht mehr, daß die Kollegen von Delcassé denselben nicht halten werden und seinen Rücktritt ebenfalls wünschen; denn sie billigen diese antideutsche Politik nicht. —

Nach meinem Dafürhalten ist es für uns notwendig, daß dieser Mann geht; er hat so gegen uns intriguiert, daß wir wirklich beinahe eine quantité negligeable geworden sind, und das sind wir doch G L noch nicht! Ich hoffe, daß Sie über Paris nach London retournieren werden.

Ich gedenke auch anfangs nächster Woche in London zu sein. Ich rathe Ihnen nicht Depeschen offen zu telegraphieren! —

Mit den herzlichsten Grüßen

Ihr sehr ergebener

W. Betzold

22) Brief des Herrn W. Betzold an Freiherrn von Eckardstein:

103 Avenue Henri Martin,
Paris, 9. May 1905

Mein lieber Baron!

Ich hoffe Sie glücklich in London angekommen. Von hier aus ist nicht viel Neues zu berichten.

Ich glaube, daß Delcassé nicht früher seinen Posten verlassen kann oder dazu veranlaßt werden kann, bis die Neutralitätsfrage für Frankreich im fernen Osten in befriedigender Weise geordnet ist, und bis man betreffs seiner angestrebten Friedensvermittlungen in Petersburg klarer sieht.

Die Erstere ist vorläufig nur in den Zeitungen angeregt und hat zu keiner Reklamation seitens der Japanischen oder Englischen Regierung bis jetzt Veranlassung gegeben. —

Frankreich wird die Neutralitätsgesetze streng beobachten. Rußland wird dem Admiral Roshestwenskij Befehl geben, die Indisch-Chinesischen Wasser zu verlassen, und wenn dieser eigensinnig wäre, würde Frankreich deswegen an Rußland den

Krieg erklären? Könnte Frankreich im Übrigen mit einigen Panzerschiffen die ungeheure russische Übermacht deren Flotte bekämpfen? Wenn die Japaner die Neutralität der französischen Gewässer verletzen und ihren russischen Feind daselbst angreifen würden, so könnte man hiergegen unter solchen Umständen nichts einwenden. —

Die Friedensunterhandlungen in Petersburg, welche Delcassé eingeleitet hat, sollen heute und gestern keine Fortschritte gemacht haben, weil der Zar recht hartnäckig sein soll und vor allen Dingen das Resultat der erwarteten Seeschlacht abwarten will.

Es hat mir recht leid getan, Sie vor Ihrer Abreise nicht mehr gesehen zu haben; ich möchte Ihnen wiederholt die Versicherung geben, daß ich mich besonders freuen würde, wenn Ihre Bemühungen in Karlsruhe von Erfolg begleitet sein würden. —

Meine schönsten Empfehlungen zu Füßen der Baronin und herzlichste Grüße für Sie selbst

Ihr stets ergebener

W. Betzold

23) Brief des Herrn W. Betzold an Freiherrn von Eckardstein:

Paris, den 12. Mai 1905

Mein lieber Baron,

Vielen Dank für Ihre heutige Depesche. Von hier nicht viel Neues. Ich habe gestern Abend wieder lange den Ministerpräsidenten Rouvier gesehen und ich habe den Eindruck, daß wir schließlich uns mit den hiesigen Herren verständigen werden, und daß die Personalfrage, die Sie kennen, nach unsern Wün-

schen geordnet wird. — Zeitpunkt steht noch nicht fest, allein ich glaube, daß es schneller gemacht wird, als wie es aussieht. Übrigens ist es eine Frage, welche ja nur durch das Parlament hier erledigt werden kann und an passenden Gelegenheiten fehlt es ja hierfür nicht. Wir müssen uns selbstredend dieser Execution ganz ferne halten. — Jede fremde Einmischung in eine innere Frage eines anderen Landes ist ja selbstredend ganz ausgeschlossen. — Die Gravelotte-Feier hat hier einen sehr guten Eindruck gemacht; sie war würdig für die Todten und auch für die Lebenden; — für Letztere sogar praktisch und hoffnungsvoll! Meine schönsten Empfehlungen zu Füßen der Baronin und herzliche für Sie selbst. —

Ihr sehr ergebener

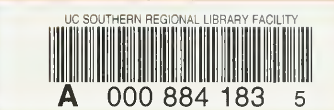
W. Betzold

P S. Ich komme anfangs nächster Woche nach London und werde mich sehr freuen Sie zu sehen.

D. O.

Personenverzeichnis




UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY
A 000 884 183 5

